



zivilschutz

MAGAZIN



**Mit dem SAR-Hubschrauber
im Rettungseinsatz
Niedersachsen: Innenminister
zum Thema Schutzraumbau**





Zivil- und Katastrophenschutz aus Neigung und Berufung – diese Definition trifft für sie zu. Denn Marlis Cremer ist nicht nur Sachbearbeiterin in der Abteilung Zivilschutz der Kreisverwaltung Düren, sondern auch DRK-Kreisbereitschaftsführerin.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Marlis Cremer aus Düren

Am Anfang stand der Bundesverband für den Selbstschutz. So ließe sich der Start ins ehrenamtliche Engagement von Marlis Cremer betiteln. Es war im Jahr 1977, als die damals 16jährige Gymnasiastin bei einem Selbstschutz-Grundlehrgang an ihrer Schule zum ersten Male mit dem Zivil- und Katastrophenschutz in Berührung kam.

Nach Abschluß des Selbstschutz-Grundlehrgangs stand für sie fest: „Da mache ich mit. Denn in der Mitarbeit im BVS sah ich eine absolut sinnvolle Freizeitbeschäftigung.“ So kam sie als ehrenamtliche Ausbildungshelferin zur BVS-Dienststelle Düren. Schon bald besuchte sie eine Reihe von Lehrgängen, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern, so daß sie bereits zwei Jahre später als Fachlehrerin eingesetzt werden konnte.

Im Mittelpunkt: Die Ausbildung

„Besonders große Freude“ hat ihr die Durchführung einer Arbeitsgemeinschaft für neue Ausbildungshelfer gemacht. Überhaupt zieht sich das Interesse an der Ausbildung wie ein roter Faden durch den Verlauf ihres ehrenamtlichen Engagements: „Ich habe es ja selbst erfahren, wie wichtig eine solide Grundausbildung und ständige Weiterbildung für einen jungen Helfer sind. Es ist tatsächlich so, daß ich noch heute von dem Wissen, das mir damals beim BVS beigebracht wurde, zehren kann“, führt sie für ihr Faible für die Ausbildung an.

Stand der BVS schon am Anfang, so beeinflusste er gleichfalls – wenn auch nur indirekt – ihren weiteren Werdegang. Denn im Rahmen ihrer BVS-Grundausbildung kam sie, ebenfalls 1977, in der Nachbarstadt Jülich mit dem Deutschen Roten Kreuz in Berührung. Einmal in der humanitären Arbeit Fuß gefaßt, entschloß Marlis Cremer sich spontan, außer im BVS auch hier aktiv mitzuarbeiten. Keine Frage, daß dabei wiederum die Ausbildung im Mittelpunkt ihres Interesses stand. Davon zeugen

die erworbenen Lehrberechtigungen für die Bereiche Erste Hilfe und Sanitätsdienst.

Im DRK-Ortsverein Jülich wurden die Fähigkeiten der jungen Helferin schnell erkannt, und schon bald konnte sie die Funktion der stellvertretenden Bereitschaftsführerin übernehmen. Aber auch im DRK-Kreisverband Jülich war man auf sie aufmerksam geworden und ernannte sie – wie könnte es anders sein? – zur Ausbildungsleiterin. Doch damit nicht genug, denn vor kurzem machte sie einen weiteren Schritt: Seit dem 11. April dieses Jahres ist sie Kreisbereitschaftsführerin des DRK-Kreisverbands Jülich.

Der „passende“ Beruf

Bei soviel ehrenamtlichem Engagement ist es fast schon zwingend, daß man auch beruflich eine entsprechende Richtung einschlägt. Und so kam es bei Marlis Cremer dann auch. Nach ihrer Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Dienst bei der Kreisverwaltung Düren ist sie seit 1983, mittlerweile als Kreisoberinspektorin, im Ordnungsamt in der Abteilung Zivilschutz tätig. Daß eine dreifache Belastung – Beruf, BVS und DRK – auch für solch engagierte Menschen wie Marlis Cremer zuviel werden kann, erkannte sie 1987, als sie nach über zehnjähriger Mitarbeit ihren Einsatz für den BVS beendete.

Wo liegen die Schwerpunkte ihrer beruflichen Tätigkeit? Die Oberinspektorin nennt da zuerst die mit der Stabsarbeit im Katastrophenschutz verbundene Vorbereitung und Durchführung von Übungen. Ihre fachliche Kompetenz bringt sie in den Stab HVB ein, wo sie in der 2. Besetzung die Funktion S 3 innehat. Neben dem Führen von Katastrophenschutz-Plänen, Sonderschutzplänen und Alarmkalendern ist die Überprüfung der Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes ein weiteres großes Feld ihrer Tätigkeit. Da kann es schon einmal vorkommen, daß die Helfer vor Ort große Augen bekommen, wenn sich die Sachbearbeiterin selbst hinter das Steu-

er eines MKW des THW oder eines LF 16 TS der Feuerwehr schwingt, um eine Probefahrt zu machen. Denn um auch hier mitreden zu können, hat sie schon frühzeitig die Führerscheine aller Klassen und den Personenbeförderungsschein für Krankenkraftwagen erworben.

Natürlich bleiben Beruf und Ehrenamt nicht ohne Einfluß auf ihr Privatleben. Die 28jährige kann sich zwar, da ledig, ihre Freizeit einteilen, doch trotzdem müssen Freunde und Bekannte oftmals Verständnis aufbringen, wenn sie wieder einmal in Sachen Zivil- und Katastrophenschutz unterwegs ist. Doch wenn sie sich einmal davon freimachen kann, dann kommt ihr Hobby, das Reisen, zum Zug. Und auch dabei geht der fachliche Bezug nicht verloren, denn als Fortbewegungsmittel dient ein ausgemustertes THW-MKW, der für Reisezwecke entsprechend umgebaut wurde. Dank guter Pflege und Wartung hat ihr Hanomag sie sogar schon bis in die Sahara gebracht.

Verbesserungswünsche

Wenn Marlis Cremer selbst die Möglichkeit hätte, etwas im Katastrophenschutz zu verbessern, würde sie sofort das vom Bund bereitgestellte Katastrophenschutz-Potential so vervollständigend, daß es auch jederzeit für den Alltags-Einsatz nutzbar ist. So wünscht sie sich, die für den erweiterten Katastrophenschutz zu beordernden Fahrzeuge und Geräte würden bereits jetzt beschafft werden, um die volle Einsatzbereitschaft der Einheiten herzustellen.

„So wie im Kreis Düren verfahren wird, daß beispielsweise alle Fahrzeuge des Brandschutzdienstes nachträglich von den Kommunen mit Funkgeräten ausgerüstet werden, so wäre es denkbar, auch die vom Bund nicht gestellten Fahrzeuge, etwa eines ABC-Zuges, zu beschaffen. Denn es ist doch bedauerlich, daß das vom Bund gestellte hochwertige Material wegen solch fehlender Bestandteile oft nicht eingesetzt wird“, bringt Marlis Cremer abschließend ihre Erfahrungen auf einen Nenner. – cl –

4/89



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutschherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Deutschherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2, Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers,
Paul Claes

Layout:

Horst Brandenburg

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
„Eine beeindruckende Kulisse“	7
80 neue Fahrzeuge wurden übergeben	
„Wir haben immer nur das Allernötigste getan“	9
Neue Mehrzweckanlage mit 1498 Schutzplätzen in Bad Essen	
„Ein Tag wie jeder andere“	13
Mit einer SAR-Crew im Einsatz	
Sofortmaßnahmen am Unfallort künftig erweitert um HLW?	18
Ein Jahr „Deutscher Beirat für Erste Hilfe und Wiederbelebung“	
Mit 816 Pferdestärken in den Einsatz	21
Neues Großfahrzeug für die Flughafenfeuerwehr Köln/Bonn	
Es kommt entscheidend darauf an, dem Bürger das Verständnis zu erleichtern	25
Amerikanische Soziologen förderten interessante Ergebnisse zutage	
Ein bauliches Konzept mit Zukunft	27
Neue Feuer- und Rettungswache für die Stadt Eschweiler	
Bundesverband für den Selbstschutz	31
GZS Berlin	34
Technisches Hilfswerk	36
Deutsches Rotes Kreuz	43
Arbeiter-Samariter-Bund	45
Johanniter-Unfall-Hilfe	47
Malteser-Hilfsdienst	49
Deutscher Feuerwehrverband	52
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	57
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft & Technik	63
Bücher	64
Minimagazin	U 3



Ausnutzung der Freistellungsquote für den Zivil- und Katastrophenschutz

Der Bundesminister des Innern ist gemeinsam mit den Innenministern der Länder und den Hilfsorganisationen durch verschiedene Maßnahmen bemüht, die personellen Ressourcen für den Zivil- und Katastrophenschutz, dem im Bereich der Krisenvorsorge ein besonderes Gewicht zukommt, auch künftig in

angemessener Weise zu erhalten. Nach einer vom Bundesamt für Zivilschutz zum Stichtag 31. Dezember 1986 durchgeführten Erhebung waren für die Geburtsjahrgänge 1959 bis 1968 nach § 8 Abs. 2 KatSG insgesamt (ohne Land Bremen) 125 563 Helfer vom Wehrdienst freigestellt, und zwar im einzelnen wie folgt:

Organisation	Anzahl freigestellter Helfer	Prozentualer Anteil an der Gesamtzahl freigestellter Helfer der Jahrgänge 1959 - 1968
FW	47 419	37,76 %
THW	30 077	23,95 %
ASB	3 093	2,46 %
DRK	22 159	17,64 %
JUH	2 732	2,17 %
MHD	5 266	4,19 %
Regie	14 601	11,62 %
sonstige	216	0,17 %
	125 563	100 %

Aus dieser Erhebung ergibt sich für den Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes (ohne üb-

rigen Zivilschutz) folgende Ausnutzung der Freistellungsquote:

Geburtsjahrgang	bereitgestellte Freistellungsplätze	davon freigestellt	nicht (mehr) besetzte Plätze	Ausnutzungsquote (%)
1959	16 500	14 741	1 759	89,34
1960	16 500	15 118	1 382	91,62
1961	16 500	15 272	1 228	92,56
1962	16 500	15 273	1 227	92,56
1963	16 500	15 695	805	95,12
1964	16 500	15 432	1 068	93,53
Zusammenfassung: d. h. im Jahresmittel:	99 000	91 531	7 469	92,45 %
		15 255		

In dieser Tabelle wurden nur die aufgeführten älteren Jahrgänge des Erhebungszeitraums berücksichtigt, da die jüngeren noch in der Anlaufphase befindlichen Jahrgänge keinen repräsentativen Vergleichsmaßstab bieten.

Nach der Erhebung des BZS

wurden von den 125 563 freigestellten Helfern 81 914 im Verstärkungsteil des erweiterten Katastrophenschutzes freigestellt. Im Teilbereich „Verstärkung“ der o. a. Gesamtdarstellung ergibt sich demgemäß folgendes Bild:

Organisation	Helfer im Verstärkungsteil	Anzahl der Freistellungen der Jahrgänge 1959 bis 1968	Prozentualer Anteil der freigestellten Helfer bezogen auf das im Verstärkungsteil der einzelnen Organisationen vorhandene Potential
FW	ca. 36 000	20 561	ca. 57 %
THW	ca. 49 000	29 759	ca. 61 %
ASB	ca. 2 900	1 591	ca. 55 %
DRK	ca. 23 000	11 247	ca. 47 %
JUH	ca. 2 800	1 451	ca. 51 %
MHD	ca. 5 800	3 013	ca. 51 %
Regie	ca. 22 400	14 287	ca. 63 %
Summe:	ca. 143 000	81 909	ca. 57 %

Diese Tabelle macht deutlich, daß der prozentuale Anteil der freigestellten Helfer in den Verstärkungseinheiten aller Organisationen in etwa gleich hoch ist. Auch die Hilfsorganisationen mit

eigenen friedensmäßigen Aufgaben sind zur Aufstellung von Einheiten im erweiterten Katastrophenschutz weitgehend auf freigestellte Helfer angewiesen.

Deutsch-niederländische Gespräche zum Gewässerschutz

Zu bilateralen Gesprächen trafen sich in Bonn Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer und seine für den Gewässerschutz zuständige niederländische Kollegin, Neelie Smit-Kroes. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Themen:

- Chloridübereinkommen für den Rhein
- Wassergefährdende Betriebsstörungen am Rhein
- Dritte Nordseeschutzkonferenz im März 1990 in Den Haag

Das Gespräch erbrachte folgende Ergebnisse:

Chloridübereinkommen

Da in der letzten Rheinministerkonferenz keine Einigung über die Reduzierung der Salzeinleitungen aus dem Elsaß gefunden werden konnte und die Niederlande seinerzeit Lösungsvorschläge vorlegen wollten, war

dies ein wichtiger Gegenstand der Unterredung. Ergebnisse konnten noch nicht erzielt werden. Am 3. Mai sollen daher die Gespräche in Den Haag weitergeführt werden, um fristgerecht bis Ende Juni diesen Jahres einen Konsens aller Rheinanliegerstaaten zu finden.

Wassergefährdende Betriebsstörungen am Rhein

Bundesumweltminister Töpfer wies darauf hin, daß sich durch die verschärften gesetzlichen Anforderungen die Anlagensicherheit und die Störfallvorsorge in der Industrie in den letzten Jahren deutlich erhöht hat. Als Beispiel nannte Töpfer den Brand in der Lackfabrik von Bayer Uerdingen, der ohne Folgen für den Rhein geblieben ist.

Beide Minister vereinbarten, zukünftig auch Industrieunfälle im niederländischen Teil des Rheins den Oberliegern am Rhein (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Schweiz) mitzuteilen. Sie streben in diesem Zusammenhang an, ein vergleichbares Warn- und Alarmsystem für das

ökologisch hochsensible Wattenmeer aufzubauen. Zur Erarbeitung eines „Wattenmeer-Alarmplans“ werden sie Kontakte zu Belgien und Dänemark aufnehmen.

Dritte

Nordseeschutzkonferenz

Auf Wunsch von Bundesumweltminister Töpfer hat die nie-

derländische Ministerin Smit-Kroes jetzt auch die DDR und die CSSR zur nächsten Internationalen Nordseeschutzkonferenz (INK) nach Den Haag eingeladen. Dies ist insbesondere wegen der Belastung der Nordsee durch die Elbe von großer Wichtigkeit.

Nach dem jüngsten Ölunfall in Alaska muß nach Auffassung beider Minister auch die Sicherheit

der Seeschifffahrt Gegenstand der nächsten INK sein. Hierzu soll eine internationale Arbeitsgruppe umgehend die vorhandenen Vorsorgemaßnahmen zusammenstellen und überprüfen, ob und ggf. welche zusätzlichen Maßnahmen zu treffen sind. Dabei geht es um Fragen der Sicherheit des Schiffsverkehrs als auch um die Bekämpfung von Unfallfolgen.

Bundesumweltminister Töpfer wiederholte gegenüber seiner niederländischen Kollegin noch einmal die deutsche Forderung, die Nordsee jetzt auch zum Sondergebiet für Öl und Chemikalien zu erklären, damit dort künftig keine Öl- und Chemikalienreste ins Meer eingeleitet werden dürfen.

Die Tragödie von Sheffield

95 Menschenleben und über 200 Verletzte forderte die Katastrophe beim Fußball-Pokalspiel zwischen dem FC Liverpool und Nottingham Forest am Samstag, dem 15. April 1989, in Sheffield.

Kurz nach Beginn des Spiels waren noch Tausende von Fußballfans ins bereits vollbesetzte Hillsborough-Stadion gedrängt und hatten eine Panik ausgelöst.

Die anstürmenden Zuschauer drückten von hinten auf eine überfüllte Tribüne, so daß die Menschen auf den Stufen das Gleichgewicht verloren, stürzten und auf andere Zuschauer fielen.

Wer vorne am Sicherheitszaun zum Spielfeld stand, wurde mit großer Gewalt gegen die Barriere gepreßt. Die Absperrung wurde zur Todesfalle.

Es dauerte mehrere Minuten, bis die Polizei im Innenraum des Stadions begriff, was sich auf der Tribüne abspielte. Viel zu spät wurden die Fluchttore im Sicherheitszaun geöffnet.

Dieser Zeitverzug kostete viele Zuschauer das Leben. Sie erstickten, wurden erdrückt oder zu Tode getrampelt.

Unser Bild zeigt Helfer im Stadion von Sheffield. Wegen des Mangels an Tragen, wurde Werbeschilder abgenommen, auf die die Verletzten gelegt und abtransportiert wurden. (Foto: dpa)



Bund und Länder sprachen über die Neukonzeption des Warndienstes und die Modernisierung der Warnmittel

Die Neukonzeption des Warndienstes war am 7./8. März 1989 im Warnamt VII in Weinsheim Gegenstand der Besprechung zwischen dem Bundesministerium des Innern (BMI) und Vertretern der Innenminister/-senatoren der Länder. Dabei stellten BMI und Bundesamt für Zivilschutz (BZS) das neue kombinierte Sirenenalarmierungs- und Rundfunkwarnsystem vor, das das technisch überholte und veraltete Elektro-

renensystem in der Bundesrepublik Deutschland ersetzen soll. Neben der allgemeinen Darstellung der Gesamtkonzeption „Modernisierung der Warnmittel“ wurde das auf Planungsgrundlagen des BZS entwickelte Warn- und Informationssystem (WARI) einschließlich der Sirenenfunkauslösung präsentiert und die Fuktionstüchtigkeit des Systems vorgeführt.

Weiterer Schwerpunkt der Ta-

gung war die Vorstellung des bundesweiten Strahlenmeßsystems, mit dem das BZS flächendeckend und kontinuierlich die Umweltra dioaktivität in der Bundesrepublik Deutschland überwacht. Die Messungen erfolgen z. Z. über 1750 automatisch arbeitende stationäre Meßstellen, die im Abstand von 11 bis 15 km eingerichtet sind. Entlang der Bundesgrenzen, in der Umgebung kerntechnischer Anlagen sowie in Ballungsgebiete-

ten wird das Meßnetz noch weiter verdichtet, so daß im Endausbau ab Ende 1989 insgesamt 2000 Meßstellen aufgebaut sind.

Vorträge und Gerätepräsentationen fanden bei den Vertretern der Innenminister/-senatoren der Länder ein positives Echo. Es ist zu erwarten, daß die weiteren Schritte zur Realisierung des neuen Alarmierungs- und Rundfunkwarnsystems mit der Unterstützung der Länder erfolgen.

Erfahrungen aus Armenien ausgewertet

An der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) in Bad Neuenahr-Ahrweiler fand in der

Zeit vom 28. bis 30. März 1989 die jährliche Fortbildung für Lehrkräfte der Kats-Schulen der Länder im Bergungsdienst statt. Alle sieben Landesschulen hatten dazu Lehrkräfte entsandt. Ferner nahmen zwei Vertreter der KSB, Außenstelle Hoya, ein Beamter

der Landesfeuerwehrschule Hamburg, die für die Ausbildung im Bergungsdienst in der Hansestadt verantwortlich ist, und acht Lehrkräfte der KSB Ahrweiler teil.

Das Schwerpunktthema der diesjährigen Veranstaltung war dem THW-Einsatz in Armenien ge-

widmet. Der Einsatzleiter der SEEBA, Hermann Klein-Hitpaß von der Landesschule Wesel, berichtete über seine Erfahrungen als Einsatzleiter in Armenien. Ergänzend zu diesem Vortrag informierten drei Referatsleiter der THW-Leitung über Folgerungen

für die Ausbildung, Ausstattung und Einsatztaktik, die aufgrund des Armenien-Einsatzes zu ziehen sind. So hat z. B. dieser Einsatz allen Bergungsfachleuten klar gemacht, daß eine Bergung bei derart gravierenden Zerstörungen ohne den schnellen Einsatz von schwerem Baugerät nicht effektiv geleistet werden kann. Dies hat mit Sicherheit Auswirkungen auf die Ausbildung im Bergungsdienst. Da diese schweren Baugeräte mit Ausnahme der geringen Anzahl von Bergungsräumgeräten des THW im Katastrophenschutz nicht zur Verfügung stehen, ist man auf den Einsatz von Privatfirmen und -personen angewiesen. Die Zugführer und Unterführer im Bergungsdienst sollten deshalb über die Einsatzmöglichkeiten und Einsatzgrenzen Kenntnisse besitzen, um sie richtig einsetzen zu können.

Ein weiteres Thema war der Einsatz der Radlader (Bergungsräumgeräte) in Armenien. Mit Befriedigung konnten die Tagungsteilnehmer feststellen, daß sich diese Geräte im Einsatz bewährt haben. Verbesserungsmöglichkeiten, die man aus dem Armenien-Einsatz erkannte, werden zukünftig berücksichtigt.

Um an den Landesschulen über diesen bisher größten Auslandseinsatz des THW und über Bergungsfragen in diesem Zusammenhang aktuell informieren zu können, stellt die KSB jeder Landesschule eine Dia-Serie zur Verfügung. Die Tagungsteilnehmer kommentierten diese Dias in Gruppenarbeit, um eine einheitliche Lehraussage sicherzustellen.

Neben dem Schwerpunktthema des Armenien-Einsatzes kamen auch allgemeine Probleme des Bergungsdienstes zur Sprache, die besonders für die Ausbildung wichtig sind. So hat das Bundesamt für Zivilschutz nochmals klargestellt, daß jeder Helfer die allgemeine Atemschutztauglichkeitsüberprüfung nachweisen muß, um seine Tauglichkeit für den Katastrophenschutz sicherzustellen.

Im nächsten Jahr soll diese Weiterbildung, so der Wunsch der Teilnehmer, an einer Landesschule stattfinden, damit die einzelnen Ausbildungsstätten auch bei den Lehrkräften aus den verschiedenen Bundesländern bekannter werden.

Sondermarke der Bundespost für Seenotretter

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) kann im kommenden Jahr auf ihre 125jährige Geschichte zurückblicken. Aus Anlaß dieses Jubiläums wird die Deutsche Bundespost am 3. Mai 1990 ein Sonderpostwertzeichen herausgeben. Dies teilte Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling dem ehrenamtlichen Vorsitz der DGzRS, Ernst Meier-Hedde, im Rahmen eines Empfangs in Bonn persönlich mit.

Das Seenotrettungswerk sieht in dieser Entscheidung eine Würdigung seiner nunmehr fast 125jährigen Arbeit und eine Anerkennung des selbstlosen und nicht selten gefährlichen Einsatzes seiner Rettungsmänner.

Die in Bremen ansässige DGzRS führt den maritimen Such- und Rettungsdienst in unseren Gebieten von Nord- und Ostsee eigenverantwortlich und unabhängig durch. 130 festangestellte und mehr als 200 freiwillige Rettungsmänner auf 36 leistungsstarken Seenotkreuzern und Seenotrettungsbooten sind rund um die Uhr, bei jedem Wetter einsatzbereit. Allein 1988 wurden von ihnen bei 2 005 Such- und Rettungsmaßnahmen 334 Menschen aus Seenot gerettet und weitere 1 008 aus Gefahr befreit. Koordiniert werden diese Einsätze von der SEENOTLEITUNG BREMEN der DGzRS. Seit ihrer Gründung am 29. Mai 1865 finanziert sich die Gesellschaft ausschließlich von freiwilligen Mitgliedsbeiträgen und Spenden, ohne staatlich-öffentliche Zuschüsse.

Seminar „Feuerwehren im Umweltschutz“

Fragen des Umweltschutzes gewinnen auch für die Feuerwehren eine immer größere Bedeutung. Dieser Bedeutung muß auch im Rahmen der Ausbildung Rechnung getragen werden. Das Innenministerium Baden-Württemberg veranstaltete daher am

Freitag, dem 14. April 1989, in der Landesfeuerweherschule Bruchsal in Zusammenarbeit mit der Akademie für Natur- und Umweltschutz beim Ministerium für Umwelt ein Pilotseminar „Feuerwehren im Umweltschutz“.

Nach Darstellung des Innenministeriums sind derzeit nur noch ca. 20 % der Einsätze landesweit der klassischen Aufgabe der Feuerwehr – der Brandbekämpfung – zuzuordnen. Den Hauptteil der Einsätze macht heute die „technische Hilfeleistung“ aus. Ein großer Teil dieser Einsätze entfällt inzwischen auf Notfalleinsätze mit „Umweltcharakter“. Ursächlich für die Steigerung der Einsätze im Bereich der technischen Hilfeleistungen und des Umweltschutzes ist die rasch fortschreitende Technisierung und damit verbunden die Lagerung, die Verarbeitung und der Transport gefährlicher Stoffe und Güter.

Seit einigen Jahren werden die Feuerwehren vermehrt auch zu Einsätzen gerufen, bei denen Tiere und Insekten beteiligt sind. Allein im Jahr 1987 mußten die Feuerwehren in Baden-Württemberg

5 123 mal (1986 = 3 144 mal, 1984 = 2 068 mal) derartige Einsätze fahren. Insbesondere die Einsätze beim Bergen bzw. Einfangen von bedrohten Tierarten, wie zum Beispiel den Hornissen, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Durch entsprechende Ausbildung und Schulung muß deshalb sichergestellt werden, daß die Feuerwehrangehörigen bei derartigen Einsätzen der jeweiligen Lage entsprechend sachgerecht vorgehen.

Im Rahmen des ersten Seminars unter dem Motto „Feuerwehr im Umweltschutz“ wurde u. a. den Fachthemen „Artenschutz bei der Feuerwehr – am Beispiel Hornissen“ und „Einsatz umweltfreundlicher Reinigungsmittel und weiterer Chemikalien bei der Feuerwehr“ ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Das Seminar war der Auftakt zu einer intensivierten Umweltfortbildung bei den Feuerwehren.

Es ist vorgesehen, noch dieses Jahr und 1990 in verschiedenen Regionen des Landes Baden-Württemberg dieses Fachseminar ebenfalls durchzuführen.

Millionenschaden bei Güterzugunglück

Einen Schaden in Millionenhöhe hat am 15. April 1989 ein Güterzugunglück in der niedersächsischen Kreisstadt Rotenburg an der Wümme verursacht. Ein loser Radreifen an einem der Waggons hatte zu dem Unglück geführt, bei dem 21 Güterwagen entgleisten.

Nachdem die Sicherheitsexperten der Bundesbahn befürchteten, daß mögliche Reste einer Chemikalie in zwei leeren Kesselwagen explodieren könnten, wurden am nächsten Morgen rund 1 000 Menschen aus der näheren Umgebung des Unglücksortes bis zum Abschluß der Bergungsmaßnahmen evakuiert. (Foto: dpa)



20 Millionen für die Feuerwehr

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden investieren zusammen rund 20 Millionen DM jährlich in die Ausrüstung ihrer Feuerwehren. Das Land ist daran mit einem Drittel beteiligt. Diese Zahlen nannte jetzt Innenminister Hans Peter Bull. Die staatliche Finanzspritze für die Feuerwehren sei gut angelegtes Geld, so Bull, weil die ehrenamtlichen „Blauröcke“ Fahrzeuge und Ausrüstung sehr sorgfältig pflegten. Kein Wunder also, daß die Fahrzeuge eine durchschnittliche „Lebenserwartung“ von immerhin 20 Jahren hätten. Alle Feuerwehren im Lande seien für die Bekämpfung kleinerer und mittlerer Gefahren gut ausgestattet. Die Kreise und kreisfreien Städte verfügten darüber hinaus über eine Ausrüstung zur Bekämpfung von Unglücken mit gefährlichen Stoffen. Daher gebe das Land allein in diesem Jahr zwei Millionen DM Zuschüsse. (Informationen aus Schleswig-Holstein Nr. 8/1989)

ARKAT verlangt Berücksichtigung der Regieeinheiten im neuen Katastrophenschutzgesetz

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der kommunalen Katastrophenschutzeinheiten, Klaus-Dieter Kühn, Braunschweig, hat sich an die Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und die Länderinnenminister- und senatoren gewandt, um in dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf für eine Katastrophenschutzergänzungsgesetz (KatSErgG) die Beteiligung seines Verbandes in Fragen des Katastrophenschutzes und die Vertretung der kommunalen Regieeinheiten und deren Helferschaft auf Bundesebene zu erwirken.

Der Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (ARKAT) hat mit Antrag vom

24. Oktober 1988 im Rahmen der Erörterung des Gesetzentwurfes beim Bundesminister des Innern gefordert, dem Bundesverband der kommunalen Regieeinheiten (wie den Bundesverbänden der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen des privaten Rechts, dem Deutschen Feuerwehrverband und der THW-Helfervereinigung) das Recht der Helfervertretung in § 7c KatSErgG einzuräumen.

Von den rund 143 000 Helfern des Verstärkungsteils des erweiterten Katastrophenschutzes werden derzeit rd. 49 200 von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, rd. 36 000 von den Freiwilligen Feuerwehren, rd. 23 900 vom Deutschen Roten Kreuz, rd. 23 000 von den Regieeinheiten, rd. 5 800 vom Malteser-Hilfsdienst, rd. 2 900 vom Arbeiter-Samariter-Bund, rd. 2 800 von der Johanniter-Unfall-Hilfe und rd. 50 von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft gestellt. Von den insgesamt über 7 250 Einheiten des Katastrophenschutzes sind über 25 Prozent Regieeinheiten. Die Regieeinheiten leisten mit einem Potential von über 1 900 Einheiten einen unverzichtbaren Beitrag im Rahmen der Gefahrenvorsorge, der im Gesetz auch angemessen berücksichtigt werden sollte, so die ARKAT.

Die ARKAT als Fachverband und Helfervertretung der kommunalen Regieeinheiten fordert deshalb, künftig in gleicher Weise wie die anderen öffentlich-rechtlichen Organisationen in Fragen des Katastrophenschutzes beteiligt zu werden.

„Sicher arbeiten mit Gefahrstoffen“

„Sicher arbeiten mit Gefahrstoffen“ lautet der Titel eines zweiteiligen Farbfilms, der ab sofort als VHS-Videokassette kostenlos bei der Filmstelle des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften ausgeliehen werden kann. Der Film, dessen beide Teile jeweils



Brand auf dem Düsseldorfer Flughafen

Ein technischer Defekt war die Ursache eines Großbrandes, der in der Nacht zum 11. April 1989 auf dem Düsseldorfer Flughafen einen Schaden von weit über

einer Million Mark verursachte. Die Flammen zerstörten fast zur Hälfte eine Halle mit Lebensmittelvorräten für die Bordverpflegung einer skandinavischen Fluggesellschaft und die Kleiderkammer einer Chartergesellschaft. Menschen kamen bei dem Unglück nicht zu Schaden.

(Foto: dpa)

eine Laufzeit von 20 Minuten haben, wurde von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Heidelberg konzipiert.

Die praktische Anwendung der 1986 in Kraft getretenen Gefahrstoffverordnung erweist sich bei den betroffenen Betrieben wegen der Kompliziertheit der Materie als sehr schwierig. In dem neuen Film möchte die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie den Betrieben Hinweise dazu geben, wie die komplexen Anforderungen dieser Verordnung in die tägliche Praxis am Arbeitsplatz umgesetzt werden können. An praktischen Beispielen aus Chemiebetrieben, sie sind jedoch auf andere Betriebe übertragbar, wurden die wichtigsten Forderungen demonstriert. Teil I des Films hat den Untertitel „Aufgaben und Pflichten“ und befaßt sich mit den Grundforderungen der Gefahrstoffverordnung. In Teil II „Hinweise und Folgerungen für die Praxis“ werden viele Beispiele zum sicheren Umgang mit Gefahrstoffen gezeigt. Jeder Filmteil ist auch für sich allein ausreichend aussagefähig und kann einzeln bestellt werden.

Bestellungen sind schriftlich an den Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaft, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Filmstelle, Lindenstraße 78-80, 5205 Sankt Augustin 2, zu richten.

Neumünster: Katastrophenschutzabwehrstab übte Zusammenarbeit

Am 8. April 1989 trat der Katastrophenschutzabwehrstab der Stadt Neumünster zu einer Übung zusammen, die von einigen Mitgliedern des Stabes vorbereitet worden war. An der Übung beteiligten sich die Feuerwehr, Das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk, die Stadtverwaltung Neumünster und Regieeinheiten.

Nach der Begrüßung durch einen Vertreter des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz der Stadt erfolgte die Einweisung in die Ausgangslage. Anschließend wurde bei fortlaufender Entwicklung der Lage die praktische Stabsarbeit geübt. Kleinere Mängel in der Stabsorganisation konnten erkannt und abgestellt werden. Auch muß die Einrichtung des Stabsraums noch geändert werden.

Bei der Abschlußbesprechung zeigten sich alle Beteiligten mit dem Ablauf der Veranstaltung zufrieden und plädierten für weitere Übungen dieser Art.

Termine

Am 9. und 10. Juni 1989 findet in Duisburg die **9. Tagung der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensivmedizin – DIVI** – statt. Das Leitthema ist „Reanimation in der Notfallmedizin – Voraussetzungen, Durchführung, interdisziplinäre Gesichtspunkte“. Die wissenschaftliche Leitung hat Professor Dr. G. Hierholzer, Duisburg.

Für Rettungssanitäter findet ein begleitendes **Seminar** zu den Themen „Der kardiologische Notfall, Polytrauma, Maßnahmen bei lebensbedrohenden Störungen der Atmung“ statt.

Organisation: Oberarzt Dr. H. J. Böhm, Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik, Großenbaumer Allee 250, 4100 Duisburg 28, Telefon: 02 03/76 88 31 40.

.....

Vom 4. bis 6. Oktober 1989 finden in Rom die **„3. International Resuscitation Days – Survival under critical life conditions“** statt. Eingeladen sind Wissenschaftler und an Reanimation, Intensivmedizin und Transplantation interessierte Kliniker.

Auskunft und Anmeldung: Fondazione Giovanni Lorenzini, Via Monte Napoleone 2, 20 121 Milan (Italien), Tel. (02) 78 38 68 und 70 22 67.

.....

Die ADAC-Luftrettung veranstaltet im Kongreßzentrum in Garmisch-Partenkirchen vom 11.–13. Oktober 1989 die 10. RTH-Fachtagung unter dem Motto **„Luftrettung europaweit“**.

In Fortführung der Tradition der vorangegangenen Tagungen bietet auch diese wieder das zentrale Podium für den Austausch von Erfahrungen. Die politische Entwicklung in der EG gibt zudem aktuellen Anlaß, den Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Darüber hinaus wird die Erörterung der essentiellen Fragen des Luftrettungswesens wieder breiten Raum einnehmen; jetzt mehr denn je unter dem Aspekt der Effizienzanalyse.

Informationen: ADAC-Luftrettung GmbH, Postfach 70 01 32, Am Westpark 8, 8000 München 70.

.....

Zum 10. Mal findet mit der Internationalen Fachmesse und dem Deutschen Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin vom 13. bis 16. Juni 1989 in Düsseldorf die Sonderschau **„Treffpunkt Sicherheit“** statt. Die Schau, die unter der Federführung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI) durchgeführt wird, bietet dem Besucher Anregung und Hilfen insbesondere für die betriebliche Unfallverhütung und den Gesundheitsschutz. 18 Organisationen, Verbände und Behörden haben sich zur Arbeitsgemeinschaft Treffpunkt Sicherheit zusammengeschlossen. In Halle 2 präsentieren sie auf insgesamt 5 000 Quadratmetern Möglichkeiten zur sicheren und menschlichen Gestaltung der Arbeit und der Arbeitsumwelt.

.....

Die Technische Akademie Esslingen, Institut des Kontaktstudiums an der Universität Stuttgart, an der Universität Hohenheim und der Fachhochschule für Technik Esslingen, führt am 19. und 20. Juni 1989 einen Lehrgang zum Thema **„Mehr Sicherheit durch betrieblichen Katastrophenschutz“** durch.

Programmanforderungen und Anmeldungen an: Technische Akademie Esslingen, Weiterbildungszentrum, Postfach 12 69, 7302 Ostfildern 2 (Nellingen), Telefon (07 11) 3 40 08 23.

.....

Der vorbeugende Brandschutz ist heute ein wichtiger Faktor in Industrie, Handel und Verwaltung. An den jeweils verantwortlichen Sicherheitsfachmann werden hohe Anforderungen gestellt. Um die Sicherheitsfachleute auf den neuesten Stand der Brandchutztechnik zu bringen, führen die GLORIA-Werke in diesem Jahr wieder praxisorientierte **Seminare** durch. Als Referenten stehen Spitzenkräfte aus dem Gesamtbereich des vorbeugenden Brandschutzes zur Verfügung. Praktische Löschübungen sowie Fallbeispiele vor Ort runden das interessante Programm ab.

Um eine möglichst hohe Effektivität zu gewährleisten, ist die Teilnehmerzahl an diesen Seminaren begrenzt. Folgende Termine sind zunächst vorgesehen: Nr. 1 vom 31. 5. bis 2. 6. 1989, Nr. 2 vom 13. 9. bis 15. 9. 1989.

Interessenten wenden sich bitte an die GLORIA-Werke, H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co., Postfach 11 60, 4724 Wadersloh, Telefon 0 25 23/7 70.

.....

Das an der **Firesafe 89**, der ersten europäischen Ausstellung für passiven Brandschutz, gezeigte Interesse übertrifft alle Erwartungen. Die Liste der Aussteller umfaßt bereits mehr als 60 führende Firmen in Großbritannien und auf dem europäischen Kontinent.

In Verbindung mit der Ausstellung wird ein **Seminarprogramm** geboten.

Die drei Seminartage stehen unter folgenden Themen: „Die Planung für den Brandschutz“, „Normen und Spezifikationen“ und „Brandschutz und die Anwendung“.

Nähere Einzelheiten: Firesafe 89, Philbeach Events, Earls Court Exhibition Centre, Warwick Road, London SW 5 9 TA, Tel. 01 3 70 82 25.

.....

Vom 7. bis 9. September 1987 findet im Hotel und Kongreßzentrum Maritim Lübeck-Travemünde das **5. Lübecker Notfall-Symposium** statt. Themenschwerpunkte der Tagung sind:

1. Herz-Kreislauf und Intensivmedizin
2. Gastroenterologie
3. Pulmonologie
4. Nephrologie
5. Angiologie
6. Onkologie/Hämatologie
7. Infektiologie
8. Endokrinologie

Im Rahmen der Tagung findet eine Fachausstellung statt. Für Rettungssanitäter gilt eine ermäßigte Tagungsgebühr.

Auskunft: Tagungsbüro Notfall-Symposium, Telefon: 04 51/ 5 00 20 06.

.....

Das Internationale technische Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen – CTIF – führt seine **Generalversammlung** am 29. Juli 1989 in Polen durch. Veranstaltungsort ist das Hotel Victoria-Intercontinental in Warschau.

„Eine beeindruckende Kulisse“

Feierstunde im THW-Lager Bonn-Mehlem – Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt hob Leistung des Bundes hervor

„In unserer industriellen Leistungsgesellschaft mit ihren technologischen Risiken kommt einem wirksamen Gefahrenabwehrsystem eine wesentliche Bedeutung zu. Ich freue mich daher, daß es mir heute möglich ist, durch die Übergabe von 80 Einsatzfahrzeugen des erweiterten Katastrophenschutzes für das Land Nordrhein-Westfalen den Willen der Bundesregierung dokumentieren zu können, zur Optimierung des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich beizutragen.“ – Mit diesen Worten begann der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, seine Ansprache.

Rund 130 Gäste waren aus diesem Anlaß am 12. April 1989 in das THW-Lager Mehlem gekommen, um an der Feierstunde teilzunehmen; unter ihnen offizielle Vertreter aus den Regierungspräsidien des Landes Nordrhein-Westfalen, der Hilfsorganisationen sowie zahlreiche Helfer, die nun „ihr“ Fahrzeug übernehmen wollten.

Je 20 Krankentransportwagen, Arztkraftwagen, Löschwagen (LF 16 TS) und Rüstwagen der Fachdienste Brandschutz und Sanitätsdienst standen sauber aufgereiht auf dem Vorplatz des THW-Gebäudes. – „Eine beeindruckende Kulisse . . .“, wie viele Besucher meinten.

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, konnte zu Beginn der Veranstaltung auch Wolfgang Riotte, Staatssekretär beim nordrhein-westfälischen Innenminister, begrüßen, der als Vertreter seines Bundeslandes an der Fahrzeugübergabe teilnahm.

7 500 Einheiten mit rund 150 000 freiwilligen Helferinnen und Helfern

In seiner Ansprache betonte Dr. Waffenschmidt die große Bedeutung eines gut funktionierenden Bevölkerungsschutzes,

bei dem Bund, Länder, Gemeinden und Hilfsorganisationen kooperativ und partnerschaftlich zusammenarbeiten. Der Staatssekretär wörtlich: „Dieser Kooperationsgedanke hat seinen Ausdruck bereits im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968 gefunden.“

Der Bund hat sichergestellt, daß etwa 7 500 Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes mit rund 150 000 freiwilligen Helferinnen und Helfern dem Katastrophenschutz der Länder bei der Bewältigung von Katastrophen, aber auch bei der alltäglichen Bekämpfung von Unglücksfällen und Bränden in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Auch die hierzu zu übergebenden 80 Einsatzfahrzeuge werden in diesem Sinne verwandt werden können.

Die umfangreiche und z.T. sehr kostenaufwendige Ausstattung des vom Bund finanzierten erweiterten Katastrophenschutzes, insbesondere die Spezialfahrzeu-

ge, werden in dem dazu aufgebauten Instandsetzungssystem, bestehend aus 33 ebenfalls vom Bund finanzierten Zentralwerkstätten, die über das ganze Bundesgebiet verteilt sind, in einem ihre jederzeitige Einsatzfähigkeit sicherzustellenden Zustand gehalten. Auch dies geschieht zum Nutzen aller für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen, seien es Bund, Länder oder Hilfsorganisationen.“

Waffenschmidt erinnerte an das verheerende Erdbeben in Armenien mit seinen Tausenden Todesopfern, an den Reaktorunfall von Tschernobyl und die Ereignisse von Borken, Herborn, Ramstein und Remscheid, die uns, so der Staatssekretär, mit beklemmender Eindeutigkeit bewiesen hätten, wie schnell wir selber Opfer von Naturkatastrophen oder Unglücksfällen sein könnten. Hier dürfe auch der hohe Sicherheitsstandard der Industrie nicht davon abhalten, mit leistungsfähigen und umfassen-



BZS-Präsident Hans-Georg Dusch (rechts) begrüßte zur Feierstunde den Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt (Mitte), und den Staatssekretär beim Innenminister Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Riotte.



Die Staatssekretäre Dr. Horst Waffenschmidt und Wolfgang Riotte überreichen den Schlüssel eines neuen Brandschutzfahrzeuges.

den Gefahrenabwehrsystemen den Risiken einer hochtechnisierten Gesellschaft zu begegnen.

Der Bund leistet erheblichen Beitrag zur Gefahren- und Katastrophenabwehr

Waffenschmidt weiter: „Die Bundesregierung hat dies frühzeitig erkannt und notwendige Folgerungen gezogen. So vervollständigt und modernisiert sie derzeit durch das bis 1993 laufende Konsolidierungsprogramm mit einem Finanzvolumen von rund 1,2 Milliarden DM die Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Auch die hier vor uns stehenden 80 Fahrzeuge mit einem Gesamtwert von rund 8,42 Millionen DM sind Teile dieses Konsolidierungsprogramms.“

Insgesamt sind von den im Konsolidierungsprogramm vorgesehenen 11 000 neuen Bundesfahrzeugen in den Jahren 1980 bis 1988 8 500 an die Bundesländer ausgeliefert worden. Davon hat das Land Nordrhein-Westfalen bisher insgesamt 2 919 Fahrzeuge in einem Gesamtwert von 364 Millionen DM erhalten. Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen, bezogen auf die bundesweit seit Beginn des Programms bis 1988 geleisteten Ausgaben, beträgt damit 39 %. Ich bin der Ansicht, daß der Bund damit einen erheblichen Beitrag zur Gefahren- und Katastrophenabwehr leistet. Das sollte trotz aller noch offenen Wünsche auch einmal lobend hervorgehoben werden.“

Nach den Worten des Staatssekretärs soll sich an das Konsolidierungs- ein Arrondierungsprogramm anschließen, um durch die Aufstellung zusätzlicher Einheiten das noch bestehende „Schutzgefälle“ weiter zu verringern. Derzeit werde gemeinsam mit den Ländern ein Bevölkerungsschutzprogramm erarbeitet, das die Sicherheit der Bürger

gegenüber den vielfältigen Risiken verbessern soll.

Der Staatssekretär äußerte sich dann zum Gesetzesvorhaben zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes: „Der Entwurf beinhaltet die notwendigen Ergänzungen und Fortschreibungen des geltenden Rechts und wurde mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Organisationen und Verbänden abgestimmt. Er schreibt dringend aktualisierungsbedürftige Tatbestände fort und schließt bisher vorhandene Lücken des geltenden Rechts in dem Gesetz über den erweiterten Katastrophenschutz und im Beamtenrechtsrahmengesetz.“

Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn in Ost und West

Nicht nur mit den Bundesländern, betonte der Staatssekretär, sondern auch mit den europäischen Nachbarstaaten strebe die Bundesregierung eine verbesserte Zusammenarbeit im Katastrophenschutz an. Entsprechende Vereinbarungen würden derzeit auch mit den östlichen Nachbarn ins Auge gefaßt. Im Hinblick auf die Erdbebenkatastrophe von Armenien zeige neben der DDR und der CSSR besonders die Sowjetunion großes Interesse an einer Zusammenarbeit.

Waffenschmidt würdigte im Abschluß seiner Rede die Helfer im Katastrophenschutz: „Trotz aller organisatorischer und finanzieller Bemühungen von seiten der Behörden darf eines nicht vergessen werden, nämlich das Engagement der vielen tausend Helferinnen und Helfer, die, sei es nun freiwillig oder hauptamtlich, Tag für Tag, oft unter Einsatz ihres Lebens im Sinne wahrhaftiger und christlicher Nächstenliebe für

den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitmenschen eintreten. Der Staat kann und will bei der Gefahrenabwehr nicht alle Aufgaben übernehmen. Er ist aber denen zu Dank verpflichtet, die durch Eigeninitiative und Mitverantwortung Opfer und Gefahren auf sich nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland kann stolz auf diese Menschen sein. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie.“

Kooperatives Miteinander von Bund und Ländern

In seiner Entgegnung auf die Rede von Dr. Horst Waffenschmidt griff Staatssekretär Wolfgang Riotte den Gedanken eines kooperativen Miteinanders von Bund und Ländern auf. Er betonte die große Bedeutung, die gerade auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes einem gemeinsamen Handeln zukomme. Zudem, so der Staatssekretär, stünden Bund und Länder auch in der Pflicht derer, die im freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz ihr Engagement für die Sache des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes bewiesen.

Nach den Worten des nordrhein-westfälischen Staatssekretärs bat BZS-Präsident Dusch die Teilnehmer der Veranstaltung nach draußen, wo nun die Helfer an ihren Fahrzeugen die Wagenschlüssel erhalten sollten. Waffenschmidt und Riotte erkundigten sich bei dieser Gelegenheit in kurzen Gesprächen nach dem Ausrüstungsstand der jeweiligen Einheiten und wünschten den Helfern viel Glück und Erfolg im Einsatz mit den neuen Fahrzeugen. Gelegenheit zu einem umfangreicheren Meinungs- und Erfahrungsaustausch fand sich anschließend beim gemeinsamen Mittagessen.

Guido Selzner



Ein Blick auf den Vorplatz des THW-Lagers. 80 Fahrzeuge der Fachdienste Brandschutz und Sanitätsdienst stehen zur Übergabe bereit. (Fotos: Hilberath)

„Wir haben immer nur das Allernötigste getan“

Mehrzweckanlage mit 1 498 Schutzplätzen in Bad Essen ihrer Bestimmung übergeben – Friedensmäßige Nutzung gibt dem Schutzraumbau neue Impulse

In einer kleinen Feierstunde wurde am Samstag, dem 8. April 1989, in Bad Essen bei Osnabrück eine Mehrzweckanlage (Tiefgarage/Schutzraum) ihrer Bestimmung übergeben. Eingeladen hatten die Charlotenburg-Klinik und die Kurbetriebe Bad Essen GmbH, die dieses Bauwerk gemeinsam erstellten.

Bürgermeister Gerhard Hofmeyer begrüßte die Gäste, an ihrer Spitze Niedersachsens Innenminister Josef Stock. Hofmeyer erinnerte in seiner Ansprache, wie schwierig es gewesen sei, einen geeigneten Platz für die beim Bau der Klinik geforderten rund 180 Parkplätze zu finden. Ein möglicher Standort in der Nähe eines Waldrandweges sei schon im Planverfahren auf großen Widerstand gestoßen. Erst die Idee, eine Tiefgarage unterhalb der Kurklinik in einen Hang zu bauen, habe einen Ausweg geboten.

Günstige Finanzierung

Die Idee wurde gefördert durch eine günstige Finanzierung mit Bundesmitteln beim Ausbau der Tiefgarage zu einem öffentlichen Schutzraum. Man entschloß sich, diesen Weg zu gehen und beantragte die entsprechenden Mittel. Rund 1,7 Millionen Mark Zuschuß erhielten die Bauherrn für die 1.498 Schutzplätze in der Mehrzweckanlage. Die Gesamtkosten der Tiefgarage einschließlich des Ausbaus zum Schutzraum betragen etwa 3,35 Millionen Mark.

In knapp einem Jahr wurde der Mehrzweckbau nach den Bautechnischen Grundsätzen für Großschutzräume erstellt. Die Gesamtfläche beträgt 2.972 Quadratmeter. 127 Fahrzeuge finden in der Anlage Platz. Im Notfall verschließt ein großes Betonschiebetor die Pkw-Einfahrt – die Tiefgarage wird zum Schutzraum.

Im Auftrag der Gemeinde Bad Essen war-

tet der THW-Ortsverband Wittlage die technischen Anlagen des Mehrzweckbaus.

Zivilschutz noch sinnvoll?

Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Hofmeyer und Grußworten des Leiters der Landesstelle Niedersachsen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Edgar Sohl, sprach Innenminister Josef Stock. Er führte aus:

„Wer sich in diesen Wochen und Monaten zum Thema ‚Zivilschutz und Schutzraumbau‘ äußert, setzt sich allzuleicht dem Verdacht aus, zur falschen Zeit ein falsches politisches Signal zu setzen. Wir haben dies unlängst bei der WINTEX-Übung erlebt, und wir erleben dies überall dort, wo wir Zivilschutzmaßnahmen, wie z. B. das Sirenen-Warnsystem in unsere Gefahrenvorsorge einbeziehen.

Ich begrüße daher die Gelegenheit, das Thema ‚Zivilschutz – Schutzraumbau‘ im Rahmen dieser Übergabefeierlichkeiten in ein umfassenderes politisches Bezugsfeld stellen und damit einer sachlichen und realistischen Beurteilung zuführen zu können. Dies geschieht nicht um seiner selbst willen. Dies geschieht, um den politischen Freiraum zu erhalten, der es uns gestattet, auch in diesem Bereich fürsorglich für unsere Bevölkerung tätig sein und bleiben zu können.

Stellen wir also die Kernfrage: Ist Zivilschutz mit seinem Zentralbereich Schutzraumbau in einer zu Teilen dramatisch veränderten sicherheitspolitischen Ausgangslage noch erforderlich und sinnvoll? Ist er nicht vielleicht sogar politisch schädlich?

Ich könnte es mir leichtmachen und auf die Tatsache verweisen, daß wir im Verbund mit allen Demokratien des Westens ‚Streitkräfte zur Verteidigung‘ – Wortlaut des Artikel 87 a Absatz 1 GG – aufgestellt haben und



In einer kleinen Feierstunde wird die Mehrzweckanlage ihrer Bestimmung übergeben.



Als Kernbereich des Zivilschutzes bezeichnet Innenminister Josef Stock den Schutzraumbau.

unterhalten. Damit ist der Bundesrepublik Deutschland, dem Bundesland Niedersachsen zumal, eine sicherheitspolitische Grundentscheidung vorgegeben. Militärische Konflikte werden nicht gänzlich in den Bereich des Udenkbaren verbannt. Zivile Behörden aller Ebenen haben daraus im Rahmen ihrer Für- und Vorsorgepflicht für unsere Bevölkerung ihre Konsequenzen zu ziehen.

Wie gesagt: Mit dieser Argumentationskette würden wir es uns wohl ein wenig zu leichtmachen. Ein umfassendes und wirksames Zivilschutzsystem kann letztlich nur aus eigener Einsicht und Überzeugung hergeleitet werden. Sie gründet in dem Wissen um die Verpflichtung jeder öffentlichen Gewalt, Leben, Gesundheit und Lebensgüter unserer Bevölkerung so effektiv wie möglich vor jeder denkbaren Gefährdung zu schützen. Dies ist uns durch das Grundgesetz, vor allem aber durch unsere eigenen humanitären und philosophischen Wertvorstellungen vorgegeben. Dies ist Kernbestand jeden staatlichen Handelns.

Kein zentrales Anliegen

Zu den bedauerlicherweise immer noch nicht gänzlich auszuschließenden Gefährdungsmöglichkeiten unserer Bevölkerung gehört immer noch der kriegerische Konflikt. Dies nicht nur, weil sich Armeen gegenüberstehen; dies vor allem deshalb, weil – ich denke da z. B. an den Persischen Golf, aber auch an den gesamten Bereich des Nahen Ostens – Entwicklungen denkbar bleiben, die bündnisverpflichtete Großmächte auch ohne deren Absicht in militärische Konfrontationen hineinziehen können.

Wir unterstellen niemandem die politische Verwerflichkeit, grundlos mit Waffengewalt über den anderen herzufallen. In dieser Einschätzung bestärken uns durchaus die innenpolitischen Entwicklungen in der UdSSR und anderen Ostblockstaaten sowie deren außenpolitische Bekundungen. Für das ‚Restrisiko‘ – ich übernehme hiermit bezeugt einen Begriff aus dem Bereich der Kernkraftwerke – müssen wir aber vorbereitet bleiben.

Zivilschutz, zumal Schutzraumbau, war noch nie ein zentrales Anliegen von Bundes- und Landespolitik. Wir haben immer nur das Allernötigste getan, manchmal auch noch nicht einmal das. Ich denke, wir haben keinerlei Anlaß, auf dieses Minimum an Vorsorge für unsere Zivilbevölkerung nun auch noch zu verzichten. Lassen Sie uns deshalb unsere Zivilschutz-Verpflichtungen in der ruhigen Gelassenheit dessen weiterhin wahrnehmen, der um die absolute Friedlichkeit der eigenen Absicht weiß. Der von uns betriebene Zivilschutz kann deshalb auch kein Anlaß für so etwas wie eine Kriegs-Psychose sein. Im Gegenteil! Mit seinen Zivilschutz-Maßnahmen schafft der Staat die Voraussetzungen dafür, daß unsere Mitbürger sich in einem Leben der Sorglosigkeit geborgen fühlen können. Und dies halte ich für einen wichtigen Beitrag zu aktueller demokratischer Lebensqualität.

Schutzraumbau Kernbereich des Zivilschutzes

Ich habe den Schutzraumbau schon mehrfach als Kernbereich des Zivilschutzes bezeichnen können. Zwar beziehen wir auch Evakuierungen in Form weitmaschiger Rahmenplanungen in den Schutzkatalog für un-

sere Bevölkerung ein. Angesichts der sprichwörtlichen Bodenständigkeit unserer niedersächsischen Bevölkerung bleibt der Schutzraumbau jedoch der bedeutendste Beitrag zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden Schwerpunktverlagerungen in den verteidigungspolitischen Konzeptionen dem Schutzraumbau zu einem neuen, bisher nicht gekannten Stellenwert verhelfen. Wir stehen vor einer deutlichen Verringerung der Kernwaffenpotentiale und einer entsprechenden Veränderung der militärischen Strategien. Der sicherheitspolitische Stellenwert der konventionellen Verteidigung steigt ständig. In einer militärischen Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen, mag sie in dem Ausmaß ihrer Verheerungen auch unsere Vorstellungen übersteigen, wird Schutz unserer Bevölkerung jedenfalls wieder in ganz anderen Dimensionen möglich als bei einem atomaren Schlagabtausch.

Bei alledem will zunächst wenig verständlich erscheinen, daß in der bevorstehenden Änderung des einschlägigen Gesetzes entgegen der ursprünglichen Absicht die Chance vertan wird, dem Schutzraumbau zu angemessenen Regelungen zu verhelfen. Ich möchte jedoch zu bedenken geben, daß es weder finanzierbar, noch politisch wünschenswert ist, unser Land als Folge einer Schutzraumbaupflicht flächendeckend mit gehärteten Schutzbauten für 70 Millionen Einwohner ‚zuzubauen‘. Der Verzicht auf eine Schutzraumbaupflicht widerspiegelt unsere Bereitschaft, die Entscheidung unserer Mitbürger zum Lebensrisiko, zum Verzicht auf Schutz, wie in anderen Lebensbereichen auch als Teil unserer demokratischen Freiheit zu respektieren. Dies ist das aktuelle politische Signal, das zur Zeit von Zivilschutz und Schutzraumbau ausgeht; es



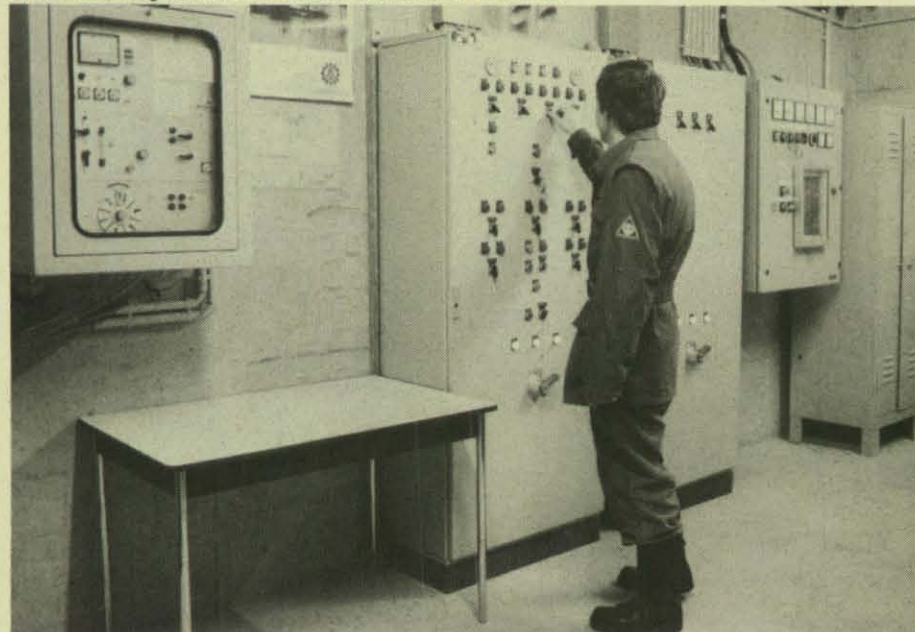
Die Einfahrt zur Mehrzweckanlage unterhalb der Kurklinik.



127 Fahrzeuge finden in der Anlage Platz.



Über eine Schräge sind die einzelnen Parkebenen zu erreichen.



Die Wartung der technischen Anlagen übernimmt der THW-Ortsverband Wittlage.

sollte zur Kenntnis genommen, verstanden und ausgewertet werden.

Spürbarer Anstieg der Schutzraumplätze

In dieser Situation ist ein Schutzraum wie dieser hier in Bad Essen beispielhaft für das sicherheitspolitische Verantwortungsbeußsein privater Bauträger. Es ist damit für mich die der neuen verteidigungspolitischen Lage angepaßte und unseren Vorstellungen von freiheitlicher Lebensgestaltung entsprechende moderne Ausformung des Schutzraumbaus. Der Staat, in diesem Fall zuständigigsgemäß der Bund, setzt für den Bauträger finanzielle Anreize zum Ausbau ohnehin entstehender Räumlichkeiten als Schutzbauten. Er beläßt dem Bauherrn die Freiheit, die Räumlichkeiten lediglich mit einem sogenannten Grundschutz zu versehen, sie also einsturz- und splittersicher zu machen, oder mit hochentwickelten vorgefertigten Bunkerteilen auszustatten. Mit Hilfe dieses ausgewogenen Instrumentariums haben wir schon jetzt einen spürbaren Anstieg der Schutzraumplätze für unsere Bevölkerung erreichen können.

Vermeiden wir gerade auf diesem Sektor der Verantwortlichkeiten für unsere Bevölkerung jede Schönfärberei. Tatsache bleibt, daß wir für nicht mehr als drei Prozent unserer Bevölkerung Schutzraumplätze zur Verfügung stellen können. Wenn wir aber die zwanghafte Einbunkerung vermeiden und uns zur Selbstverantwortung in Freiheit bekennen wollen, müssen wir den nur sehr langsamen Anstieg der Schutzraumplätze in Kauf nehmen.

Ich habe an dieser Stelle mit großer Genugtuung die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz zu würdigen. Seinen Initiativen ist es gerade im Bereich der Bezirksregierung Weser-Ems zu verdanken, daß wir einen deutlichen Anstieg des Schutzraumbaus verzeichnen können. Wesentliche Teile der vom Bund für diese Zwecke bereitgestellten Finanzmittel fließen nach Niedersachsen. Ich danke dem Bundesverband für den Selbstschutz deshalb besonders für seine Aktivitäten, weil er uns dazu verhilft, es nicht bei der theoretischen Erkenntnis bewenden zu lassen, ein Bundesland mit relativ hoher Gefahrengeneigkeit zu sein. Mit Hilfe des BVS haben wir dazu übergehen können, dieser Einsicht die Tat in Form gesteigerten Schutzraumbaus folgen zu lassen.

Neue Betrachtungsweise

Als vor einigen Monaten der Absturz des atomgetriebenen sowjetischen Satelliten Kosmos 1900 drohte und wir auch in Nie-

dersachsen als großes Flächenland Vorkehrungen zu treffen hatten, wurde uns an unseren Auskunftstelefonen am häufigsten die Frage gestellt: „Wo sollen wir hingehen, wenn das Ding runterkommt? Wo sind für uns die entsprechenden Schutzräume?“

Diese Frage erhellte uns schlaglichtartig den gesamten Problembereich des Schutzraumbaus. Zum ersten natürlich die bereits geschilderte defizitäre Situation. Natürlich wären wir nicht in der Lage gewesen, beim drohenden Absturz des Satelliten auf einen größeren Siedlungsraum ausreichende Schutzräume anzubieten. Deutlich wurde aber auch, daß unsere Bevölkerung den Schutzraumbau normalerweise nicht als regelungsbedürftiges Anliegen zur Kenntnis nimmt. Kommt es aber zu Krisensituationen, verlangt sie mit großem Nachdruck, daß Schutzräume vorhanden sind.

Zum dritten machen Kosmos-Situation und Nachfrage nach Schutzräumen deutlich, daß die Zweckbestimmung von Schutzbauten nicht beim Kriegsfall endet. Der mit dem Grundschutz gegen militärische Einwirkungen versehene Kellerraum und der um qualifizierten Schutz erweiterte Raum einer Großgarage haben in jedem Fall auch die Qualifikation, beim Durchzug einer chemisch oder radioaktiv verseuchten Wolke besser zu schützen als irgendeine andere Baulichkeit. Bei abnehmender Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte in Zentraleuropa und zunehmender Technologiedichte auch in unserem Land rückt diese Betrachtungsweise von Schutzräumen immer mehr in den Vordergrund. Schon jetzt ist erkennbar, daß die Möglichkeit einer friedensmäßigen Nutzung dem Schutzraumbau neue Impulse gegeben hat. Schutzraumbau wird damit zum Kernbestandteil eines einheitlichen Katastrophenschutzsystems, eines Verbundes von Vorsorgemaßnahmen also, die zur Abwehr von militärischen wie zivilen Gefahren gleichermaßen geeignet sind. Diese Entwicklung wird von Niedersachsen mit Nachdruck gefördert.

Rund 1500 Schutzplätze geschaffen

Für alles dies steht das Projekt, das wir heute seiner Bestimmung übergeben. Als zuständiger Ressortminister habe ich den Baurägern dieser Schutzraumanlage, der Charlottenburg-Klinik und den Kurbetrieben Bad Essen, dafür zu danken, daß sie der Tiefgarage eine multifunktionale Zweckbestimmung gegeben und annähernd 1.500 Schutzplätze geschaffen haben. Dies ist für mich Ausdruck wohlverstandener Selbstverantwortung. Die Bürger von Bad Essen können sich der beruhigenden Gewißheit erfreuen, in einem Notfall weit besser als bisher Schutz zu finden, ohne daß ihre



THW-Helfer demonstrieren, wie das schwere Betonschiebetor im Notfall mit Hilfe eines Greifzugs geschlossen wird.

Zuversicht dadurch geschmälert wird, es möge niemals zu Ereignissen dieser Art kommen.

Es wird Ihnen, meine verehrten Zuhörer, nicht viel anders gehen als mir. Bei aller Genugtuung über die verbesserte Schutzmöglichkeit löst der Gedanke an Ereignisse, die diesen Schutz nötigmachen könnten, eine innere Beklemmung aus. Aber ich glaube, auch dies hat Funktion. Wir dürfen nicht zu einer reinen Schönwetter-Gesellschaft werden. Denn erfahrungsgemäß werden diejenigen mit Gefahrenentwicklungen am besten fertig, die Gefahrenmöglichkeiten unverkrampft in ihre Vorstellungen von einem natürlichen Lebenslauf einbeziehen.

Wenn wir nun diese Schutzraum-Anlage

ihrer Bestimmung übergeben, tun wir dies mit der Bekundung, daß unsere Heimat in Niedersachsen, unser Osnabrücker Land und dieses Bad Essen, nur in Frieden gedacht werden können. Wir leben gerade hier in Bad Essen von der Ruhe und vom Frieden. So wünsche und hoffe ich, daß diese imposante bauliche Anlage stets ausschließlich ihrem Primärzweck, dem als Tiefgarage, zu dienen hat. Dafür werden wir alle unsere Kraft und alle unsere Gestaltungsmöglichkeiten einsetzen. Der Schutzraumzweck dieses Bauwerks möge sich ausschließlich darin erfüllen, unserer Bevölkerung ein gesteigertes Bewußtsein der Sicherheit zu vermitteln. Zu alledem erbitten wir Gottes Segen.“

— güse —



Die Baupläne geben eine Übersicht über die Gesamtanlage (von links): BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl, Innenminister Josef Stock, BVS-Dienststellenleiter Werner Köster, Osnabrück. (Fotos: Sers)

Mit einer SAR-Crew im Einsatz

„Ein Tag wie jeder andere“

Nur die besten Piloten fliegen einen Bundeswehr-Rettungshubschrauber – Landungen auf engstem Raum

Sie sind tagtäglich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang im Einsatz, die Crews der Rettungshubschrauber in der Bundesrepublik. Ihr Auftrag: Leben retten. Mit eingebunden in das System der Luftrettung ist auch die Bundeswehr mit SAR-Rettungszentren.

Die folgende Reportage zeichnet einen „normalen“ Einsatztag einer Mannschaft des Rettungshubschraubers (RTH) am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg auf:

06.00 Uhr Ein Donnerstagmorgen im Spätherbst. Der Wecker im Zimmer 417 des

Wohnheims im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg klingelt. Auch aus dem Nachbarzimmer sind bereits die typischen Geräusche der Morgentoilette zu vernehmen. Die Pilotencrew ist aufgestanden. Es ist der vierte Einsatztag des Rettungshubschraubers Hamburg.

06.30 Uhr Ein 14-Stunden-Tag liegt vor den beiden Männern, die jetzt das Gebäude verlassen. Bevor sie in ihren Bereitschaftsraum gehen, heißt es den Hubschrauber einsatzklar zu machen.

06.45 Uhr Hauptfeldwebel Adolf Ast und Leutnant Harry Jeschke schließen die Tür

zum Hangar auf. Gemeinsam beginnen sie den Vorflugcheck. Dann wird die Bell UH-1D aufgebockt und aus dem Hangar ins Freie gerollt.

07.00 Uhr Noch 30 Minuten bis zum Sonnenaufgang, ab 07.30 Uhr muß der Hubschrauber einsatzbereit sein – bis zum Sonnenuntergang, nahezu genau zwölf Stunden später. Während der Bordmechaniker Adolf Ast noch mit dem Vorcheck beschäftigt ist, bereitet sein Pilot bereits das Frühstück vor.

Der Pilot: Leutnant Harry Jeschke, 28, Soldat seit 1978, 1700 Flugstunden, ledig,



Alarm: Innerhalb weniger Sekunden ist die Crew beim Hubschrauber.

wohnt in Bremervörde, Pilotenausbildung in Fort Rucker im Bundesstaat Alabama, USA, Lizenz „Militärluftfahrt-Führerschein“, gehört zum Hubschrauber-Transportgeschwader (HTG) 64 Ahlhorn.

Hubschrauberpilot Jeschke, „Einsatzpilot“ einer Bell UH-1 D, ist seit 1982 als SAR-Pilot eingesetzt, bislang mehr als 350 SAR-Einsätze.

Zur gleichen Zeit tritt Andreas Prautzsch, 34, Brandoberinspektor der Hamburger Feuerwehr, seinen Dienst in der Einsatzzentrale der Feuerwehr an. Bis 17.15 Uhr ist er Schichtführer von insgesamt acht „Disponenten“, das sind die Beamten an den Lage-tischen. Hier laufen alle Notrufe über die „112“ auf und werden in Einsatzbefehle für die Rettung umgesetzt. Auch Einsatzwünsche aus dem Umland werden hier bearbeitet und entschieden. In Hamburg wird der SAR-Rettungshubschrauber nur über diese Einsatzzentrale eingesetzt. Andreas Prautzsch ist von nun an der Einsatzführer auch unserer SAR-Crew im Bundeswehr-krankenhaus Hamburg.

Ein eingespieltes Team

07.15 Uhr Hauptfeldwebel Ast ist mit seinen Arbeiten an der Maschine fertig. Er meldet die Einsatzbereitschaft dem Piloten. Der Ton ist unmilitärisch, freundschaftlich, kollegial – man duzt sich, die beiden sind ein Team, müssen sich hundertprozentig aufeinander verlassen – sind „eingespielt“ und kennen sich seit Jahren.

Der Bordmechaniker: Adolf Ast, 39, Hauptfeldwebel, mehr als 2500 Flugstunden, ledig, er wohnt in Cappel, Berufssoldat seit 1972, kann auf die Erfahrung von über 1000 Rettungseinsätzen allein in Hamburg zurückblicken.

07.25 Uhr Pilot Jeschke holt sich telefonisch die Wettervorhersage des Tages. Er spricht dazu mit den „Wetterfröschen“ vom Heeresfliegerregiment 6 „Hungriger Wolf“, das nördlich Itzehoe stationiert ist. Ein Blick aus dem Fenster bestätigt die Auskunft nur zu gut:

Typisches norddeutsches Schmuddelwetter, leichter Regen, tiefhängende Wolken-decke, schlechte Sicht. Keine Besserung in Aussicht – „vielleicht am Nachmittag“, meint der Meteorologe. Keine guten Aus-sichten. Der Pilot macht deutlich: „Wir sind schon bei schlechterem Wetter geflogen, gerade um diese Jahreszeit weiß man nie so genau, was die nächsten Stunden bringen. Man fliegt hier los, hat gute Sicht, und südlich der Elbe kann man gerade ein paar hundert Meter weit sehen. Aber wenn es um Leben und Tod geht, denkt man zuerst an den Notfall und fliegt durch die ‚Brühe‘.“ Nach dem Gespräch mit dem „Wetter“ ist die Crew für diesen Tag endgültig einsatzbe-reit.



Der Hubschrauber wird startklar gemacht.

07.30 Uhr Das Warten beginnt. Von nun an kann in jeder Sekunde der Rettungseinsatz kommen. Die Wartezeit bringt uns die erforderliche Zeit für Gespräche, gibt die Möglichkeit zu vielen Antworten auf viele Fragen.

Was unterscheidet den Piloten des Rettungshubschraubers von anderen Piloten? Leutnant Jeschke sagt, was er selbst empfindet: „Als Pilot im ‚normalen‘ Flugdienst hat man Zeit, sich auf seinen Einsatz vorzubereiten. Die Wetterlage wird eingeholt, der Auftrag ausgewertet: Wann und von wo wohin geflogen und mit wem die Karte eingehend studiert wird. In der Regel hat man dafür Zeit. Anders hier im Rettungseinsatz! Der Einsatzauftrag kommt, man fliegt sofort los, hat keine Möglichkeit für die sonst erforderlichen, aber zeitraubenden Flugvorbereitungen. Man ist ständig unter Druck und muß viel improvisieren. Vom Alarm an gerechnet, verbleiben uns nur wenige Minuten, um in die Luft zu kommen. Dann, wenn wir am Einsatzort angekommen sind, kann man nicht lange nach einem geeigneten Landeplatz suchen. Da gehen wir schon mal auf engstem Raum runter.“

Für diesen Job kommen nur die besten Piloten aus dem HTG in Frage. Das HTG 64

in Ahlhorn, ca. 40 Kilometer südwestlich von Bremen stationiert, verfügt über drei Staffeln. Die 3. Staffel ist die Ausbildungsstaffel. Die 1. und 2. Staffel setzen je vier SAR-Kommandos ein.

Da sich SAR-Einsätze in der deutschen Nordregion auch über der See abspielen können, erhalten alle Piloten eine Seeflugausbildung sowie ein Überlebenstraining.

Die Ahlhorner SAR-Staffeln können zu jeder Zeit ca. 25 SAR-Crews einsetzen. Zum Einsatz in Hamburg kommen dafür nur die Piloten in Frage, die über eine Flug Erfahrung von mindestens 1000 Flugstunden verfügen. Eine SAR-Crew ist in der Regel jeweils für eine Woche kommandiert, hat danach eine Woche dienstfrei.

Der erste Einsatz

08.46 Uhr Der erste Rettungseinsatz des Tages. Das weiße Schild mit der Aufschrift „RTH“ für Rettungshubschrauber leuchtet auf. Das Alarmsignal schrillt durch den Bereitschaftsraum der Piloten. Adolf Ast und Harry Jeschke springen auf und rennen die Treppen des zweiten Stockwerks hinunter.

Innerhalb von 30 Sekunden haben sie die Landeplattform erreicht, öffnen die Tür mit einem Spezialschlüssel und laufen zu ihrer Maschine. Eine Minute ist vergangen. Pilot Jeschke klemmt sich auf seinen Platz vorne rechts in der „Bell“ und beginnt mit den Startvorbereitungen.

Bordmechaniker Ast hat zwischenzeitlich die Verzerrung der Rotorblätter gelöst und öffnet jetzt die Schiebetüren der Maschine. Die Rotorblätter beginnen sich zu drehen, Bordmechaniker Ast nimmt seinen Platz vorne links neben dem Piloten ein. Zweieinhalb Minuten sind seit dem Alarm vergangen, die „Bell“ beginnt „rund“ zu laufen, die Maschine ist startklar.

Zeitgleich hatte der Alarmruf der Hamburger Feuerwehr das ärztliche Team der SAR-Crew im Rettungszentrum des Bundeswehrkrankenhauses alarmiert. Der diensthabende Rettungsarzt, Stabsarzt Dr. Marcus Wyrwol, und sein Rettungsassistent, Feldwebel Rainer Zink, beide Angehörige des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg, laufen zum bereitstehenden VW-Käfer. Der Wagen bringt sie in einer Minute zum Landeplatz. Im Laufschrift eilen sie über die Betonplatte und springen in den RTH. Die Türen werden geschlossen, die Bell hebt ab. Es ist 08.49 Uhr. Der RTH fliegt seinem ersten Rettungseinsatzort entgegen.

Kaum in der Maschine, erhält die Crew über Funk die ersten Fluginformationen, der Rettungsassistent bringt dann weitere Einzelheiten mit und fragt die genauen Informationen über Funk ab. Grobe Richtung Planquadrat 11, Nordwest.

Drei Minuten Flugzeit

Im Hamburger Ortsteil Alsterdorf ist ein Bauarbeiter von der Leiter gefallen. Niemand weiß Genaueres. Die Flugzeit in den Vorort dauert keine drei Minuten. Aufgabe des Bordmechanikers Adolf Ast ist es, während des Fluges die Navigation durchzuführen und den Piloten auf der kürzesten Strecke zum Einsatzort zu leiten. Es ist nicht einfach, sich in niedriger Höhe fliegend, über einer Großstadt zurechtzufinden. Deshalb haben sich die Hamburger SAR-Teams ein einfaches, aber wirkungsvolles System ausgearbeitet. Auf eine Karte – Maßstab 1:50 000 – wurden die Blätter eines Hamburger Stadtplanes, Maßstab 1:20 000, übertragen und mit Planquadratnummern versehen. Die erste Fluginformation „Einsatz in Planquadrat 11“ gab daher die grobe Richtung Nordwest an. Während des Fluges dorthin erhält Rettungsassistent Zink weitere Informationen über Funk von der Feuerwehr-Einsatzzentrale. Gemeinsam mit Hauptfeldwebel Ast sucht er nun anhand der Planquadratseite im Stadtplan den genauen Unfallort. Den Funkkontakt der beiden hört



Die SAR-Mannschaft arbeitet eng mit der Hamburger Berufsfeuerwehr zusammen.

Pilot Jeschke mit und folgt den Anweisungen seines Bordmechanikers.

08.52 Uhr Der Rettungshubschrauber ist gelandet. Ein Krankenwagen mit eingeschaltetem Blaulicht hatte ihnen den letzten Hinweis für den Landeplatz gegeben. Ein Einsatzfahrzeug der Polizei sichert ihn ab: Im Laufschrift verlassen Arzt und Rettungsassistent die Maschine und eilen zu dem Verletzten. Leutnant Jeschke stellt die Maschine ab – Pause für die Pilotencrew.

08.56 Uhr Sanitäter der Hamburger Feuerwehr holen die Vakuummatratze, die der RTH immer mit sich führt, aus dem Hubschrauber. Der verletzte junge Arbeiter war aus einer Höhe von etwa drei Metern rückwärts von einer Leiter gefallen und mit dem Rückgrat auf eine Treppe gestürzt. Verdacht auf schwere Wirbelerkrankungen. Auf der Spezialmatratze wird er in den Rettungswagen gebracht, dort von Stabsarzt Dr. Wyrwol eingehend untersucht und medizinisch erstversorgt.

09.21 Uhr Der RTH startet, um den Verletzten in die Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf zu bringen. Über Funk teilt Rettungsassistent Zink den Entschluß des Arztes der Einsatzleitzentrale der Feuerwehr mit. Diese verständigt die Klinik, und dort laufen die Vorbereitungen für die Übergabe an. Als der Hubschrauber Minuten später landet, ist man bereits auf den Notfall eingestimmt.

09.45 Uhr Der RTH landet wieder auf seinem Stützpunkt. Der Pilot hat sich entschlossen aufzutanken. Erst danach wird dem zuständigen Einsatzleiter der Feuerwehr die erneute Einsatzbereitschaft der SAR-Crew gemeldet. Inzwischen wurden Dr. Wyrwol und Feldwebel Zink ins Rettungszentrum zurückgebracht. Hier wartet der zweite vom Bundeswehrkrankenhaus eingesetzte Notarzt auf den Einsatz mit dem Notarztwagen, „NAW“ genannt. Beide ausgebildeten Rettungsärzte wechseln sich in ihren Einsätzen auf RTH und NAW ab.

Das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg verfügt z. Z. über sechs ausgebildete Rettungsärzte, darunter auch weibliche Sanitätsoffiziere.

Ein Jahr Ausbildung

Die Rettungsärzte gehören zur Abteilung X des Bundeswehrkrankenhauses. Diese Abteilung setzt sich aus der Anästhesie, der Intensiv- und der Notfallmedizin zusammen. Oberfeldarzt Heinz Berkel ist zuständig für die Ausbildung der Rettungsärzte, die das Bundeswehrkrankenhaus einsetzt.

Die Ausbildungszeit beträgt etwa ein Jahr. In diesem Zeitraum werden die zukünftigen Not- und Rettungsärzte umfassend auf ihre zukünftige Tätigkeit vorberei-



Hausaufgaben – über die Einsätze muß genau Buch geführt werden.

(Fotos: Bardet)

tet. Unter anderem gehört auch ein Praktikum in einer kardiologischen Klinik, einer Lungenfach- und einer Kinderklinik dazu. Insgesamt werden in diesem Ausbildungsjahr auch mindestens 75 Einsätze unter der Führung eines erfahrenen Notarztes geflogen bzw. gefahren. „Erst wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind – auch solche, die nicht unter die Ausbildungsphasen fallen – wird die Einsatzfähigkeit des ausgebildeten Notarztes durch Fachärzte der Anästhesieabteilung bestätigt“, erläutert Oberfeldarzt Berkel. Er läßt auch die Statistik über die Rettungseinsätze führen. Seit der ersten Stationierung eines RTH am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg am 16. Juli 1973 wurden bis Ende 1988 – 16.097 Rettungseinsätze geflogen.

Rettungsarzt: Dr. Marcus Wyrwol, Stabsarzt, verheiratet, zwei Kinder. Er wohnt mit seiner Familie in Hamburg. Nach seinem Abitur im Jahre 1974 begann er mit dem Studium der französischen und spanischen Sprache, später studierte er Geschichte und Chemie. Medizinstudium 1984/85 in Brüssel und Hamburg. Grundwehrdienst als Stabsarzt an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Erste Anstellung als Anästhesist am Kreiskrankenhaus Pinneberg. 1986 trat er als Zeitsoldat seinen Dienst im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg an, „weil hier die Ausbildung sehr gut ist“, so Dr. Wyrwol. Er ist seit 1986 als Rettungsarzt eingesetzt. Bislang hat Dr. Wyrwol 700 Rettungseinsätze auf RTH und 500 auf dem NAW.

11.00 Uhr „Einsatz für den Rettungshubschrauber! – Einsatz für den Rettungshubschrauber!“ Die letzten Worte der Durchsage hört die Pilotencrew schon nicht mehr, im Laufschrift spürt sie aus dem Zimmer. Kaffee schwappt über den Tisch. Hauptfeldwebel Ast hatte sich gerade eine neue Tasse eingekauft, als die Alarmierung kam. Zwei Minuten später ist die Besatzung in der Maschine, nach einer weiteren Minute haben Arzt und Sanitäter in der „Bell“ ihre Plätze eingenommen, der RTH hebt ab – das Ziel heißt „Planquadrat 25“, Hamburg-Lurup.

Während des etwa vierminütigen Fluges informiert sich der Rettungssanitäter über Ziel und Art des Einsatzes sowie vorgesehene Maßnahmen am Unfallort. Rasch wird nach bewährtem Muster der exakte Flugweg und der Landeplatz ermittelt. Die Sicht ist schlecht, der Regen ist stärker geworden, nach sechs Minuten landet der Rettungshubschrauber vor einem Altenheim. „Akute Atemnot!“ der Patient, ein älterer Herr, droht zu ersticken, die Zeit drängt. Dr. Wyrwol und sein Sanitäter eilen ins Haus, bereits während des Fluges hat der erfahrene Rettungssanitäter Zink die möglicherweise erforderlichen Medikamente und Geräte zusammengestellt. Jetzt assistiert er dem behandelnden Arzt – sie arbeiten nicht zum ersten Male als Team zusammen und sind aufeinander eingespielt.

Rettungssanitäter: Rainer Zink, 27, Feldwebel, verheiratet, ein Kind, wohnhaft in Hamburg, Zeitsoldat seit 1982. Ab Herbst 1982 Intensivstation, später in der Inneren Abteilung am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg eingesetzt.

Ausbildung für den Einsatz im Rettungswesen am Bundeswehrkrankenhaus Ulm. Seit Oktober 1986 ist er als Rettungssanitäter im Rettungszentrum tätig.

Man kennt sich

13.04 Uhr Anruf der Feuerwehr, ein ziviler Rettungshubschrauber der „Deutschen Rettungsflugwacht“ (DRF) Kennung „AKKON NRS 50“, stationiert in Langenhagen, hat eine querschnittgelähmte Patientin von Hannover nach Hamburg gebracht. Er soll auf dem Rückflug eine andere Patientin aufnehmen, um sie zu einer Lebertransplantation nach Hannover zu fliegen. AKKON NRS 50 möchte am Bundeswehrkrankenhaus „parken“, um abrufbereit zu sein.

Hauptfeldwebel Ast geht zum Landeplatz, um die Gast-Crew zu empfangen. Dr. Claus-Dieter Müller, von der Johanniter-Unfallhilfe zur DRF abgestellt, Sanitäter Axel Fischer und Pilot Wolfgang Danda werden zum Kaffee eingeladen. Man kennt sich, hat sich lange nicht gesehen. Alte Erinnerungen werden ausgetauscht. Danda war als Pilot

und SaZ 12 Angehöriger des HTG 64. 1984 schied er aus, sattelte „auf Zivil“ um und fliegt seit 1985 für die DRF.

13.20 Uhr Die DRF-Mannschaft wird abgerufen, um den Patiententransport durchzuführen.

13.30 Uhr Dritter Noteinsatz an diesem Tage. Der Flug beginnt pünktlich, nach drei Minuten ist die Crew in der Luft, Einsatzort ist die Gemeinde Bendestorf in der Nordheide. Flugstrecke 30 Kilometer. Flugzeit ca. 15 Minuten, bei dem Notfall handelt es sich um einen Herzinfarkt.

Der RTH Hamburg hat einen Einsatzradius von 50 bis maximal 80 Kilometer und ist nicht nur auf das eigentliche Hamburger Stadtgebiet beschränkt.

Leutnant Jeschke landet dicht neben dem Haus der Familie K. auf der Pferdekoppel. Der Arzt spürtet gemeinsam mit dem Rettungssanitäter über den Weidezaun. Erst nach dem Einsatz stellen die beiden fest, daß der Zaun mit Strom geladen war. Der Rettungsarzt später: „Jetzt wundert es mich nicht, daß ich so schnell drüber war...“

Der Infarktpatient liegt auf dem Teppich vor dem Kamin, auch sein Hausarzt ist gerade eingetroffen. Gemeinsam mit dem „zivilen“ Kollegen untersucht der Rettungsarzt den Notfallpatienten. Der Kranke wird versorgt, erhält eine Infusion und wird zur weiteren Behandlung dem Hausarzt übergeben. Eine Mitnahme erscheint nicht erforderlich, der Einsatz ist gegen 14.05 Uhr beendet.

Noch während der Startvorbereitung für den Rückflug nach Hamburg informiert der Sanitäter über Funk die Einsatzleitzentrale der Feuerwehr: „Der RTH kann sofort wieder eingesetzt werden.“

„Schwerer Verkehrsunfall“

14.15 Uhr Die Crew ist zurück, ein weiterer Einsatz war nicht gekommen. Das Arztteam fährt in das Rettungszentrum zurück. Die Piloten begeben sich in ihren Bereitschaftsraum. Ein Gefreiter bringt frischen Butterkuchen aus der Truppenkantine. Kaffee wird gekocht, die Crew setzt sich zum Nachmittagskaffee zusammen.

15.00 Uhr Der vierte Einsatz des Rettungshubschraubers reißt die beschauliche Runde auseinander, in kürzester Zeit ist der RTH erreicht. Die eingespielte Pilotencrew bereitet die Maschine zum Start vor. Das Rettungsteam spürtet über die Landeplattform und nimmt seine Plätze in der Bell ein. Rasch ist das Ziel ermittelt, der Flug geht ab nach Süden: Schwerer Verkehrsunfall im Hafengebiet.

Bereits nach fünf Minuten Flug ist das Ziel gesichtet. Einsatzfahrzeuge der Polizei haben die Kreuzung blockiert und leiten den Verkehr um. Rüstwagen der Feuerwehr sind

zu sehen, zwei demolierte Autos. Gerade trifft ein erster Krankenwagen ein, das verführt Hauptfeldweibel Ast zu der Bemerkung: „Wir sind wieder mal schneller“.

Die Hamburger Polizei hat den Landeplatz mit einer Rauchpatrone gekennzeichnet. Sanft setzt Pilot Jeschke den RTH auf den Rasen der Verkehrsinsel. Das Arztteam läuft zum Unfallort in der Mitte der Kreuzung. Dr. Wyrwol ist in wenigen Augenblicken bei dem ersten Verletzten – es sieht nicht gut aus. Dann hastet er zum zweiten und informiert sich bei dem ihn begleitenden Feuerwehrmann über die bereits getroffenen Maßnahmen. Das zweite Unfallopfer hat außer einem Schock nur leichte Verletzungen. Er wird später versorgt und mit dem Krankenwagen fortgebracht. Jetzt widmet sich der Rettungsarzt dem Schwerverletzten.

Vorsichtig, aber intensiv untersucht er den noch im Fahrzeug liegenden Verunglückten, dabei assistiert sachkundig und routiniert Rettungssanitäter Feldweibel Zink. Die erste Diagnose: Schwere Schock. Der Verletzte erhält sofort eine stabilisierende Infusion. Doppelseitiger Unterkieferbruch, schwere Prellungen am ganzen Körper, Verdacht auf Wirbelsäulenfraktur, das Ergebnis der weiteren Untersuchung. Die Sanitäter holen die Vakuummatratze aus dem Hubschrauber, bergen den jungen Mann und bringen ihn in den Krankenwagen. Dort wird er noch einmal eingehend durch Dr. Wyrwol untersucht, es darf kein Fehler gemacht werden. Der Verdacht auf eine Fraktur der Wirbelsäule bestätigt sich nicht. Doch sicher ist sicher. Seine Entscheidung: Transport mit dem RTH in die Universitätsklinik Eppendorf, das sind nur fünf Minuten Flugzeit. „Dies ist rasch, zeitsparend und schonend für den Verletzten“, begründet der Rettungsarzt seinen Entschluß, und fährt fort: „Die Klinik verfügt über eine Spezialabteilung für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie. Nur dort ist eine optimale Versorgung des Patienten möglich.“

Die Entscheidung des Rettungszarzes wird über Funk der Uni-Klinik mitgeteilt. Dort ist man bei unserer Landung bereits entsprechend vorbereitet. Dr. Wyrwol übergibt den Verletzten an die zivilen Kollegen und erledigt den „Papierkram“. Nach 15 Minuten kommt er zurück. Der RTH ist erneut einsatzbereit.

Flug nach Sicht

16.20 Uhr Die Crew ist zurück. Ein guter Geist hat Kaffee gekocht. „Die Aufwandsvergütung für die Woche in Hamburg reicht gerade für den Kaffee“, scherzt Bordtechniker Ast.

Das Wetter hat sich weiter verschlechtert, man fliegt nach Sichtflugbedingungen. Jetzt, am späten Nachmittag, hat Pilot

Jeschke kaum 500 Meter Sicht voraus. Grund genug für ihn, erneut bei den Meteorologen des HFIRgt 6 das „Wetter“ einzuholen.

Das Ergebnis: „Keine Besserung zu erwarten.“ Dennoch würde die Mannschaft jetzt noch aufsteigen, um zu retten. „Wenn es um Menschenleben geht, muß man Konzessionen machen“, sagt der Pilot und gibt gleichzeitig zu, daß das jedoch seine Grenzen hat. Bei erneuter Wetterverschlechterung wird er nicht mehr starten und die Feuerwehr-Einsatzzentrale darüber informieren. Doch es sollte an diesem Tage keinen Einsatz mehr geben. Aber es gibt genug zu tun.

Dienstschluß nach Sonnenuntergang

„Komm“, sagt Leutnant Jeschke zu seinem Partner, „laß uns Schularbeiten machen.“ Gemeint ist der schriftliche Kleinkram, der erledigt werden muß, um die Einsätze zu dokumentieren. Jeder Flug wird in das Bordbuch eingetragen, die Flugdaten dann in das „Local Shit“, das ist der Nachweis über die Einsatzflüge, übertragen. Er enthält eine genaue Auflistung der Abflug- und Rückkehrzeiten, der Landeorte und der durchgeführten Flugverfahren.

Wenn während der Wartezeiten auf die Einsätze nicht genügend Zeit für die „Hausarbeiten“ bleibt, heißt es „Nachsitzen“. Dann muß Jeschke nach dem letzten Einsatz ran. Am Ende der Woche wird der „Local Shit“ der Staffel zugeführt, die Eintragungen ins Bordbuch gehen an die Technische Staffel des HTG 64. Der Abend kommt, die Langeweile setzt ein, die SAR-Pilotencrew vertreibt sich die Zeit mit Lesen.

19.30 Uhr Endlich ist es soweit! Leutnant Jeschke telefoniert mit der Einsatzleitung und meldet sich ab.

19.32 Uhr Es ist Sonnenuntergang. Das bedeutet Dienstschluß, wenn das Wetter und die Sicht einen weiteren Einsatz nicht mehr zulassen. Die beiden begeben sich zum Hangar und bereiten das „Eindocken“ ihrer „Bell“ vor. Es regnet, der Wind ist wieder stärker geworden. Die Maschine wird in den Hangar gerollt und abgesetzt. Die Nachtflugkontrolle beginnt, die Maschine wird aufgetankt, um am nächsten Morgen auch für einen möglichen 50-Kilometer-Einsatz gerüstet zu sein.

20.30 Uhr Die letzten Arbeiten sind getan. Es war der 4. Einsatztag ihrer Bereitschaftswoche mit bislang 21 Einsätzen als SAR-Pilotencrew in Hamburg. Es heißt jetzt endgültig „Dienstschluß“ für den Piloten Jeschke und seinen Bordmechaniker Ast. Nur der NAW ist weiter im Einsatz.

Es war für die beiden „ein Tag wie jeder andere“.

Sofortmaßnahmen am Unfallort künftig erweitert um HLW?

Beirat zog auf einer Pressekonferenz in Köln Bilanz – Volle Zustimmung zur Herz-Lungen-Wiederbelebung

In den vergangenen zwanzig Jahren ergaben sich im Bereich der Intensiv- und Notfallmedizin eine Vielzahl neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, deren Auswirkungen eine Koordination und Kooperation in der Lehre der Ersten Hilfe und Wiederbelebung erfordern. Dies bezieht sich nicht nur auf die ärztliche Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung, sondern insbesondere auf den Bereich der Laienausbildung.

Gerade mit diesem Bereich hat sich der „Deutsche Beirat für Erste Hilfe und Wiederbelebung“ sehr intensiv beschäftigt. Aus Anlaß des einjährigen Bestehens stellte der Beirat am 12. April 1989 auf einer Pressekonferenz in Köln die ersten Arbeitsergebnisse vor und zeigte ferner auf, wo die künftigen Schwerpunkte liegen sollen.

Der Bundesarzt des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Linde, faßte als Bilanz zusammen:

„Vor nunmehr anderthalb Jahren haben die vier ausbildenden Hilfsorganisationen – Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. – Deutsches Rotes Kreuz e.V. – Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. – Malteser-Hilfsdienst e.V.

eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die u. a. zum Ziel hat, die Richtlinien für die Erste-Hilfe-Ausbildung auf möglichst breiter Basis festzulegen und ihre einheitliche Fortschreibung und Weiterentwicklung in möglichst effektiver, umfassender Form zu gewährleisten.

1. Zunächst erfolgte zwischen den in dieser **Bundesarbeitsgemeinschaft** vertretenen vier Hilfsorganisationen eine inhaltliche Abstimmung über einen neuen **Erste-Hilfe-Leitfaden**, der dann als gemeinsam abgestimmte Unterlage dem ‚Deutschen Beirat für Erste Hilfe und Wiederbelebung‘ zur medizinisch-wissenschaftlichen Diskussion vorgelegt wurde, damit Empfehlungen auch dieses Gremiums berücksichtigt werden konnten. Völlig neu hierbei ist, daß die **Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Erste-Hilfe-Ausbildung integriert** – und somit fester Bestandteil der von allen Hilfsorganisationen angebotenen Erste-Hilfe-Ausbildung (acht Doppelstunden) wurde.

Neugestaltete Erste-Hilfe-Ausbildung

Nach der Erörterung im ‚Deutschen Beirat‘ konnte sodann die endgültige Herausgabe entsprechender Unterlagen in Aussicht genommen werden:

- **Erste-Hilfe-Leitfaden**, den neuesten medizinischen und pädagogischen Erkenntnissen entsprechend.
- **Foliensatz**, in dem u. a. praktische Übungen anschaulich und mehrfarbig demonstriert werden.
- **Erste-Hilfe-Handbuch für Lehrgangsteilnehmer**, in dem die Inhalte der Ausbildung zusammengefaßt werden.

Zwischenzeitlich ist die Entwicklung soweit fortgeschritten, daß – nach Drucklegung – mit der neugestalteten Erste-Hilfe-Ausbildung bereits begonnen werden konnte. Ausdrücklich wird angemerkt, daß in der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe‘ alle an der Erste-Hilfe-Ausbildung interessierten Organisationen beteiligt sind.

Zu nennen sind hier z. B. der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, die Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, der Deutsche Feuerwehrverband, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft u. a. – auch kleinere –, mit der Erste-Hilfe-Ausbildung befaßte Organisationen. Als Sitzungsbeobachter und Ratgeber sind auch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, das Bundesministerium des Innern sowie das Bundesministerium für Verkehr grundsätzlich vertreten.

Die Einbeziehung dieser genannten Ministerien ist insofern von außerordentlicher Bedeutung, als diese im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch für die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe verantwortlich zeichnen.

Ein zweiter Schritt

2. Nachdem die Entwicklung im Bereich der Erste-Hilfe-Ausbildung nunmehr weitgehend als abgeschlossen angesehen werden

kann, ergibt sich zwangsläufig ein zweiter Schritt für Ausbildungsmaßnahmen, nämlich die Überarbeitung der sogenannten **Sofortmaßnahmen am Unfallort**, wie sie die Führerscheinbewerber zu absolvieren haben.

Dieser bisherige **drei Doppelstunden** umfassende Lehrgang, ohne Prüfungsnachweis, ist bislang, z. B. wegen – von den Teilnehmern – nicht regelmäßig durchgeführter Wiederholungskurse, von nur wenig Effizienz gekennzeichnet, wie es sich aus Erfahrungen ergibt, die mit der Erste-Hilfe-Leistung nach Verkehrsunfällen gemacht wurden.

Hiervon ausgehend, ist **nunmehr ein vier Doppelstunden** umfassender Lehrgang **unter Einbeziehung der Herz-Lungen-Wiederbelebung** erarbeitet worden, der sich vornehmlich auf praktische Übungen bezieht und – über die Erste Hilfe bei Straßenverkehrsunfällen hinaus – den Lehrgangsteilnehmer in die Lage versetzt, Erste Hilfe am **Notfallort** zu leisten. Der Begriff ‚Notfall‘ schließt hierbei häusliche Unfälle, vor allem aber auch Notfälle wie z. B. akutes Herzversagen bei **Herzinfarkt**, mit ein.

Eine Themenübersicht dieses vier Doppelstunden umfassenden Lehrganges wurde auch dem ‚Deutschen Beirat‘ vorgelegt und fand nach wissenschaftlicher Beratung dessen volle Zustimmung. Nunmehr liegt es am Gesetzgeber, diesen erweiterten Lehrgang für alle Führerscheinbewerber einzuführen. Eine entsprechende Anfrage wurde seitens der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe‘ bereits an den Bundesminister für Verkehr gerichtet, ergänzt um die Forderung, daß **Prüfungsfragen** aus dem Bereich der Ersten Hilfe in die **schriftliche Führerscheinprüfung** aufgenommen werden.

3. Ein drittes Paket wird derzeit bearbeitet und soll ebenfalls dem ‚Deutschen Beirat‘ vorgelegt werden: Ein **Trainings-/Wiederholungskurs**, der u. a. die Herz-Lungen-Wiederbelebung schwerpunktmäßig vertiefend beinhaltet.

Erste-Hilfe-Handbuch



Deutsches Rotes Kreuz



Ein erstes Fazit

4. Um den **Erfolg der neukonzipierten Erste-Hilfe-Ausbildung** zu überprüfen, hat das Institut für Rettungsdienst im Auftrag des Deutschen Roten Kreuzes eine **Pilotstudie Bevölkerungsausbildung** unter besonderer Berücksichtigung der Lerninhalte der Herz-Lungen-Wiederbelebung durchgeführt.

Diese Studie hat u. a. den **Lernerfolg** unmittelbar nach Beendigung eines jeden Lehrganges festgestellt und wird zusätzlich noch das Behalten/Vergessen der Lehrgangsteilnehmer nach 6, 12, 24 und 36 Monaten untersuchen. Insgesamt wurde bei über 60 – nach dem neuen Leitfaden durchgeführten – Erste-Hilfe-Lehrgängen der Er-

folg bei den Lehrgangsteilnehmern überprüft.

- Hierbei zeigte sich als erstes Fazit
- daß die Integration der Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Lehrgänge für die weit überwiegende Zahl der Teilnehmer keine besonderen Schwierigkeiten bereitet und deshalb die Herz-Lungen-Wiederbelebung **grundsätzlich für jedermann erlernbar** ist,
 - daß die Lehrgänge **bei den Teilnehmern großen Anklang** fanden sowohl hinsichtlich der verstärkten Einbeziehung praktischer Übungen als auch hinsichtlich der didaktischen Gestaltung sowie hinsichtlich der im Unterricht verwendeten Lehr- und Hilfsmittel, und
 - daß – als Gesamtergebnis – die **neue Konzeption** der Lehrgänge nach dem aktualisierten Leitfaden **grundsätzlich als**

durchaus erfolgreich bezeichnet werden kann.

Die Studie wird weiter fortgesetzt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse ermutigen uns, die Herz-Lungen-Wiederbelebung auch in die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen für alle Führerscheinbewerber zu integrieren.

5. Das Institut für Rettungsdienst hat – im Auftrag des Deutschen Roten Kreuzes – in Zusammenarbeit mit dem Institut für Anaesthesiologie der Universität Ulm in einer Studie untersucht, welche **Schutzmaßnahmen für Helfer und Notfallopfer** bei der Atemspende – grundsätzlich in Form der Mund-zu-Nase-Beatmung – **aus hygienischer Sicht** notwendig und möglich sind.

Die Ergebnisse der Studie liegen nunmehr vor und besagen, daß zwar zur Zeit noch keine Beatmungshilfe für Laien-Erstehelfer generell empfohlen werden kann, daß aber ein Anforderungskatalog nunmehr – wissenschaftlich abgesichert – definierbar ist, der es nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse möglich machen könnte, ggf. noch in 1989 eine Beatmungshilfe zu entwickeln, die allen geforderten Kriterien weitestgehend gerecht wird.

6. Abschließend wird festgestellt, daß durch die Gründung der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe‘ und des ‚Deutschen Beirates für Erste Hilfe und Wiederbelebung‘ und deren verzahnende Zusammenarbeit besonders effizient erreicht werden konnte, daß in der Bundesrepublik Deutschland nach einheitlichen, wissenschaftlich gesicherten Methoden eine neue Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung durchgeführt werden kann.“

Ausbildung in Herz-Lungen-Wiederbelebung für alle Bürger

Ein überzeugendes Plädoyer für die Einbeziehung der Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Breitenausbildung der Bevölkerung hielt Prof. Dr. Juchems, Chefarzt der Medizinischen Klinik Aschaffenburg:

„Die Notwendigkeit des ‚Deutschen Beirates für Wiederbelebung und Erste Hilfe‘ ergibt sich aus kardiologischer bzw. internistischer Sicht insbesondere, um dem plötzlichen Herztod entgegenzuwirken. Nach den wissenschaftlichen Angaben der Framingham-Studie sterben jährlich 1,4 pro tausend Menschen an plötzlichem Herztod. Das bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland pro Jahr 90 000 bis 100 000 Todesfälle, die an den Folgen einer koronaren Herzkrankheit innerhalb einer Stunde vom Beginn der Symptome auftreten.“

Die wesentliche Ursache für den plötzlichen Herztod ist eine maligne Herzrhythmusstörung d. h. Kammerflimmern, -flat-

tern, die zu einem Herzstillstand führen, mit der fatalen Folge, daß innerhalb von vier Minuten das Gehirn irreparabel geschädigt wird.

Mit einer eigenen wissenschaftlichen Untersuchung haben wir nachweisen können, daß durchschnittlich unter optimalen Bedingungen sieben Minuten vom Beginn eines Herzstillstandes vergehen, bis der Notarztwagen im städtischen Bereich erscheinen kann. In ländlichen Gegenden beträgt die Zeit durchschnittlich ca. 16 Minuten. Diese Zahlen kommen wie folgt zustande: Vom Herzstillstand bis zur Information der Rettungsleitstelle vergehen ca. zwei Minuten, die Ausrückzeit beträgt ca. 90 Sekunden und die Einsatzzeit im Stadtbereich ca. 3,5 Minuten, im Umland ca. 15 Minuten.

Da das Gehirn schon nach vier Minuten irreparable Schäden zeigt, ist es aus **logistischen Gründen** erforderlich, daß alle Bundesbürger zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes in Herz-Lungen-Wiederbelebung ausgebildet werden.

Eine weitere wissenschaftliche Arbeit aus unserem Arbeitskreis kommt zu dem Ergebnis, daß außerhalb des Krankenhauses durchgeführte Reanimationen eine Überlebensrate von nur 6,9 % haben, d. h. von 458 Patienten mit Herzkreislaufstillstand konnten lediglich 32 aus dem Krankenhaus entlassen werden. 335 im Krankenhaus Reanimierte hatten eine Überlebensrate von 17,6 %, d. h. 59 überlebten den Herzkreislaufstillstand. Für das bessere Verhältnis der intrahospital Reanimierten muß vor allem das **kürzere Zeitintervall** verantwortlich gemacht werden.

Wie wichtig das Zeitintervall ist, konnte eine Studie in Seattle/USA nachweisen. Die Erfolgsrate betrug 47 %, wenn die kardiopulmonale Reanimation innerhalb einer Minute nach dem Kreislaufzusammenbruch begonnen wurde, 35 % und 27 % bei einer Zeitspanne von 2-3 bzw. 4-5 Minuten, aber lediglich 6 % wenn nach mehr als 5 Minuten die Herz-Lungen-Wiederbelebung eingesetzt wurde.

Langjährige Erfahrungen in den USA

Die Ausbildung von medizinischen Laien oder Ersthelfern wird in den USA seit ca. 1971 durchgeführt, in Deutschland liegen Erfahrungen vor allem in Göttingen und Aschaffenburg vor, in den letzten Jahren auch von anderen Orten. Die Laien werden von uns in Kursen an zwei Abenden ausgebildet, von je drei Stunden. Nach einer theoretischen Einführung am ersten Tag über die Indikation und das Prozedere der Herz-Lungen-Wiederbelebung sowie die Prävention wird am nächsten Tag am 'Phantom' die praktische Ausbildung erlernt. Audiovisuelle Methoden zur Verdeutlichung des Lehrinhaltes und zur Hilfe beim praktischen Vorgehen haben einen hohen Stellenwert.

In einer wissenschaftlichen Untersuchung konnten wir zeigen, daß die medizinischen Laien nach ca. einem Jahr sowohl gute theoretische wie auch praktische Kenntnisse hatten; lediglich das Aufsuchen des Druckpunktes für die Herzdruckmassa-

ge konnte nach dieser Zeit nur von jedem zweiten richtig erkannt werden.

Exakte wissenschaftliche Studien über den Erfolg der Laienreanimation liegen vor allem aus Amerika, aus Seattle, Los Angeles, Pittsburgh und anderen Städten vor. Im Durchschnitt konnte eine drei- bis fünffach höhere Überlebensrate erzielt werden, wenn medizinische Laien bereits mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung begonnen hatten.

Neben den praktischen Fähigkeiten der Erlernung der Herz-Lungen-Wiederbelebung ist auch das Wissen, wie sich der Bürger in einem solchen Notfall verhalten soll, von entscheidender Bedeutung.

Als Folgerung ergibt sich, daß aus logistischen Gründen die kardiopulmonale Reanimation durch medizinische Laien zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes notwendig ist. In der Bundesrepublik Deutschland sollte jeder die Herz-Lungen-Wiederbelebung beherrschen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben den Erfolg erwiesen sowohl hinsichtlich der Überlebenschancen als auch der Vermeidung neurologischer Spätschäden. Nach unserer Erfahrung und Überzeugung sollten in Zusammenarbeit mit den Rettungsgesellschaften die Bundesbürger in Herz-Lungen-Wiederbelebung schon mit 16 Jahren ausgebildet werden.

Da die überwiegende Mehrzahl der Fälle mit plötzlichem Herztod außerhalb des Krankenhauses auftreten, ist eindeutig, daß die **Gemeinschaft der Bürger** es verdient, als die **erste Intensivstation** betrachtet zu werden."

STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland in Burg/Mosel ist demnächst die Stelle der/des

Schulleiterin/Schulleiters (Vergütungsgruppe IIa/Ib BAT)

zu besetzen.

An der Katastrophenschutzschule werden Aus- und Fortbildungslehrgänge für Helfer, Unterführer und Führer des Katastrophenschutzes durchgeführt.

Bewerberinnen/Bewerber sollen

- eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulausbildung der Fachrichtung Chemie, Physik, Bauingenieurwesen, Maschinenbau oder Nachrichtentechnik
- pädagogische Eignung für die Erwachsenenbildung
- praktische Erfahrungen im Katastrophenschutz
- ausgeprägte Führungseigenschaften und organisatorische Befähigung oder gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen nachweisen können.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind unter Angabe von Referenzen bis spätestens 30. 6. 1989 zu richten an:

Ministerium des Innern und für Sport,

Postfach 32 80, 6500 Mainz 1

Mit 816 Pferdestärken in den Einsatz

Mit dem dritten Großfahrzeug der neuen Generation ist die Flughafenfeuerwehr für ihre Aufgaben bestens gerüstet

In 25 Sekunden von 0 auf 80 km/h – bei Motorsportfans ruft das nur ein müdes Lächeln hervor. Was jedoch schnell ungläubigem Erstaunen weicht, wenn dieser Beschleunigungswert mit einem Fahrzeug von über 36 Tonnen Gewicht in Verbindung gebracht wird. Und nicht nur das, auch eine Höchstgeschwindigkeit von über 100 km/h ist für ein Fahrzeug dieser Klasse nicht gerade alltäglich. Ein Rallye-Lkw etwa?

Mitnichten, die Rede ist von einem Feuerwehrfahrzeug. Von außergewöhnlichen Dimensionen zwar, aber dennoch ein serienmäßiges Löschfahrzeug vom Typ FLF 60/11. Das Fahrzeug mit dem exotisch klingenden Namen „Simba“ komplettierte jetzt das Trio der Großfahrzeuge der Feuerwehr des Köln/Bonner Flughafens, nachdem bereits 1987 zwei „Simbas“ vom Typ 60/9 beschafft worden waren.

Mit der Indienststellung der drei je 1,3 Millionen DM teuren Neuerwerbungen vollzog sich am Airport ein „Generationswechsel“ in Sachen Fahrzeugtechnik. Denn die drei Neuen lösten ihre Vorgänger ab – drei Fahrzeuge ähnlicher Größe (FLF 25/8), die jedoch nach fast zwanzig Jahren Dienst den gestiegenen Anforderungen nicht mehr entsprachen.

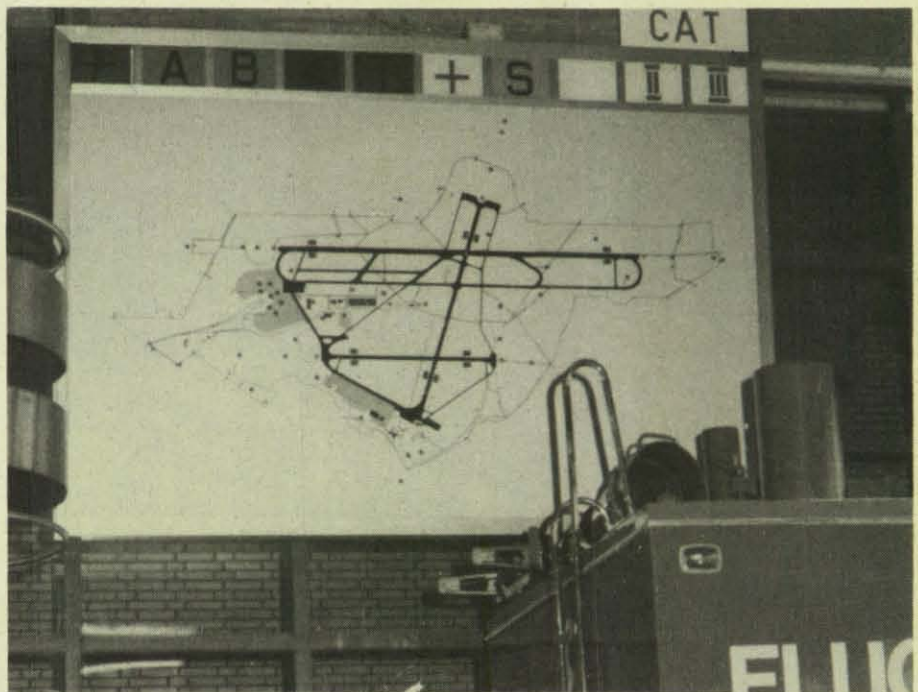
36 400 Liter Löschmittel

Die Internationale Organisation für den zivilen Luftverkehr (ICAO) stuft den Köln/Bonner Flughafen – ebenso wie den Flughafen Frankfurt – bezüglich der Anforderungen an die Sicherheitsvorkehrungen in die höchste Kategorie ein. Das hat für den Airport vor den Toren Kölns unter anderem zur Folge, daß von der Flughafenfeuerwehr mindestens 36 400 Liter Löschmittel vorgehalten werden müssen.

Doch mit der Bereitstellung des Löschmittels allein ist es nicht getan – entscheidend ist, daß es schnellstmöglich zum Brandort befördert werden kann. Auch hier macht die ICAO Vorschriften: In maximal



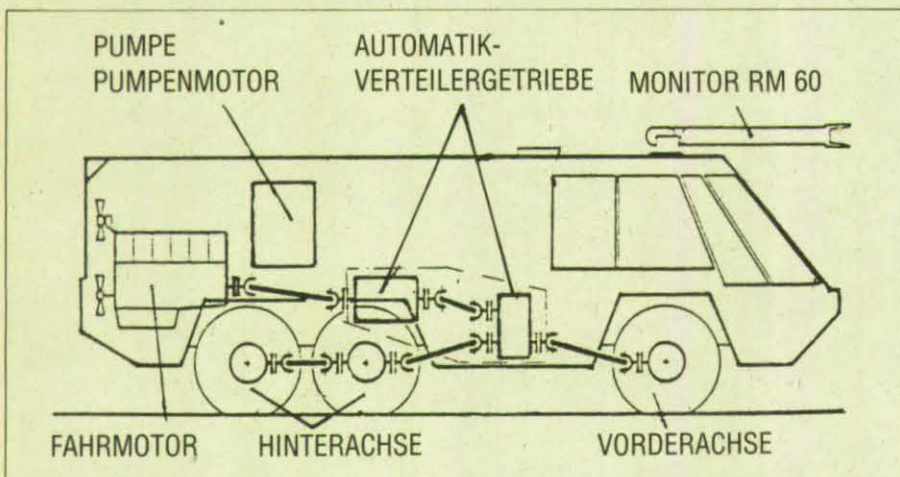
Die Leitstelle der Flughafenfeuerwehr ist mit modernster Nachrichtentechnik ausgestattet.



Im Ernstfall informiert die Anzeigetafel in der Fahrzeughalle auf einen Blick über Ort und Art des Einsatzes.



Geballte Löschkraft: Der neueste „Simba“ der Flughafenfeuerwehr.



Die Technik verdeutlicht das gänzlich neue Konzept des Fahrzeugs.



Das Cockpit macht einen funktionellen und übersichtlichen Eindruck, die beiden Monitore können sowohl vom Fahrer als auch vom Beifahrer gesteuert werden.

zwei Minuten muß das erste Löschfahrzeug jeden Punkt des Start- und Landebahnsystems erreichen und einen Löschangriff einleiten können. Die Großlöschfahrzeuge müssen innerhalb von drei Minuten am Einsatzort sein.

Bei drei Start- und Landebahnen mit insgesamt über acht Kilometern Länge auf einem Areal von rund 1 000 Hektar Größe ist dies kein leichtes Unterfangen. Doch durch die zentrale Lage der Feuerwache und die schnellen Fahrzeuge wird die Pflichtzeit von zwei Minuten von den Airport-Wehrmännern noch unterboten: Exakt 115 Sekunden dauert es, bis das erste Löschfahrzeug den entferntesten Punkt erreicht hat und schon im Heranfahren mit dem Löschen beginnen kann.

Es geht um Sekunden

„Denn“, so Brandinspektor Karl-Heinz Schommartz, seit 1980 Leiter der Flughafenfeuerwehr, „unsere einzige Erfolgchance bei einem Flugzeug-Notfall besteht darin, möglichst schnell möglichst viel Löschmittel zum Einsatz zu bringen. Nur so können wir einen Flugzeugbrand noch in der Entstehungsphase in den Griff bekommen. Steht die Maschine erst einmal voll in Flammen – und das geht ganz rapid –, sind die Möglichkeiten zur Rettung der Passagiere und der Besatzung sehr begrenzt.“

Es sei deshalb auch kein leeres Wort, betont Schommartz, daß es bei der Alarmierung und beim Ausrücken der Fahrzeuge buchstäblich auf jede Sekunde ankomme. „Bei annähernd 2,5 Millionen Fluggästen und über 100 000 Starts und Landungen im Jahr sind wir uns ständig der Verantwortung bewußt, die wir für die Sicherheit der Menschen hier auf dem Gelände tragen. Deshalb können wir es uns nicht leisten, bei der Ausrückzeit auch nur eine Sekunde zu verschenken“, faßt er die Motivation seiner Mannschaft zusammen.

Rund um die Uhr einsatzbereit

In zwei Schichten versehen annähernd 60 Mann auf der Flughafenfeuerwache ihren Dienst: 24 Stunden im Wechsel, von morgens 7.30 Uhr bis zur Ablösung am nächsten Morgen. Die Feuerwehr muß rund um die Uhr präsent sein, an Sonn- und Feiertagen, bei jedem Wetter – der Flugbetrieb ruht nicht.

Ständige Einsatzbereitschaft – was für die Männer gilt, gilt auch für die Fahrzeuge. Der Wehrleiter betont: „Wir müssen uns auf unsere Fahrzeuge hundertprozentig verlassen können, deshalb wird auf Pflege und technische Instandhaltung größter Wert ge-



Eine Batterie von Lampen sorgt für gute Sicht; unter dem Frontmonitor ein 700-Watt-Scheinwerfer, wie er bei Flugzeugen als Landescheinwerfer Verwendung findet.

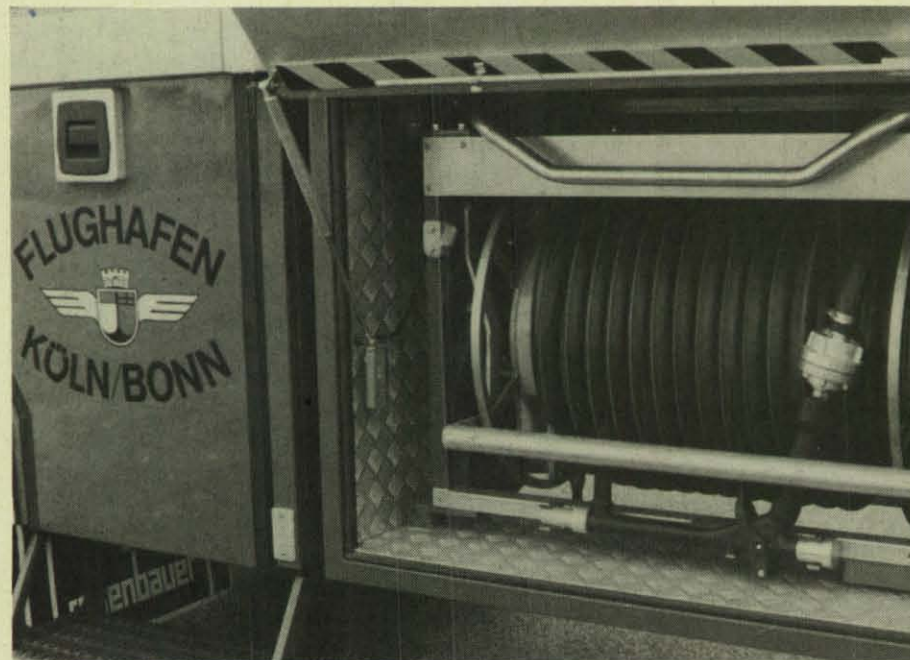
legt. Die Fahrzeuge sind größtenteils speziell für Flughafenzwecke konzipiert und in weitem Umkreis einmalig. Deshalb könnten wir auch nicht bei einem Ausfall ‚mal eben von der Nachbarwache‘ ein Ersatzfahrzeug kommen lassen.“

Die große Fahrzeughalle beeindruckt: In langer Reihe stehen die Fahrzeuge startbereit vor den automatischen Toren, dahinter die Gleitstangen aus den Ruheräumen – kurze Wege bedeuten Zeitersparnis. An der Stirnseite prangt die große Anzeigetafel, die im Ernstfall Ort und Art des Einsatzes anzeigt. Blitzblank die Halle, jedes Ausrüstungsteil der Männer griffbereit an seinem Platz. Da kann man sich gut vorstellen, daß hier auch beim Einsatz alles „wie am Schnürchen“ klappt.

Einsatzleitwagen, Schnellangriffsfahrzeug, Tanklösch- und Pulverlöschfahrzeuge, Rüstwagen, Drehleiter, Rettungswagen – es ist alles da, was die Feuerwehr zur Bewältigung ihrer Aufgaben braucht. Daneben sind noch verschiedene Kontrollfahrzeuge und Anhänger sowie Spezialgeräte für die Landebahneinschäumung vorhanden.

Neue Fahrzeuge – neue Halle

Nicht als „krönender Schlußpunkt“ für Besucher gedacht, vermerkt Brandinspektor Schommartz schmunzelnd, befinden sich



Die Schnellangriffseinrichtung ist mit 60 Meter Schlauch bestückt.

die Einstellplätze der drei neuen „Löschriesen“ am äußersten Ende der Halle. Sondern einfach deshalb, weil ihre Ausmaße die bisherige Hallengröße gesprengt hätten und als Folge ein neuer Hallenteil angebaut werden mußte. Denn als die Fahrzeughalle damals gebaut wurde, dachte man noch nicht an Löschfahrzeuge von 12 Meter Länge, 4 Meter Höhe und 3,20 Meter Breite.

In Ausmaßen und Technik identisch, unterscheiden sich die drei „Simbas“ lediglich im Fassungsvermögen ihrer Löschwassertanks. So sagt die technische Bezeichnung „FLF 60/9“ der beiden älteren Fahrzeuge aus, daß es sich dabei um Flughafenlöschfahrzeuge mit einer Pumpenleistung von 6 000 l/min und einem Löschwasservorrat von 9 000 Litern handelt. Das neueste Fahrzeug, ein „FLF 60/11“, verfügt über die gleiche Pumpenleistung, führt jedoch 11 000 Liter Wasser mit sich. Gleich ist bei allen dreien wieder der Tankvorrat an schaumbildender Flüssigkeit: 1 000 Liter.

Flexibel durch zwei Motoren

Daß der „Simba“ gänzlich neu konzipiert wurde, macht ein Blick „unters Blech“ deutlich: Der Fahrmotor befindet sich im Heck des Fahrzeugs. Die Kraftübertragung erfolgt mittels Automatikgetriebe und Verteilergetriebe auf alle sechs Räder, die dadurch permanent angetrieben sind (6 x 6). Der Antrieb der Pumpe erfolgt durch einen eigenen Pumpenmotor. Diese Anordnung ermöglicht es, die Pumpe unabhängig von Fahrgeschwindigkeit und -richtung zu steuern bzw. ein- und auszuschalten.

Die technischen Daten der beiden Aggregate machen die erstaunlichen Fahr- und Pumpenleistungen verständlich: So dient als Fahrmotor ein 12-Zylinder-Turbodiesel mit einem Hubraum von 21,6 Litern, der die enorme Leistung von 600 kW (816 PS) auf die Räder bringt. Das, was „normale“ Löschfahrzeuge bestenfalls als Gesamt-Antrieb haben, ist hier allein für die Pumpe zuständig: Ein 8-Zylinder-Dieselmotor mit einem Hubraum von 14,4 Litern und einer Leistung von 221 kW (300 PS).

6 000 Liter Wasser pro Minute

Die Pumpenleistung von 6 000 l/min bei 10 bar Druck ermöglicht einen gleichzeitigen Betrieb der beiden elektrisch steuerbaren Monitore. 5 000 l Wasser in der Minute schleudert der große Dachmonitor bei Vollstrahl 80 Meter weit, bei Sprühstrahl sind es immerhin noch 40 bis 50 Meter. Der kleinere Frontmonitor unter dem spezialverglasten Cockpit hat eine Leistung von 1 000 l/min und eine Wurfweite von 40 bzw. 15

bis 20 Meter. Beim Einsatz von Schaum verringern sich diese Leistungen nicht wesentlich.

Mit der an der linken Fahrzeugseite angeordneten Schnellangriffseinrichtung läßt sich ein manueller Löschangriff – sowohl mit Wasser als auch mit Schaum – durchführen. 60 Meter formbeständiger Gummischlauch sichern dabei genügend Bewegungsfreiheit. Erwähnenswert, daß das Aufspulen des Schlauchs auf die Haspel elektrisch erfolgt.

Als Selbstschutzeinrichtung verfügt das Fahrzeug an der Frontseite und im Bereich der Räder über eine Anzahl Sprühdüsen, mit denen es vor sich selbst einen Wasser- oder Schaum-Schutzschleier legen kann. Damit wird ein gefahrloses Befahren brennender oder schwelender Flächen ermöglicht.

Ein-Personen-Bedienung

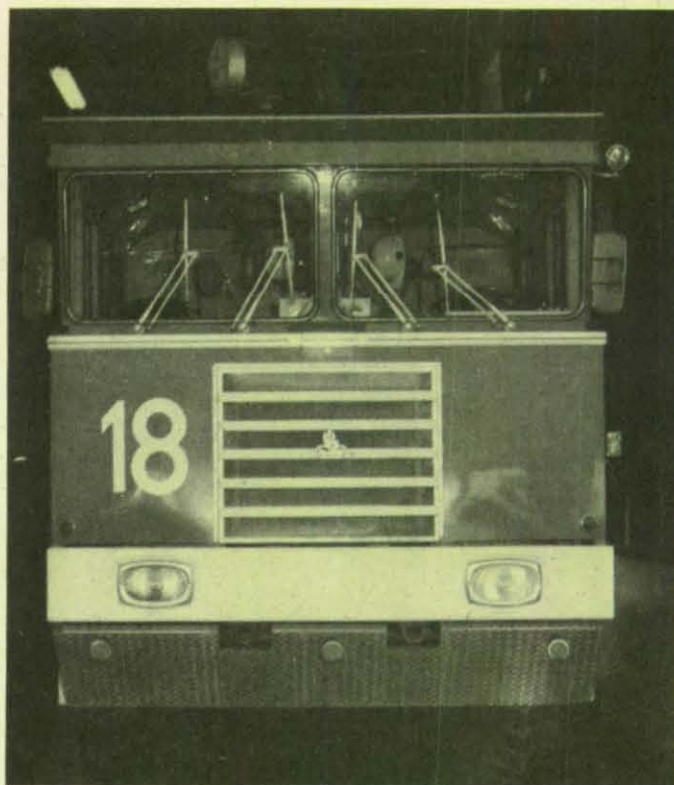
Die futuristisch anmutende, klimatisierte Kabine bietet einer Mannschaft von vier Feuerwehrleuten bequem Platz. Das Fahrzeug und die Löscheinrichtungen können auch vom Fahrer allein bedient werden, was den Vorteil hat, daß sich die übrige Besatzung schon während der Fahrt mit Hitzeschutzanzügen und Atemschutzgeräten ausrüsten kann.

Der Fahrmotor ist jederzeit ohne Warmlaufphase, quasi „aus dem Stand“ heraus, voll belastbar. Möglich macht das eine 2500 Watt starke elektrische Motorvorwärmung, die den Motor Tag und Nacht per „Nabelschnur“ aus der Steckdose auf 80 Grad Celsius Betriebstemperatur hält.

„Trotz seiner Größe läßt sich das Fahrzeug problemlos fahren. Und das nicht nur auf der Straße, sondern auch im Gelände. Das ist für uns besonders wichtig, denn im Einsatz muß es oft mit hohem Tempo querfeldein durch Sand und Morast gehen“, stellt Schommartz fest.

Und dafür bietet der „Simba“ auch beste

Der Vorgänger: Drei dieser Großfahrzeuge taten fast zwanzig Jahre Dienst auf dem Flughafen.



Voraussetzungen: Automatikgetriebe, Servolenkung, Scheibenbremsen und Anti-Blockier-System garantieren sicheres Fahren. Eine Spurbreite von 2572 mm, niedriger Schwerpunkt und gleichmäßige Achslastverteilung ermöglichen Seitenneigungsstabilität und hohe Kurvengeschwindigkeiten. In Verbindung mit dem Allradantrieb lassen großvolumige Reifen mit Geländeprofil, 420 mm Bodenfreiheit und Differentialsperren an allen drei Achsen und im Verteilergetriebe auch schweres Gelände nicht zum Problem werden.

Schnelligkeit unter Beweis

Die Anwesenheit eines Löschfahrzeuges einer benachbarten öffentlichen Feuerwehr eröffnet die Möglichkeit eines Leistungsver-

gleiches: „Simba“ kontra Tanklöschfahrzeug TLF 24/50 (16 t, ca. 180 kW/250 PS) – wie groß mag der Unterschied sein? Eine Anfrage beim Tower sichert für die nächste Zeit eine freie, etwa drei Kilometer lange Piste, eine ideale „Teststrecke“.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Bei Ankunft des „Simba“ am Ende der Piste hatte das Tanklöschfahrzeug gerade die Hälfte der Strecke zurückgelegt.

„Das war von der Konzeption der beiden Fahrzeuge her natürlich in etwa zu erwarten“, kommentiert Brandinspektor Schommartz das Ergebnis. „Dennoch zeigt der Vergleich, welche hohe Geschwindigkeit unsere Fahrzeuge bringen können – und auch bringen müssen. In der Ära der Großraumjets und bei steigendem Luftverkehrsaufkommen muß eben auch die Flughafenfeuerwehr in größeren Dimensionen denken.“

– cl –



Das neue TLF 8/18 mit Frontmonitor ist eine einmalige Sonderanfertigung für den Köln/Bonner Airport.



Nach einem Einsatz lassen sich die Fahrzeuge mit der unter der Hallendecke angebrachten Pulverfüllanlage schnell wieder einsatzbereit machen. (Fotos: Claes)

Es kommt entscheidend darauf an, dem Bürger das Verständnis zu erleichtern

Trotz unterschiedlicher Grundeinstellungen müssen Möglichkeiten gefunden werden, die Bürger für eine Mitwirkung zu gewinnen – Amerikanische Soziologen förderten interessante Ergebnisse zutage

Im Auftrag des Bundesministers des Innern führte die Infratest Wirtschaftsordnung GmbH im November/Dezember 1987 eine repräsentative Untersuchung über Einstellungen und Kenntnisse der Bevölkerung zum Katastrophen- und Zivilschutz durch. Das Ergebnis waren differenziert nach vorgegebenen Fragen prozentual aufgelistete positive oder negative Erkenntnisse, wie z. B.:

„Fast drei Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung fühlen sich über den Katastrophen- und Zivilschutz weniger gut (48,4 %) bzw. überhaupt nicht (22,7 %) informiert. Lediglich 9,2 % der Befragten betrachten ihren Informationsstand als gut, 19,3 % halten sich für ausreichend informiert.“

In diesem Zusammenhang ist auch eine Studie interessant, die im Auftrag der Federal Emergency Management Agency (FEMA) vom Institut of Comperative Social and Cultural Studies in Bethesda, Maryland, USA, durchgeführt wurde. Hierbei wurden nämlich Anschauungen und Überzeugungen der Menschen aus der Häufigkeitsverteilung von spontanen freien Reaktionen hergeleitet. Es wurden also – anders als bei der detaillierten und repräsentativen Infratest-Erhebung – keine Fragen etwa nach dem Prozentsatz der Menschen, die den Zivilschutz befürworten oder ablehnen, gestellt; vielmehr wollte man wissen, wie die Zivilschutzvorsorge von verschiedenen Gruppen aufgefaßt wird.

Die Zusammenfassung der amerikanischen Studie veranschaulicht, in welcher Weise die Erkenntnisse von der FEMA-Leitung genutzt werden können, um etwa freiwillige Helfer für die Aufgabe zu gewinnen, auf die vielfältigen Ziele des Zivilschutzes und der Notfallvorsorge hinzuwirken, indem diejenigen Aspekte hervorgehoben werden, die mit den Motivationen, Vorstellungen und Neigungen dieser Bürger im Einklang stehen.

Die Untersuchung zeigt ferner, daß die Vorstellungen der Bürger nach Alter, Ge-

schlecht, geographischer Lage und geistiger Einstellung unterschiedlich sind. Gruppen mit verschiedenen demographischen Merkmalen gehen auch ganz unterschiedlich an bestimmte Aspekte des Zivilschutzes und der Notfallvorsorge heran.

Vorstellungen von Hochschülern und Erwachsenen

Bei Hochschülern bestand die Tendenz, die Gefahr, die Zerstörung, den Verlust an Menschenleben, das Leiden sowie die extremen Folgen möglicher Katastrophen und Kriege hervorzuheben. Es erwies sich, daß ihnen Gefahrensignale bewußter sind, und sie zeigten die Bereitschaft, mit schnellem, unverzüglichem Handeln zu reagieren. In Übereinstimmung damit, daß sie viel über Gefahren nachdachten, beschäftigten sie sich auch stärker mit Angst und Panik wie auch mit chaotischen Zuständen. Sie interessieren sich für Gefahrenursachen und -quellen und für mögliche Schutzmaßnahmen. Sie erwarten Hilfe, woraus sich zum Teil ihre positive Einstellung gegenüber Behörden und das Vertrauen auf deren Unterstützung erklären. Die Hochschüler zeigten sich vorwiegend positiv und optimistisch eingestellt gegenüber staatlichen Stellen und deren Vertretern. Bei Zivilschutzmaßnahmen denken sie an das Militär und die Regierung sowie an ihre eigene persönliche Sicherheit. In bezug auf die Notfallvorsorge legen sie größeres Gewicht auf Handeln, Ausbildung und praktische Erprobung. Sie betrachten Gefahren eher als ein Hasardspiel und als eine Frage der persönlichen Entscheidung, wobei sie Verluste gegen Gewinne und Gefahr gegen Spannung/Aufregung abwägen.

Erwachsene betrachten Gefahren als einen unentrinnbaren Teil des Lebens, für den man Vorsorge treffen muß (z. B. durch

Abschluß einer Lebensversicherung). Sie zeigten durchweg eine stärkere Beschäftigung mit Planungen und Vorbereitungen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Notfallvorsorge; hier hoben sie die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen und von Hilfe und Unterstützung vor. Ihr Hauptaugenmerk galt konkreten menschlichen Bedürfnissen wie Nahrung, Wasser, Unterkunft und medizinischer Versorgung. Im Vergleich zu den Hochschülern war es den Erwachsenen ein größeres Anliegen, Menschen – insbesondere Familien und Kinder – und die persönliche Habe zu schützen. Gegenüber dem staatlichen Handeln und der Bürokratie zeigten sich die Erwachsenen eher skeptisch und kritisch. Sie sind über die Kosten und die Zweckmäßigkeit von Zivilschutzmaßnahmen im Zweifel.

Vorstellungen von Männern und Frauen

In bezug auf Naturkatastrophen sowie von Menschenhand verursachte Katastrophen zeigten Frauen große Besorgnis über Gefahr, menschliches Leiden, Schmerzen, Krankheit und Hungersnot. Viele dachten an tragische Vorfälle, Notlagen und menschliche Schicksalsschläge wie auch an die Vernichtung von Menschenleben und Sachwerten. Entsprechend ihrer starken Ausrichtung auf Gefahren und schädliche Folgen legten Frauen auch großes Gewicht auf Sicherheit und Schutz. Im Mittelpunkt ihres Denkens standen das Heim und die Menschen, und Frauen erwarteten eher, daß sie Unterstützung beispielsweise vom Roten Kreuz und anderen auf Hilfeleistung spezialisierten Organisationen erhalten würden.

Im Gegensatz zu den Frauen, die eine ambivalente Einstellung hinsichtlich der Risikofreudigkeit zum Ausdruck brachten, scheinen Männer eher bereit zu sein, Risiken und Gefahren als selbstverständlichen

Teil des Lebens hinzunehmen – nach dem Motto: „Ohne gewisse Risiken kein Erfolg“. Die Frauen bewunderten den Mut derjenigen, die bereit sind, Risiken einzugehen. Insbesondere waren sie beeindruckt von der Motivation, Tapferkeit und dem Patriotismus des Personals und der freiwilligen Helfer des Zivilschutzes.

Im Vergleich zu Männern reagierten Frauen emotionaler und waren besorgter über die Panik und das Durcheinander im tatsächlichen Katastrophenfall. Sie neigten eher zu reaktivem als zu präventivem Verhalten – z. B. weglaufen, fliehen, entkommen, mit dem Gefühl für Dringlichkeit und Schnelligkeit.

Übereinstimmend legten die Männer den Nachdruck auf Planungen und Vorbereitungen, theoretische und praktische Ausbildung, aktive Hilfeleistung und Unterstützung im Bedarfsfall. Sie befaßten sich eher mit von Menschenhand verursachten Schadensfällen als mit Naturkatastrophen: z. B. mit Atomkrieg, technologischen Gefahren und chemischer Verseuchung. Im Vergleich zu den Frauen lag den Männern sehr viel mehr daran, den jeweiligen speziellen Sachverhalt zu kennen und auch die sachliche Qualität der entsprechenden Maßnahmen zu erfahren.

Männer äußerten sich eher kritisch und skeptisch, insbesondere hinsichtlich ihrer Meinung von der Aufgabe des Staates, obwohl sie staatlichen Stellen nicht so große Bedeutung beimäßen, wie es bei den Frauen der Fall war. Die Männer äußerten Zweifel an der Wirksamkeit und praktischen Durchführbarkeit spezifischer Zivilschutzmaßnahmen.

Vorstellungen von positiv und von negativ eingestellten Befragten

Ein Vergleich der Vorstellungen ergab, daß die positiv denkende Gruppe Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Zivilschutzvorsorge im Fall von Naturkatastrophen wie auch im Kriegsfall hatte. Die negativ eingestellte Gruppe, die sich stärker auf den Zivilschutz konzentrierte, betrachtete dieses Programm als unrentabel und nutzlos und war besonders besorgt über bürokratische Pedanterie und Auswüchse bei den staatlichen Stellen. Befragte mit einer stark ausgeprägten negativen Einstellung äußerten sich skeptisch zu der Aufgabe und Fähigkeit der Zivilschutzorganisation, für Orientierung und Schutz zu sorgen. Demgegenüber waren Orientierungshilfe und Schutz genau diejenigen Aufgaben, welche die positiv eingestellte Gruppe als Hauptaufgaben der für Notfallvorsorge und -bewältigung zuständigen Kräfte für besonders wertvoll hielt.

Möglicherweise stehen die festgestellten

Unterschiede in den Vorstellungen der positiv und der negativ eingestellten Gruppe im Zusammenhang mit tiefer wurzelnden menschlichen Neigungen. Beispielsweise neigen manche Menschen von vornherein dazu, die dunkleren Seiten des Lebens mit ihren Gefahren und Bedrohungen zu sehen, während andere stärker motiviert sind, nach positiven Lösungen zu suchen.

Bei stark emotionsbeladenen und vielschichtigen Nuklearfragen wie „Abschreckung“ und „Überleben“ standen die Anschauungen und Vorstellungen der beiden Gruppen in krassm Gegensatz zueinander. Die positive Gruppe dachte eher an Frieden und Verteidigung und vertraute auf den Staat. Dagegen wurde festgestellt, daß die in erster Linie mit den Kriegsgefahren und der Zerstörung beschäftigte negativ denkende Gruppe die Beteiligung des Staates für nutzlos und potentiell schädlich hielt.

Förderung der freiwilligen Mitarbeit

Die Unterschiede in den Auffassungen und Motivationen sind nicht zufällig, sondern ergeben sich aus dem Lebensbereich, den Erfahrungen und Bezugsumfeldern dieser verschiedenen Untergruppen der Bevölkerung. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß diese Neigungen eine tiefliegende psychologische Grundlage haben, die in den Sozialisierungsprozessen und subjektiven Vorstellungen wurzelt, die unterhalb des menschlichen Bewußtseins wirken. Die Ergebnisse dieses Berichts vermitteln neue Einblicke in diese tiefliegenden menschlichen Neigungen sowie deren Auswirkungen auf die Unterstützung der Bürger für die Ziele und Programme der Notfallvorsorge und auf ihre Mitarbeit und ihr Engagement bei der Durchführung.

Die Freiwilligkeit wird weitgehend von den Motivationen der Menschen bestimmt. Jemand meldet sich nur dann freiwillig, wenn er sich mit einer bestimmten Aufgabe oder Sache eindeutig identifizieren kann. Deshalb erfordern Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Mitarbeit ein differenziertes Vorgehen, das den vorherrschenden Meinungen und Wertvorstellungen verschiedener Menschengruppen Rechnung trägt.

In der Marktforschung wird dieses Problem als Marktsegmentierung bezeichnet. Dieser Begriff leitet sich von der Erkenntnis ab, daß Informationsarbeit und Absatzförderung (Marketing) auf die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Untergruppen oder „Segmente“ der Bevölkerung eingehen müssen, wenn ein bestimmter Markt erschlossen werden soll.

Die Freiwilligkeit ist selbstverständlich nur einer von vielen wichtigen Anwen-

dungsbereichen, in denen die Leitung der FEMA entweder im Rahmen der integrierten Notfallvorsorge oder im Zusammenhang mit Einzelfragen wie Erdbeben oder Bereitschaftsmaßnahmen für den Verteidigungsfall aus diesen neuen Erkenntnissen Nutzen ziehen kann.

Abschließende Bewertung

Die neuen Informationen sind von großer Relevanz für das Anliegen der FEMA, verschiedene Gruppen von Menschen wirksam anzusprechen, um diese für die größtmögliche Mitarbeit entsprechend den – von einem Programm zum anderen unterschiedlichen – hauptsächlichen Zielen zu gewinnen. Die Erkenntnisse gehen über die Frage hinaus, ob die Menschen für oder gegen bestimmte Programme wie beispielsweise „Evakuierung im Notfall“ sind, und zeigen, wie die Menschen unterschiedlich eingestellt sind, um solche Programme zu verstehen und auszulegen, was ihre Erwartungen oder Ängste sind, wieviel Schutz sie erwarten, welche positiven Punkte bzw. Schwachstellen sie in diesen Programmen sehen und in welcher Weise das „Image“ dieser Programme verbessert werden könnte.

Es wäre zweckmäßig, eine klare Unterscheidung zwischen dem Informationsbedarf, der bisher entsprechend den Interessen des demokratischen Gemeinwesens gefördert worden ist, einerseits und den Interessen der Leitung der FEMA andererseits zu treffen. Diese Unterscheidung ist besonders wichtig in bezug auf die Kategorien und die Verwendung von Informationen über den Faktor Mensch. Die demokratische Politik, die daran interessiert ist, den öffentlichen Meinungen, ihren Trends und Schwankungen im Laufe der Zeit zu folgen, hat eine sehr ausgereifte Methodik der Meinungsforschung und repräsentativen Umfragen entwickelt.

Wie festgestellt, hängt eine erfolgreiche Führung im Bereich der Notfallbewältigung nicht so sehr von der Kenntnis ab, wie viele Menschen ein bestimmtes Programm – wie beispielsweise „Evakuierung im Notfall“ – befürworten oder ablehnen. Wichtiger ist es vielmehr, daß Möglichkeiten gefunden werden, um alle Menschen, und zwar Vertreter aller Einstellungen und Lebensbereiche, zu erreichen, ihnen das Verständnis der Programme zu erleichtern und sie für die Mitwirkung bei einem breitgefächerten Angebot von Aufgaben zu gewinnen, die von dem aktiven freiwilligen Einsatz über die Befolgung von Anweisungen bis hin zu konstruktiven Folgemaßnahmen zu Notfallinformationen reichen.

Ein bauliches Konzept mit Zukunft

Großzügige Raumplanung läßt Erweiterung zu – Moderne Technik optimiert die Gefahrenabwehr

„Vor gut zwei Jahren habe ich hier den ersten Spatenstich getan. Verständlicherweise bin ich natürlich sehr daran interessiert, was daraus geworden ist“, sagte Regierungspräsident Dr. Franz-Josef Antwerpes anlässlich der Übergabe der neuen Feuer- und Rettungswache in Eschweiler, Kreis Aachen. Er wurde nicht enttäuscht: Am Eröffnungstag präsentierte sich ein auf die Zukunft ausgerichtetes modernes Hilfeleistungszentrum, das vom üblichen Standard solcher Zweckbauten abweicht. Schon vom Äußeren her wirkt die gesamte Anlage harmonisch und in sich geschlossen. Hierzu trug auch die Idee der Architekten bei, die sonst bei Bauwerken dieser Art obligatorischen Flachdächer durch gefällige, originelle Dachformen zu ersetzen, um den zweigeschossigen Gebäuden einen eigenen Stil zu geben.

Schon lange geplant

Es hat lange gedauert, bis die Feuerwehr in Eschweiler ihr neues Domizil beziehen konnte. Bereits 1970 wurde der Neubau einer Feuer- und Rettungswache angestrebt, weil die alte Wache, ein 1927 erbautes Gebäude an der Rosenallee, aus allen Nähten platzte. So waren die Fahrzeugstände teilweise doppelt besetzt, so daß der betriebliche Ablauf bei einem Alarm erheblich behindert und verzögert wurde. Ein weiteres Manko war der nicht mehr zeitgemäße Sozialbereich für die hauptamtlichen Wehrmänner.

Im November 1982 gab der Rat der Stadt Eschweiler endlich grünes Licht für einen Neubau. Es setzte die Suche nach einem geeigneten Standort ein, wobei einsatztaktische Überlegungen im Vordergrund standen. Man entschied sich für ein stillgelegtes

Bundesbahngelände mit rund 18.000 Quadratmetern in der Nähe des Stadtzentrums. Die Vorteile lagen auf der Hand: kurze Anfahrtswege für die freiwilligen Wehrmänner

und somit ein schnelles Ausrücken der Löschzüge, günstige Lage am Rand des Stadtkerns – jeder Schadensort in der City ist in wenigen Minuten zu erreichen, schnell-



Ein Blick auf die zentral gelegene neue Feuer- und Rettungswache in Eschweiler.



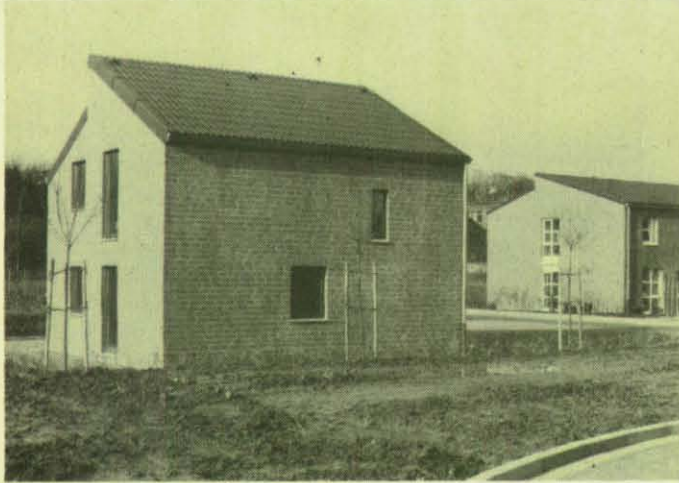
Die Rückseite des Gebäudekomplexes mit dem Schlauchtrocken- und Übungsturm.



Die große Fahrzeughalle bietet Platz für 14 Einsatzwagen.



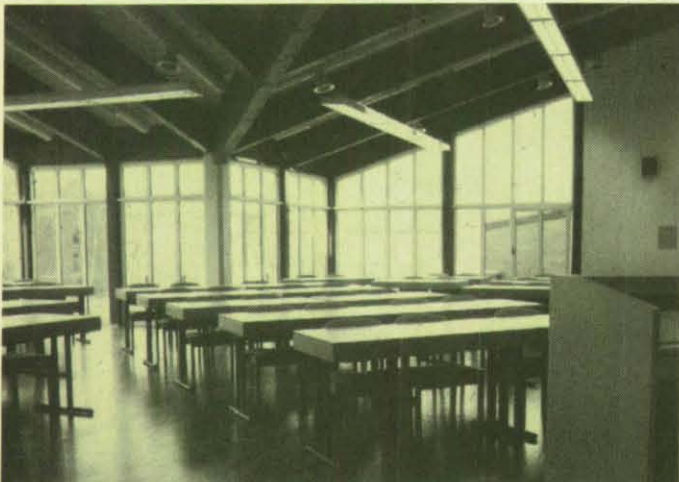
Der Bereich der Rettungswache mit fünf Fahrzeugstellplätzen.



Das Brandhaus auf dem Übungshof.



Mit modernster Medientechnik ist der Planspielraum ausgestattet.



Der Schulungsraum im Obergeschoß der Wache bietet 120 Personen Platz.



Das Herz der Feuer- und Rettungswache: die Nachrichtenzentrale.



Großzügig gestaltet ist der Mehrzweckraum.



Für die Kräfte der Feuerwehr steht ein Bereitschaftsraum zur Verfügung.

ler Notarzteinsetz durch die Nähe des Krankenhauses. Zudem erlaubt das Gelände, die Wache im Bedarfsfall zu erweitern.

Mit dem Bau der gemeinschaftlichen Feuer- und Rettungswache wurde im Oktober 1986 begonnen. Genau ein Jahr später konnte Richtfest gefeiert werden, und im Januar 1989 war das Projekt fertiggestellt. Die gesamten Baukosten betragen rund 11,3 Millionen Mark.

Zukunftsorientiert gebaut

„Was hier besticht, ist die Freundlichkeit und Lichte des Hauses. Zugute kam dem Neubau die Erfahrung des Architektenbüros, das in den letzten Jahren schon mehrere Feuerwachen und Gerätehäuser gebaut hatte“, sagte Hubert Kaldenbach, Stadtbrandmeister und Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Eschweiler, beim Besuch des „Zivilschutz-Magazins“ in der neuen Wache. „Wir haben zukunftsorientiert gebaut und glauben, daß die Wache auch in den nächsten Jahrzehnten noch ihre Funktion erfüllt. Reserven sind im Sozialbereich sowie bei den Fahrzeugabstellplätzen. Es ist also bei Bedarf möglich, die hauptamtlichen Kräfte aufzustocken.“

Kaldenbach betonte besonders, daß sich der Regierungspräsident bei der Planung des Vorhabens sehr aufgeschlossen zeigte. Berücksichtigt wurde dabei auch der große Einsatzbereich der Feuer- und Rettungswache. Zu betreuen sind auch 44 Kilometer der Bundesautobahn A4, die, so der Stadtbrandmeister, „sehr unfallträchtig ist“.

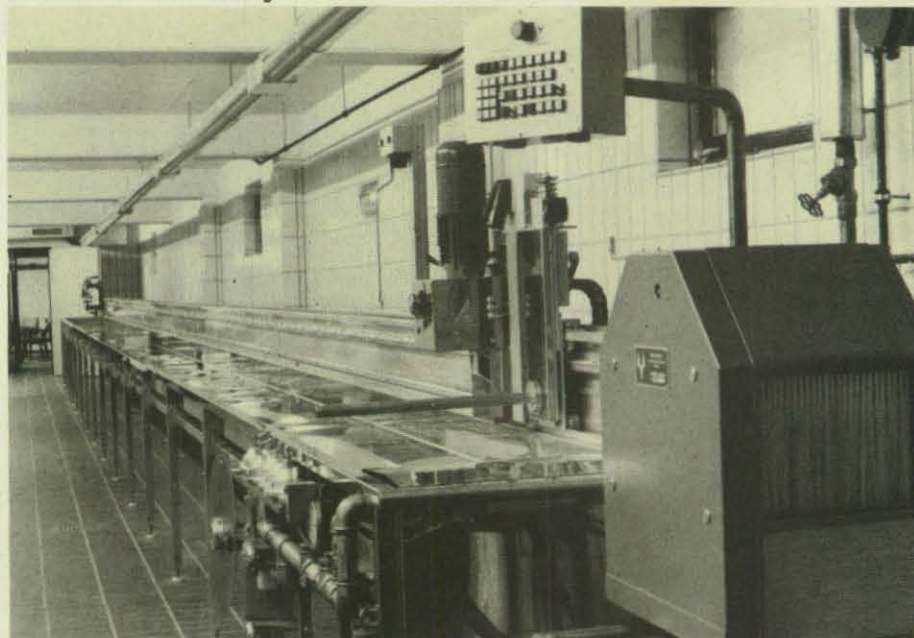
Großzügige Raumplanung

Den zur Zeit 27 hauptamtlichen Wehrmännern sowie den in die Wache integrierten zwei Löschzügen der Freiwilligen Feuerwehr mit rund 70 Wehrmännern steht folgendes Raumangebot zu Verfügung:

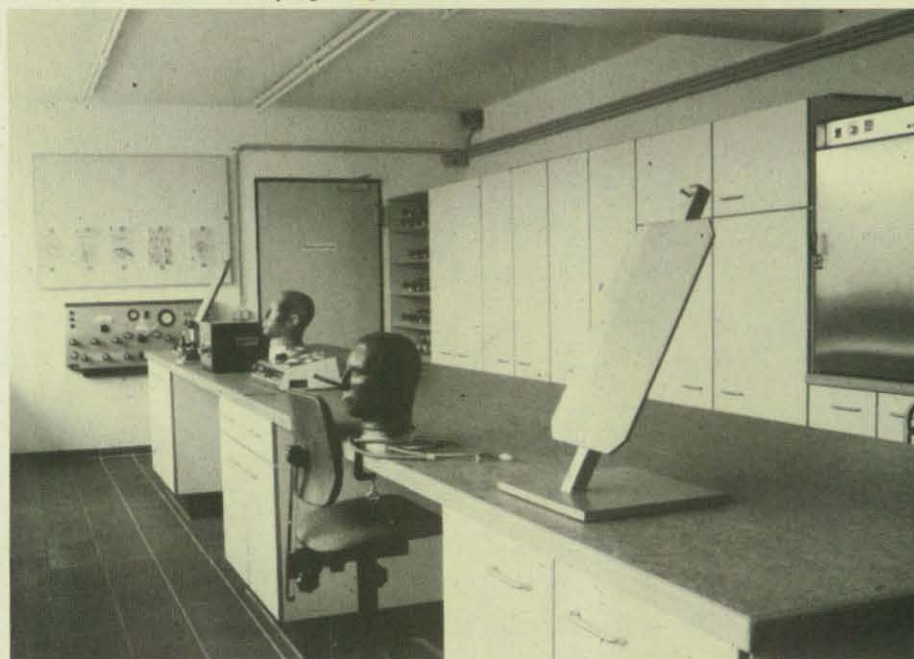
- 14 Stellplätze in der Fahrzeughalle
- ein Alarm-Ausrüstungsraum mit angegliedertem Wasch- und Toilettenraum
- eine Nachrichtenzentrale (in gemeinsamer Nutzung von Feuerwehr und Rettungsdienst)
- ein Sozialbereich mit Aufenthalts- und Büroräumen sowie Küche
- ein Schulungsbereich mit einem Unterrichtsraum für 120 Personen und einem Mehrzweckraum
- ein Fachlagerbereich für die Unterbringung von Atemschutzgeräten, Kompressor, Atemluftflaschenfüllung, Bekleidung mit Schneiderei, Elektro- und Funkgeräte, Strahlenschutz-ausrüstung, Schlauch- und Reifenlager, Lager für Kleingeräte und Kleinmaterialien, Notstromaggregat, Nachrichtentechnik.



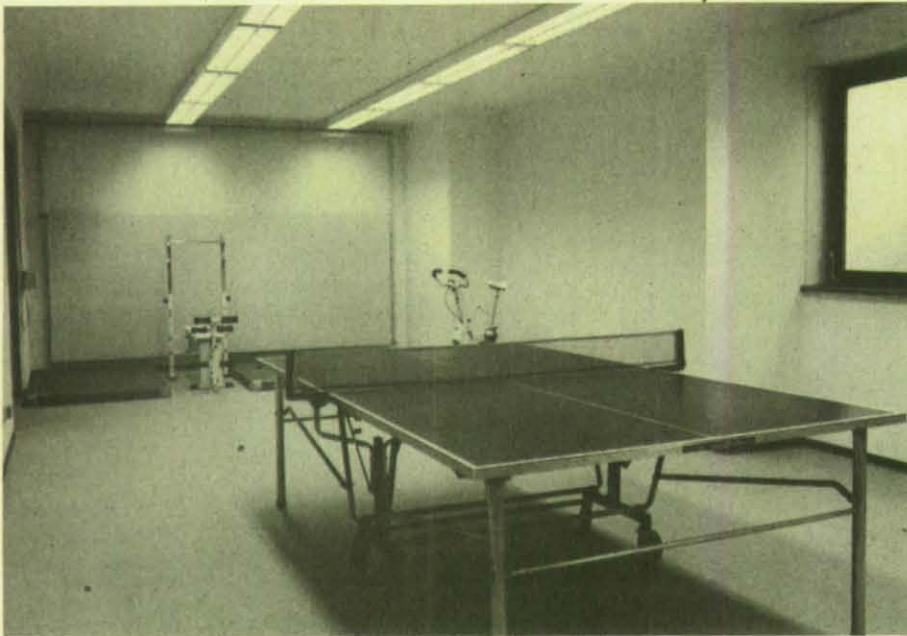
Ein Teil der Atemschutz-Übungsstrecke.



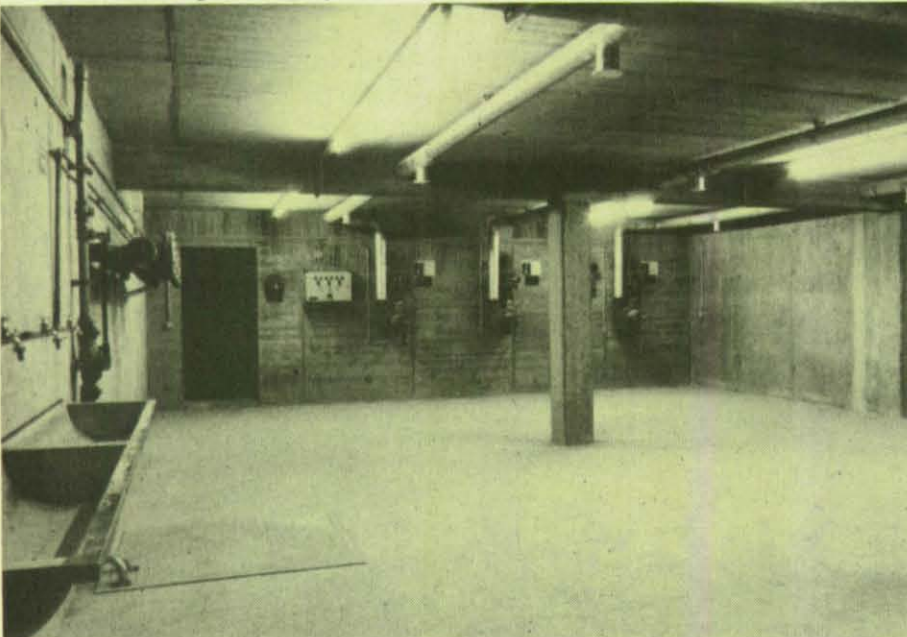
Die vollautomatische Schlauchpflegeanlage.



Zur Ausstattung gehört eine Atemschutz-Werkstatt.



Auch an Fitneß wurde gedacht: Der Sport- und Gymnastikraum.



Einer der vier Schutzräume im Kellergeschoß der Wache.



Stadtbrandmeister Hubert Kaldenbach (links) im Gespräch mit Oberbrandmeister Lothar Klaes, verantwortlich für den Nachrichtenbereich. (Fotos: Sers)

- ein Werkstattbereich mit Kfz-Werkstatt, Wagenwaschhalle mit Pumpenprüfstand, Schlosserei, Schreinerei und vollautomatischer Schlauchpflegeanlage
- ein Sport- und Gymnastikraum
- eine Atemschutz-Übungsstrecke sowie eine Atemschutz-Werkstatt
- ein Übungsturm
- ein Übungshof mit Brandhaus und Hub-schrauberlandeplatz sowie rund 50 Pkw-Stellplätze.

Der angegliederte Bereich der Rettungswache ist ausgestattet mit:

- fünf Fahrzeugstellplätze
- einem Lagerraum für Rettungsdienstmaterial
- einem Sanitärbereich
- einem Sozialbereich mit Aufenthaltsraum, Ruheräumen und Küche (in gemeinsamer Nutzung von Feuerwehr und Rettungsdienst).

Im vollausgebauten Kellergeschoß wurden für die in der Nachbarschaft gelegenen zwei Schulen vier Schutzräume mit je 100 Schutzplätzen erstellt.

Verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten

Bedingt durch die räumliche Enge in der alten Wache konnte die Schulung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden. Die neuen Unterrichtsräume, insbesondere der mit modernster Medientechnik ausgestattete Planspielraum, ermöglichen jetzt eine intensive und einsatzbezogene Ausbildung, die sich auf der Atemschutz-Übungsstrecke, dem Übungsturm und im Brandhaus fortsetzen kann.

Das Herz der Feuer- und Rettungswache ist die Nachrichtenzentrale im Erdgeschoß des Neubaus. Zwar ist die Eschweiler Wache der zentralen Leitstelle in Simmerath untergeordnet, die meisten der jährlich rund 5.000 Einsätze werden aber selbständig abgewickelt. Hierfür steht jetzt eine mit modernster Nachrichten- und Computertechnik ausgestattete „Leitstelle“ zur Verfügung.

Großes Interesse

Rund 10.000 Eschweiler Bürgerinnen und Bürger besuchten die neue Feuer- und Rettungswache anlässlich der Einweihung. Die hohe Zahl dokumentiert den besonderen Stellenwert, den die Öffentlichkeit einer leistungsfähigen Gefahrenabwehr beimißt. Das Informationsbedürfnis trägt dem geschärften Gefahrenbewußtsein der Bevölkerung Rechnung: Sie will wissen, was im Notfall zu ihrem Schutz bereitsteht und wie die Hilfe organisiert ist. - güse -

Nachrichten aus Bremen

Bremen

Der plötzliche Herzstillstand infolge einer Erkrankung der Herzkranzgefäße ist bei uns die häufigste Todesursache – Herzinfarkte sind gefürchtet. Seit Jahren hat sich die Herz-Lungen-Wiederbelebung, kurz HLW, deshalb immer wieder als lebensrettende Maßnahme bewährt. Lange Zeit wurden aber nur Sanitäter, Ärzte und Rettungsschwimmer in der HLW-Technik ausgebildet. Das hat sich nun geändert: Erfolge, die vor allem aus den Vereinigten Staaten berichtet wurden, wenn Ersthelfer unmittelbar nach Eintreten eines Herzstillstandes die Herz-Lungen-Wiederbelebung durchführten, sprechen dafür, auch Laien in dieser Technik auszubilden.

„Aus diesem Grund haben wir uns zunächst dazu entschlossen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die als Lehrkräfte tätig sind, von der DLRG in Bremen in der Herz-Lungen-Wiederbelebung ausbilden zu lassen“, betonte Diethelm Singer, der Leiter der BVS-Landesstelle Bremen.

Vor rund einem Jahr erfolgte eine Grundausbildung; jetzt traf man sich zum Wiederholungslehrgang, um die Kenntnisse aufzufrischen. An dem Seminar in den

Schulungsräumen der DLRG nahmen 16 weibliche und männliche Lehrkräfte der BVS-Landesstelle Bremen teil. „Besonders wichtig ist es, daß man in einem Notfall den eingetretenen Herzstillstand auch tatsächlich erkennt und die richtigen Maßnahmen ergreift, um die Zeit bis zum Eintreffen organisierter Hilfe, beispielsweise eines Notarztes zu überbrücken“, erläuterte DLRG-Verbandsarzt Dr. Uwe Matzen den Lehrgangsteilnehmern.

Nach seinen Worten läßt sich bei der Herz-Lungen-Wiederbelebung so gut wie nichts falsch machen, wenn man sie erst einmal richtig erlernt hat. Die Verletzungsgefahr liege unter 30 Prozent, betonte Dr. Matzen: „In den ersten vier Minuten nach dem Herzstillstand liegt die Chance der Wiederbelebung zwischen 70 und 80 Prozent.“ Und diese Zeit ist nach seiner Darstellung oftmals die Zeit der „Laien-Helfer“. Denn: Selbst in Großstädten wie Bremen oder Bremerhaven dauert es – statistisch gesehen – zwischen sieben und zehn Minuten, bis ein Notarzt vor Ort eintrifft. In ländlichen Regionen kann sich diese Zeit noch beträchtlich erhöhen.

Aber: Selbst wenn Herzschlag und Atmung ausgesetzt haben, ist der Körper noch nicht unwiderruflich tot. Nachdem die Sauerstoffversorgung des Gehirns zusammengebrochen ist, dauert es gewöhnlich vier bis zehn Minuten,

bis so viele Gehirnzellen abgestorben sind, daß die Chance, das Bewußtsein wiederzuerlangen, fast aussichtslos wird. Durch Einleitung einer Herz-Lungen-Wiederbelebung in diesen knappen ersten Minuten kann das Absterben der Hirnzellen verhindert oder doch beträchtlich verzögert werden.

Mund-zu-Mund- bzw. Mund-zu-Nase-Beatmung und Herz-Druck-

Massage können bis zu einem gewissen Grad den Sauerstofftransport aufrechterhalten, der normalerweise durch die eigene Atmung und die Herztätigkeit erfolgt. Eine bereits von Laien eingeleitete Herz-Lungen-Wiederbelebung soll die ausreichende Sauerstoffversorgung so lange aufrecht erhalten, bis eine medizinische Notfallversorgung erfolgt.

Quer durch Niedersachsen

Bad Harzburg

Das Interesse war groß. Zur Eröffnung der Ausstellung „Zivilschutz – für den Bürger – mit dem Bürger“ im Harzburger Rathaus waren Feuerwehr und Schulleiter, Rathausmitarbeiter und Bürger erschienen. Sie alle waren

vorbereiten könnten. Doch plötzlich und unerwartet kämen Unglücksfälle wie etwa Flugzeugabstürze oder Naturkatastrophen. Und darauf müßten die Menschen vorbereitet sein. Voigt schilderte in markanten Bildern, was passieren würde, wenn etwa der Damm des Okerstausees bricht: „Dann ist die Flutwelle in Schladen immer noch zwei Meter hoch. Über den eigenen Schutz in einem solchen Fall macht sich kaum einer Gedanken.“



Stadtirektor Voigt bei der Eröffnungsansprache.

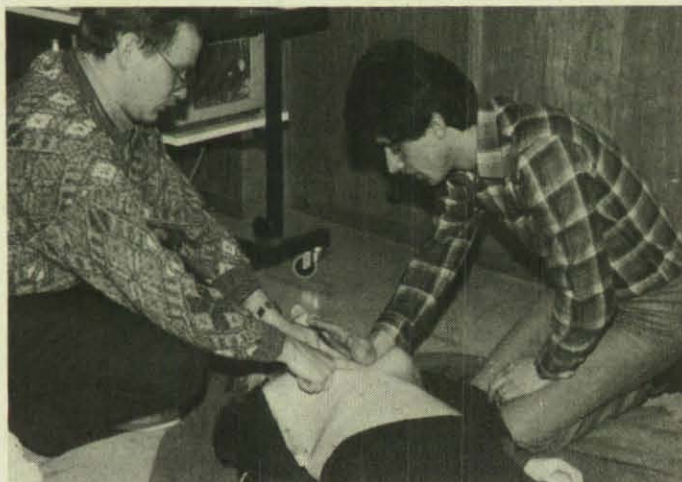
neugierig, was der BVS an Exponaten und Informationen vorzuweisen hatte.

Stadtirektor Horst Voigt, Schirmherr der Ausstellung, brachte es auf den Punkt: „Der Selbstschutz ist eine Aufgabe eines jeden Menschen selbst.“

Und dabei geht es wahrlich nicht nur um den Verteidigungsfall. Voigt: Ein Krieg komme nicht über Nacht. Da gebe es eine Vorspannungszeit, in der sich die Menschen auf den eigenen Schutz

Nicht über den Dambruch im Okertal speziell, aber über Katastrophen und deren Folgen macht sich schon jemand Gedanken, nämlich die ehren- und hauptamtlichen BVS-Mitarbeiter und natürlich auch die Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Denn der Selbstschutz ist eine der Kommune vom Gesetzgeber auftragene Aufgabe. Die Stadt hat eine „Pflicht- und Vorbildfunktion“, wie Voigt sagte.

Im Bad Harzburger Ordnungs-



DLRG-Verbandsarzt Dr. Matzen (links) erläutert an der Übungspuppe die Herzdruckmassage.

amt ist Wolfgang Enge der zuständige Mann. Er ist für die Harzburger der Ansprechpartner in Sachen Selbstschutz. Doch er bewältigt die Aufgabe nicht allein. So hat Bad Harzburg seit einiger Zeit auch eine Selbstschutzberaterin, Ilona Rogge. Sie ist gleichzeitig Fachlehrerin des BVS und führt in dieser Funktion Selbstschutz-Grundlehrgänge durch.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Oberhausen

Die BVS-Dienststelle Oberhausen hat ein neues Betätigungsfeld: die Ausbildung der Bediensteten der Universität Duisburg im Brandschutz. Auf Anregung der beiden Sicherheitsexperten der Duisburger Uni, Strothmann und Czekay, nahmen an den ersten Lehrgängen bereits mehr als 50 Bedienstete teil.

Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Kanzler der Universität, Dr. Bockemühl, erläuterte BVS-Mitarbeiter Frank Heuer die Grundsätze des abwehrenden und vorbeugenden Brandschutzes – bezogen auf die örtlichen Gegebenheiten.

Nach der theoretischen Unterweisung war dann „Großeinsatz“ für die BVS-Dienststelle Oberhausen, denn es galt, drei Stationen für die praktischen Übungen zu besetzen. Am Ende stand für die Mitarbeiter der Uni Duisburg fest: Die beste Theorie kann die Praxis nicht ersetzen.

Hamm

Eine beachtliche Tradition haben Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag in der Stadt Hamm. Die DAG-Frauen, die in diesem Jahr für die Ausrichtung verantwortlich zeichneten, gaben auch dem BVS Gelegenheit, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Frauenfachbearbeiterin der BVS-Dienststelle Hamm, Gabriele Heuner, nutzte die Möglichkeit, um die neue Ausstellung zum Thema „Frauen im Zivil- und Selbstschutz“ zum ersten Mal in Hamm der Öffentlichkeit zu präsentieren. Unterstützt wurde sie dabei von der Fachgebietsleiterin



BVS-Mitarbeiterin Karin Rösler im Gespräch mit einer Besucherin.

Frauenarbeit der BVS-Landesstelle, Karin Rösler.

Die optisch gut gestalteten und inhaltlich aussagekräftigen Schautafeln der neuen Frauenausstellung fanden bei den Teilnehmerinnen des Internationalen Frauentags viel Beachtung. Unter anderem widmete die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Hammer Frauenverbände, Anneliese Hellbeck, der Ausstellung große Aufmerksamkeit. Viele weitere interessante Gespräche kamen zustande, so daß beiden Betreuerinnen die Zeit nicht lang wurde.

Als Fazit kann bemerkt werden: Es war das erste Mal, daß der BVS sich am Internationalen Frauentag beteiligt hat, es war aber sicherlich nicht das letzte Mal.

Ostwestfalen-Lippe

„Schauplatz Nordrhein-Westfalen“ nennt der Westdeutsche Rundfunk (WDR) seine regionale Fernsehsendung, die sich kürzlich zur allerbesten Sendezeit im Abendprogramm mit dem „Zivilschutz in Ostwestfalen-Lippe“ auseinandersetzte.

Den Sendungsaufakt bildete ein knapp fünfzehnminütiger Film mit Ausschnitten aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang und einem Interview des Lehrgangleiters Thomas Kettler (Herford) zur Frage nach der Akzeptanz der BVS-Lehrgänge. Aufnahmen aus

Katastrophenschutzübungen im Regierungsbezirk, dem Sanitätsmittellager Paderborn und einem Hilfskrankenhaus in der Residenzstadt Detmold schlossen sich an. Zentrales Thema der Sendung war ein Interview mit einem Schutzraumbesitzer aus Paderborn.

Unter der Leitung der beiden WDR-Redakteure Dorothee Boeken und Ingo Hülsmann stellten sich anschließend vor einer Schutzraumkulisse BVS-Dienststellenleiter Wolfgang Schröder, BZS-Mitarbeiter Guido Selzner, Dr. Suitbert Hoffmann von der IPPNW und SPD-Landtagsabgeordneter Heinz Hunger der Diskussion im Studio.

Die Eingangsfrage nach dem zuviel oder zuwenig Zivilschutz in der Region Ostwestfalen-Lippe beantwortete BZS-Mitarbeiter Selzner im Sinne aller Sachkenner: Zuviel Vorsorge kann es nicht geben. Vehement bestritt dagegen Landtagsabgeordneter Hunger, Bielefeld, den Sinn des Zivilschutzes.

Ebenfalls kritisch setzte sich der Kasseler Gynäkologe Dr. Hoffmann von der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges e. V.) mit Zivilschutz und Selbstschutz auseinander. Tenor seiner Aussage war die „Sinnlosigkeit aller Zivilschutzbemühungen angesichts moderner Massenvernichtungsmittel“. Auf seine Bemerkung, daß der BVS noch immer „die

Feuerpatsche gegen die Wirkung der Atombombe“ empfehle, konterte Dienststellenleiter Schröder, „daß die vielen tausend mündigen Bürger, die Jahr für Jahr die BVS-Lehrgänge besuchen, ganz andere Erfahrungen machen und bei derartig unqualifizierten Aussagen den BVS aus dem Saal jagen würden“.

Die Fernsehsendung fand, wie zahlreiche Anrufe und Gespräche zeigten, in der Region ein lebhaftes Echo.

Nachruf

Im Alter von nur 48 Jahren verstarb der Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Köln

Rudolf Galler

Die Dienststelle trauert um einen Menschen, der über Jahre hinweg die Leistungen der Dienststelle Köln mitgeprägt hat.

Rudolf Galler genoß in allen Kreisen seiner Tätigkeit besondere Wertschätzung.

Seine Kenntnisse, seine kameradschaftliche Einstellung und seine Hilfsbereitschaft waren ein Lichtblick in der täglichen Arbeit. Seine Leistungsbereitschaft war beispielhaft, die Zusammenarbeit ausgezeichnet.

Die Mitarbeiter der Dienststelle Köln verloren einen guten Freund und Kollegen.

Hessenspiegel

Darmstadt

Als Leiter der BVS-Dienststelle Darmstadt ist Willy Roth, zusammen mit seinen sieben hauptamtlichen und 31 ehrenamtlichen Mitarbeitern, neben der Stadt Darmstadt für die Betreuung der weiteren 74 Städte und Gemeinden der südhessischen Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und Odenwald zuständig.

Als Ausdruck der besonderen Würdigung seiner Arbeit überreichte ihm jetzt der Dezernent



Regierungsdirektor Lüdke (rechts) überreicht Willy Roth den Wandteller. (Foto: Volk)

für Zivil- und Katastrophenschutz beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungsdirektor Ulrich Lüdke, einen Katastrophenschutz-Wandteller. Lüdke stellte fest, daß sich Willy Roth in „unerschütterlichem Einsatz“ stets darum bemüht habe, das Bewußtsein der Bevölkerung für die Not-

wendigkeit und den Nutzen des Selbstschutzes zu schärfen. Er sei immer dann zur Stelle, wenn sein fachlicher Rat gefragt oder – oftmals unter schwierigen Umständen – Überzeugungsarbeit zu leisten sei.

Aber auch zum Regierungspräsidium Darmstadt und speziell zum Katastrophenschutz bestehe eine gute und langjährige Zusammenarbeit. Abgesehen von seinen Beratungsbeiträgen im Sicherheitsausschuß und Behörden-selbstschutz des Regierungspräsidiums selbst seien die Fachvorträge Willy Roths mittlerweile im Rahmen von Dienstbesprechungen sowohl mit den KatS-Sachbearbeitern des Regierungsbezirks Darmstadt als auch mit den Spitzenvertretern der KatS-Organisationen schon fast zu festen Bestandteilen geworden. Und daran sollte sich, so schloß Regierungsdirektor Lüdke, auch in Zukunft nichts ändern.



BVS-Landesstellenleiter Raach (links) und Architekt Reuter (rechts) erläutern Staatssekretär Schaufler (Mitte) das Modell eines Schutzraums.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Ludwigshafen

Freie Architekten und Baufachleute öffentlicher Verwaltungen waren zu einer Informationsveranstaltung der BVS-Dienststelle Ludwigshafen ins Katholische Altenzentrum in Landau eingeladen, um über die neuesten Erkenntnisse des Schutzraumbaus mittlerer Größe informiert zu werden.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden zwei Hauptverwaltungsbeamte mit der BVS-Medaille und einer Dankurkunde ausge-

zeichnet: Dr. Christof Wolff, Oberbürgermeister der Stadt Landau, und Gerhard Weber, Landrat des Kreises Südliche Weinstraße, erhielten die Auszeichnungen vom Leiter der BVS-Dienststelle Ludwigshafen, Werner Diehl, überreicht.

Beide unterstützen die Dienststelle seit vielen Jahren, wodurch viele Veranstaltungen im Stadtgebiet und Landkreis durchgeführt werden konnten. In ihren Dankworten kam zum Ausdruck, daß die öffentlichen Verwaltungen der Gefahrenabwehr und Vorsorge einen hohen Stellenwert beimessen.



Dank für gute Zusammenarbeit: Oberbürgermeister Dr. Wolff (links) und Landrat Weber erhielten die BVS-Medaille. In der Mitte BVS-Dienststellenleiter Diehl. (Foto: van Schie)

Südwest aktuell

Stuttgart

Mit der neuen Schutzraum-Ausstellung „Der Hausschutzraum – die Antwort auf die Frage nach mehr Sicherheit“ setzte der BVS auf der „Hafa“, die Ende vorigen Jahres in Stuttgart stattfand, und auf der Messe „Haus & Energie Technik 89“ in Sindelfingen stark beachtete Anziehungspunkte.

Unterstrichen wurde die Bedeutung dieser Präsentation durch den Besuch des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg, Hermann Schaufler (MdL), der den Schirmherrn, Wirtschaftsminister Martin Herzog, vertrat. Eine zusätzliche Würdigung fand die Ausstellung durch die Begrüßungsrede von Ministerialrat Dr. Müller vom Innenministerium des Landes.

In seinem Grußwort gab Dr. Müller erfreuliche Zahlen bekannt. Demnach sind im vergangenen Jahr 120 Anträge auf Förderung von öffentlichen Schutzräumen gestellt worden, davon 20 Anträge auf Förderung von Großschutzräumen mit zusammen 56 000 Schutzplätzen und 100 Anträge auf Förderung von Schutzräumen mittlerer Größe mit zusammen 21 000 Plätzen. Allen Anträgen konnte entsprochen werden. Die Nachfrage nach Fördermitteln habe auch 1989 eine steigende Tendenz, erklärte Dr. Müller.

Die BVS-Landesstelle Baden-Württemberg hatte zu den Aus-

stellungen gezielt Architekten, Planer, Unternehmer und andere ausgesuchte Interessentengruppen angesprochen, um insbesondere den neuen Schutzraumtyp, den Grundschutzraum mittlerer Größe, vorzustellen und auf die Finanzierungsmöglichkeiten für dieses Modell aufmerksam zu machen. Für diese Zielgruppen fand im Rathaus Sindelfingen eine zweistündige Informationsveranstaltung statt, die regen Zuspruch fand.

Stuttgart/Mannheim

Zu Beginn des Jahres feierten zwei BVS-Mitarbeiter in Baden-Württemberg ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Ingo Hiersche, Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit in der BVS-Landesstelle, trat 1964 in den BVS ein und ist seit zehn Jahren als Fachgebietsleiter tätig. – In Mannheim konnte Josef Wojtischek, Fachbearbeiter der dortigen BVS-Dienststelle, auf 25 Jahre hauptamtliche Mitarbeit zurückblicken; seit September 1959 stand er vorher schon ehrenamtlich dem Verband zur Verfügung. – Beide Mitarbeiter wurden von Landesstellenleiter Wolfgang Raach geehrt.

Bayern heute

München

Ende Januar wurde im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung die BVS-

Ausstellung „Zivilschutz – für den Bürger – mit dem Bürger“ eröffnet. Nachdem BVS-Dienststellenleiter Hans-Joachim Görnemann die zahlreich erschienenen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden und Verbänden begrüßt hatte, hielt Staatssekretärin Barbara Stamm die Eröffnungsansprache.

Unter anderem führte sie aus: „Zivilschutz ist sowohl Aufgabe der staatlichen Sicherheitspolitik wie auch des einzelnen Bürgers. Für den Zivilschutz ist die Bereitschaft des Bürgers zur Mitwirkung an seinem eigenen Schutz und am Schutz des Gemeinwesens das wesentliche und entscheidende Element, um im Not-



Staatssekretärin Stamm spricht zu den zahlreichen Gästen der Eröffnungsfeier. (Foto: Hiller)

fall die notwendige und mögliche Hilfe bereitstellen zu können.“

Anschließend erläuterte BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker den Gästen das Konzept der Ausstellung. Eingehend wies er auf die positive Bilanz, die der BVS im Vorjahr erbracht hatte, hin.

Die Medien berichteten ausführlich über die Ausstellung. Die Ausstellung wurde von 1 500 Bürgerinnen und Bürgern besucht.

GZS Berlin



Zwei erfolgreiche Jahre

Erstmalig gibt die Gesellschaft über ihre Tätigkeit in den letzten zwei Jahren eine Übersicht und weicht damit von der Praxis jährlicher Leistungsberichte ab. Der Berichtszeitraum zeigt erneut große Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz. Gleichzeitig sind in dieser Zeit erstmalig die eigenen Grenzen erkennbar geworden.

Allgemeines

Die Jahre 1987–1988 waren gegenüber den Vorjahren durch weniger kontrovers geführte Diskussionen über Sinn und Zweck des Zivilschutzes geprägt. Aufgrund der Alltagstauglichkeit der in den Veranstaltungen der GZS gegebenen Hinweise und Verhaltensregeln stieg die Inanspruchnahme kontinuierlich. Zahlreiche Betriebe und Behörden meldeten ihre Veranstaltungswünsche, in Kenntnis der personellen Enge, bis zu anderthalb Jahren im voraus. Trotzdem war es in Einzelfällen, insbesondere im Jahr 1988, unvermeidlich, auch langfristig geplante Veranstaltungen abzusagen.

Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt gingen die Informationsveranstaltungen zum Zivil- und Katastrophenschutz in Berlin und die damit im Zusammenhang stehenden Schutzraumbesichtigungen deutlich zurück. Durch die Unfälle in Tschernobyl und Basel stieg bei der Bevölkerung jedoch das Interesse an den Themen „Strahlenschutz“ und „Schutz vor Vergiftung der Atemluft“ erheblich.

Durch die im Bereich der Spandauer Zitadelle vermuteten chemischen Kampfstoffe war das Interesse außerordentlich groß, zumal sich die Medien dieses Themas annahmen. Eine der Folgen war eine Podiumsdiskussion, übertragen im 3. Fernsehprogramm, an der die GZS beteiligt war.

Im ersten Halbjahr 1988 wurde an alle Architekten und Bauingenieure, Banken, Sparkassen, Hypothekenbanken und Bausparkassen die Broschüre „Schutzbaufibel“ (insgesamt rd. 5 500 Stück) versandt und damit auf den Hauschutzraum aufmerksam ge-

macht. In die gleiche Richtung zielte die Beteiligung an der Fachausstellung „BAUTEC“ in den Messehallen am Funkturm, die uneingeschränkt als Erfolg bezeichnet werden kann.

1987 wurden insgesamt 946 Veranstaltungen durchgeführt. Die Hoffnung, diese Leistung im Jahre 1988 noch verbessern zu können, ließ sich nicht realisieren. Trotz aller Anstrengung ging die Leistung auf insgesamt 853 Veranstaltungen zurück, somit erreichte die GZS nur das Ergebnis des Jahres 1986. Diese hohe Leistung ist nur möglich gewesen durch den überragenden Einsatz der Mitarbeiter, insbesondere der hauptamtlichen.

Personallage

Die Gesellschaft verfügte im Berichtszeitraum über folgende Stellen:

- 1 Geschäftsführer
- 1 Fachbearbeiter
- 2 Leiter „Fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle“ (FAAST)
- 2 Ausbilder FAAST
- 1 Bürosachbearbeiterin
- 1 Schreibkraft

Für das Jahr 1988 wurde der GZS darüber hinaus eine Arbeiterstelle für den Übungsplatz bewilligt. Durch Fehlinformation konnte die Stelle jedoch erst zum 1. Oktober 1988 besetzt werden.

Die Ende 1987 bzw. im 1. Halbjahr 1988 freiwerdenden Stellen der Ausbilder der FAASTen unterlagen der sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre.

Einem Antrag auf Aufhebung der Sperre wurde nicht entsprochen, so daß die GZS einen wesentlichen Teil des Jahres 1988 nur die Hälfte der ihr planstellenmäßig zustehenden Außendienstmitarbeiter einsetzen konnte.

Die Zahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter war, bezogen auf die Aufgaben, seit jeher zu gering. Zu der immer schwieriger werdenden Werbung für ehrenamtliche Aufgaben kommt eine hohe Fluktuation.

Die Zahl der durch Umzug in die Bundesrepublik, Kündigung oder Todesfall ausscheidenden Mitglieder übersteigt die Neuaufnahmen seit Jahren erheblich. Um zumindest die Fluktuation der Hauptamtlichen in Grenzen zu halten, wurde im Oktober 1987

ein Betriebsrat gewählt. Seit Dezember laufen Tarifverhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses eines Haustarifvertrages oder Einbindung in den BAT.

Haushalts- angelegenheiten

Insgesamt wurden der GZS ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Vom Gesamtansatz in Höhe von 678 000 DM hatte die Gesellschaft einen Eigenbetrag in Höhe von 4 000 DM, u. a. aus Mitgliedsbeiträgen, zu erbringen. Es ist in diesem Zusammenhang schwer verständlich, warum die Vereinsmitglieder, von denen der Bund und das Land Berlin die eigentliche Arbeit erwarten, diese noch mitfinanzieren sollen.

Durch „redaktionelle Veränderungen“ der Haushaltsentwürfe der GZS wurde den Erfahrungen und Notwendigkeiten nicht Rechnung getragen. Die strenge Einhaltung der Titelbindungen hatte erhebliche Auswirkungen auf die tägliche Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Fahrzeugbestand

Nachdem der Bund einer Stellenvermehrung für die Jahre 1986-1987 zugestimmt hatte, mußte auch die neu eingerichtete

zweite FAAS fahrzeugmäßig beweglich gemacht werden. Hierfür waren 1987 insgesamt 25 000 DM vorgesehen. Übereinstimmend wurde die Meinung vertreten, daß es günstiger sei, statt eines größeren Fahrzeuges (VW-Bus) zwei kleinere Pkw zu beschaffen. Nach intensiven Verhandlungen konnten zwei Ford „Fiesta“ mit Dieselmotor gekauft werden. Dem Umweltschutz wurde dadurch Rechnung getragen, daß auch diese Fahrzeuge nach US-Norm schadstoffarm sind.

Aufgrund der außerordentlich guten Erfahrungen wurde im Jahre 1988 ein weiteres Fahrzeug mit schadstoffarmem Dieselmotor für ca. 16 000 DM beschafft. Zu den mit Anhängerkupplung versehenen Fahrzeugen gehören ungebremste Anhänger mit 500 kg zulässigem Gesamtgewicht, die das für die Brandschutzausbildung benötigte Gerät, insbesondere Brandwanne und Brandübungspuppe, aufnehmen. Durch diese Lösung werden die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter vor vermeidbarer Schmutz- und Geruchsbelastung, vor allem im Sommer, geschützt.

Gerätebestand

Die von der Gesellschaft einzusetzenden Ausbildungs- und Lehrgeräte entsprechen einem modernen Stand. Neben den übli-

chen Geräten, bestehend aus Filmprojektoren, Overheadprojektoren und Diaprojektoren können inzwischen zwei Videosysteme für Schulungsmaßnahmen eingesetzt werden; zwei Textverarbeitungssysteme sowie ein moderner Kopierer vervollständigen den Bestand. Die Beschaffung eines Personalcomputers für Ausstellungszwecke ist längerfristig vorgesehen.

Übungsplatz

Das der GZS kostenfrei überlassene Gelände in Berlin 46 mit ca. 4 300 m² wurde im Berichtszeitraum von alter Bausubstanz befreit und eingezäunt. Der geplante Ausbau des Platzes für Übungszwecke ist in Frage gestellt, da die Requirierung durch die Alliierten droht. Die der GZS zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel für den Ausbau des Übungsplatzes wurden vom Bund wieder zurückgezogen.

Ohne Ausbau des Geländes kann aber keine Fachausbildung betrieben werden. Die ursprüngliche Absicht, dort eine Ausbildungseinrichtung zu stationieren, ist damit in weite Ferne gerückt.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Gesellschaft hat mit knapp 1 800 Veranstaltungen im Be-

richtszeitraum (1987-1988) eine noch nie erreichte Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Eine ständig größer werdende Zahl von Veranstaltungen und Ansprechpartnern verdeutlichen die fachliche Kompetenz und die hohe Wertschätzung. Der vorzügliche Gerätebestand und die ausreichende Fahrzeugausstattung ermöglichen eine größere Zahl von zeitgleichen oder sich zeitlich überschneidenden Veranstaltungen.

Die Kürzungen von Haushaltsmitteln und Stellensperren jedoch bremsen die Effektivität erheblich.

Durch Mitgliederschwund wurde die Zahl der ehrenamtlich Tätigen ununterbrochen geringer. Dies hat ständig größer werdende Auswirkungen auf die Veranstaltungen in den Abendstunden und an den Wochenenden.

Durch eine hohe Fluktuation auch der hauptamtlich Beschäftigten ist Umfang und Qualität der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung längerfristig nicht zu gewährleisten. Dies wäre auch durch Neueinstellungen auf absehbare Zeit nicht aufzufangen.

Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Gesellschaft die erlangte Leistungsfähigkeit wieder einbüßt.

Helmut Nitschke

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist nachfolgend aufgeführte Stelle zu besetzen:

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Kaufbeuren

Verg.-Gr. IVa BAT – ab sofort –

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 10. 06. 1989 unter Kennziffer 17/89 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

Bundeshauptstelle
Deutscherherrenstraße 93-95
5300 Bonn 2

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Zugführer Klaus Brüllke, THW-Ortsverband Darmstadt

Rettung durch „technische Ortung“

Der Ortungstrupp stellt im Rahmen von Bergungsarbeiten das Vorhandensein und die Lage von unter Trümmern verschütteten, noch lebenden Personen mit Hilfe eines akustischen Ortungsgerätes fest. Hierbei werden die von Verschütteten verursachten Geräusche ausgewertet.

Die grundsätzliche Voraussetzung für die „technische Ortung“ ist somit im Gegensatz zur „biologischen Ortung“ durch Rettungshunde, daß sich Verschüttete noch durch akustische Signale bemerkbar machen können. Das Gerät hat gegenüber Hunden den

durch laufende Notstromaggregate hervorgerufene Störgeräusche unterdrückt werden.

Um bei der Ortung größere Trümmerflächen untersuchen zu können, werden bis zu sechs Geophone – bei einem anderen Fabrikat sogar bis zu 8 – zu einer „Kette“ in Reihe geschaltet. Diese können vom Verstärker einzeln oder gemeinsam abgehört werden. Durch die „Summschaltung“ kann man schnell feststellen, ob in dem Bereich irgendwo eine Person verschüttet ist.

Die Auswertung erfolgt durch akustische Wahrnehmung über

schütteten – besonders weit im Erdreich übertragen werden.

– Ein Mikrophon, das z. B. in Schächte eingelassen werden kann. Dieses Mikrophon kann über den Verstärker auch als Gegensprechanlage verwendet werden. Somit kann Sprechkontakt zu Verschütteten hergestellt werden.

Der Ortungstrupp besteht aus einem Truppführer, einem Ortungshelfer und einem Kraftfahrer/Gerätewart.

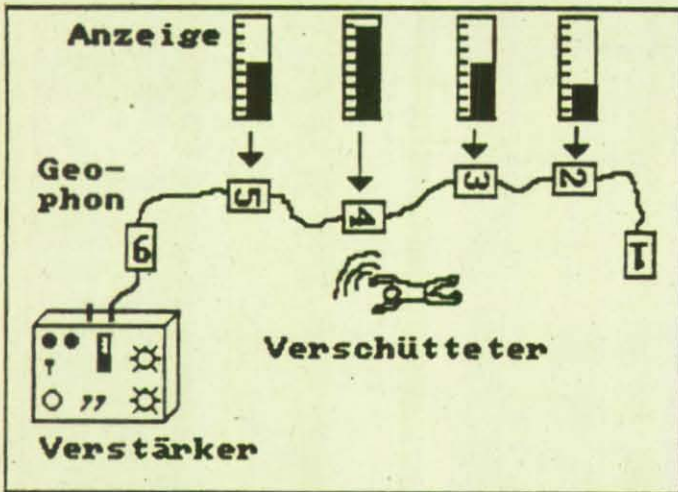
daß akustische Schwingungen mit Mikrofonen aufgenommen werden, seismische Schwingungen jedoch mit Sensoren, die – kleinen „Erdbebenwarten“ vergleichbar – auf minimale Bewegungen im Erdreich reagieren.

Mit bis zu 6 Sensoren, die auf verträmmertem Gelände (Erdbeben, Gebäudeeinstürze usw.) oder auf Metallkörper ausgelegt werden, können Verschüttete regelrecht „eingekreist“ und zuverlässige Hinweise für die Versorgungs- und Rettungsgrabung empfangen werden.

Voraussetzung ist, daß das Opfer noch lebt und sich durch kleinste Signale bemerkbar machen kann. Kratzen, Klopfen, Stöhnen, ja selbst kleine Bewegungen reichen je nach Art des umgebenden Mediums aus, um verwertbare Signale zu empfangen. Störfrequenzen werden durch Filter ausgeklammert. Die Signale werden im Gerät elektronisch verarbeitet und über Kopf-

Eine weitere Variante

Zu unserem Artikel „Neue Geräte im Test“ in Ausgabe 11/88, Seite 36, weist die Herstellerfirma des dort beschriebenen Ortungsgerätes darauf hin, daß dieses Gerät nicht – wie angegeben – auf akustischer Basis, sondern mit seismischen Sensoren arbeitet. Der Unterschied liegt darin,



Das Prinzip der akustischen Ortung.

Vorteil, daß es nicht gegen Rauch, Gas und Dämpfe empfindlich ist.

Der durch Klopfen, Scharren, Rufen usw. erzeugte Schall breitet sich durch die Trümmerschicht über dem Verschütteten durch Luft (Luftschall) oder feste Medien wie Trümmerteile, Stahlträger, Schutt usw. (Körperschall) aus. Der Schall wird durch spezielle Geophone für Körperschall und durch Mikrophone für Luftschall aufgenommen und bis zu 500 000fach verstärkt. Mit Hilfe von Filtern können dabei z. B.

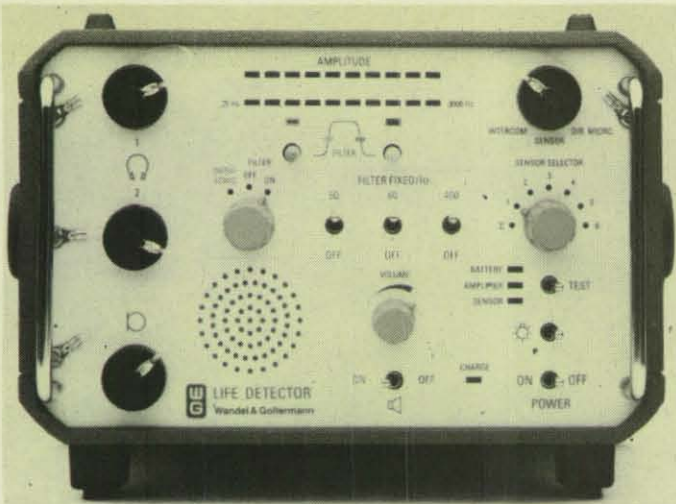
Kopfhörer und optische Anzeige an einem Meßinstrument des Verstärkers. Die etwaige Lage des Verschütteten wird durch die Stelle der lautesten akustischen Wahrnehmung bestimmt.

Für besondere Erfordernisse stehen neben den normalen Schallaufnehmern weitere Hilfsmittel zur Verfügung:

– Ein empfindliches Geophon zur Aufnahme sehr tiefer Frequenzen, die – verursacht durch leichtes Scharren oder durch Körperbewegungen von Ver-



Das neue Gerät wurde bereits vom THW getestet.



Sechs seismische Sensoren lassen sich an das Gerät anschließen.
(Fotos: Wandel & Goltermann)

hörer oder Lautsprecher hörbar gemacht.

Das Gerät ist netzunabhängig und wird über eingebaute NC-Akkus mit der notwendigen Betriebsspannung versorgt. Aufgela-

den werden die Akkus über eine mitgelieferte Ladehalterung, entweder aus dem Wechselstromnetz oder über Fahrzeugbatterien (12/24 V). Auch ein Batteriepack für Monozellen ist erhältlich.

Hamburg



Fachdienstübungen für „Gemischte Bereitschaften“

Hamburg. Zwei Standort-Fachdienst-Übungen für gemischte Bereitschaften sind im 1. Halbjahr 1989 angesetzt worden. Es

sollte erprobt werden, mit einer gemischten Bereitschaft, verstärkt durch Fachberater, Einheiten verschiedener Fachdienste an einer realistischen Schadensstelle zu führen. Eingesetzt wurden u. a. acht Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes aus den Fachdiensten Brandschutz, Bergungs-, Instandsetzungs- und Sanitätsdienst. Das THW Hamburg stellte jeweils folgende Einsatzkräfte:

- 1 Bergungszug mit W-1-Ausstattung



Der Instandsetzungszug beim Auffangen „gefährlicher“ Flüssigkeit.
(Foto: Krüger)

- 1 Instandsetzungszug (ohne GW-Gruppe)
- 1 Pontongruppe
- Fachberater Bergung

Des weiteren wirkten Verletzendarsteller, Schiedsrichter und die Mitarbeiter des THW-Hauptsachgebiets Ausbildung in der Übungsleitung mit.

Vor Beginn der Übung wurden die Einheiten in einem Bereitstellungsraum auf personelle und materielle Vollständigkeit überprüft. Nach der Alarmierung erreichten die Einsatzeinheiten die Schadensstellen, wo bereits durch die Feuerwehr die Brandbekämpfung aufgenommen worden war. Der Bergungszug des THW mußte an drei verschiede-

- nen Einsatzstellen folgende Aufgaben durchführen:
- Bergen aus Höhen
- Bergen von Verletzten aus verschütteten Räumen
- Bergen von Verletzten mit W-1-Ausstattung von Pontons.

Für den Instandsetzungszug gab es Aufgaben der Bekämpfung von gefährlichen Stoffen und Ölschadensbekämpfung, sowie den Bau von Elektroleitungen für den Verbandssplatz.

Insgesamt wurden alle Einsatzaufgaben zeitgerecht abgewickelt. Die Verbindungsaufnahme zu den anderen Fachdiensten muß noch verbessert werden.

Im zweiten Halbjahr 1989 sind bereits zwei weitere KatS-Übungen fest terminiert. A. K.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter (rechts) überreicht die Ernennungsurkunde an Holger Lundbeck.
(Foto: Krüger)



Glückwunsch nach der Ehrung: THW-Landesbeauftragter Trautvetter (links) und Bezirksamtsleiter Jungesblut.
(Foto: Krüger)

Neuer Bezirksbeauftragter

Hamburg. In Gegenwart von vielen ehrenamtlichen Führungskräften und Freunden des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte, wurde der langjährige Bergungszugführer Holger Lundbeck vom THW-Landesbeauftragten Günter Trautvetter mit der Führung des Bezirksverbandes beauftragt.

Seit 1964 ist Lundbeck mit verschiedenen Funktionen im Bezirksverband Hamburg-Mitte tätig. Er zeigte besonderes Engagement im Wasserdienst und als Sprengberechtigter.

Trautvetter wünschte dem neuen Bezirksbeauftragten eine glückliche Hand in Führung und Ausbildung zum Wohle des THW Hamburg. A. K.

Ehrung für Bezirksamtsleiter

Hamburg. Mit der THW-Ehrenplakette in besonderer Aus-

führung wurde der scheidende Bezirksamtsleiter (Bezirksbürgermeister) Hubert Jungesblut von THW-Landesbeauftragten Trautvetter für seine Verdienste um das THW ausgezeichnet. Jungesblut hat sich über lange Jahre mit großem Engagement für das THW eingesetzt.

Als besonderes Verdienst ist hervorzuheben, daß es Jungesblut gelungen ist, durch die Beschaffung von Funkgeräten und Funkmeldeempfängern die Alarmierung im Bezirk Hamburg-Mitte erheblich zu verbessern.

Trautvetter dankte in Gegenwart des neuen Bezirksamtsleiters Peter Reichel, der ebenfalls THW-Ehrenhelfer ist, dem scheidenden Bezirksamtsleiter für seine Unterstützung. Hubert Jungesblut wird auch im Ruhestand die Verbindung zum THW aufrechterhalten. A. K.



THW-Jugend mit neuem Vorstand

Bremen. Walter Huskamp ist neuer Landesjugendleiter des Bremer THW. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten aus sechs Jugendgruppen kürzlich Werner Armbrüst und Rolf Rohde. „Wichtigstes Ziel ist die Anerkennung nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz und die Fortführung unseres erfolgreichen Seminarprogramms“, kündigte Huskamp an. Weitere Themen bei der Sitzung waren der für Mai geplante Landesjugendwettkampf und das Landesjugendlager, das auf der Weserinsel Harriersand stattfinden soll.

Niedersachsen



Landesvorstandswahlen in Niedersachsen

Hoya. In der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, fand am 15. April 1989 die fünfte Landesversammlung der Vereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerkes in Niedersachsen e.V. statt.

Nach mehreren Rechenschaftsberichten bildeten die Landesvorstandswahlen den Mit-

telpunkt des Geschehens. Einstimmig votierten die Delegierten aus 50 niedersächsischen Ortsvereinen mit rund 4 500 Mitgliedern für die Wiederwahl von MdB Dr. Ing. Dietmar Kansy als ersten Vorsitzenden. Erneut im Amt bestätigt wurde auch sein Stellvertreter, THW-Kreisbeauftragter Dipl.-Ing. (F. H.) Gerhard Hase aus Cloppenburg.

Damit fand MdB Kansy, der Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist, die anerkennende Bestätigung seines engagierten Eintretens für die Belange des Technischen Hilfswerkes, u. a. im Hinblick auf die anstehende Verabschiedung einer gesetzlichen Grundlage für die Bundesanstalt THW, wie auch für die finanzielle und soziale Besserstellung der im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Helfer.

Einen Schwerpunkt des neuen Vorstandes in der laufenden Amtszeit soll der weitere Aufbau der THW-Jugend Niedersachsens bilden, die sich in der Trägerschaft der Helfervereinigung befindet und zur Zeit über 50 Jugendgruppen mit über 600 Jung Helfern verfügt. R. B.

Erfolgreiche Junghelfer-Werbeaktion

Hamel. Seit Oktober 1988 liefen im THW-Ortsverband Hameln die Bemühungen, die durch das nahezu komplette Eintreten ehemaliger Junghelfer in den ak-



Jugendbetreuer Ralf Schierholz (links) wurde vor zehn Jahren selbst als Junghelfer geworben.

(Foto: Bormann)

tiven Dienst dezimierte Jugendgruppe personell zu regenerieren.

Bei Filmvorträgen an drei Hamelner Realschulen durch den Helfer für Öffentlichkeitsarbeit und früheren Geschäftsführer Werner Siebke sowie Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit Rainer Bormann wurden 300 Jugendliche im Alter von 14 bis 15 Jahren angesprochen. Als flankierende Maßnahme wurde in den Foyers der beteiligten Schulen der LV-Informationsstand aufgebaut und Informationsmaterial ausgelegt.

Acht Jugendliche erschienen nach entsprechender Veröffentlichung in den Hamelner Zeitungen an einem Tag der offenen Tür und kamen Anfang 1989 mit ihren El-

tern zu einem Informationsnachmittag. Geschlossen kamen sie auch zum ersten Dienst im Februar 1989, der vom neuen Jugendbetreuer Rolf Schierholz durchgeführt wurde. Zehn Jahre zuvor war Schierholz bei einer ähnlichen Aktion der gleichen Akteure als Junghelfer gewonnen worden. Zwischenzeitlich, sechs Monate nach dem Startschuß, hat die Jugendgruppe Hameln die angestrebte Stärke von zunächst 15 Junghelfern erreicht. Die übrigen sieben Helfer wurden durch die „Mundpropaganda“ der von Anfang an mitwirkenden Jugendlichen gewonnen. Klassisches Beispiel und erfolgreicher Abschluß einer Werbeaktion für Junghelfer.

R. B.



Der alte und neue Vorsitzende der THW-Helfervereinigung Niedersachsen, Dr. Kansy, im Gespräch.



BZS-Präsident Dusch (Mitte) lud die Junghelfer nach Bad Godesberg ein.

(Foto: Bötzel)

Besuch in der Bundeshauptstadt

Leer/Bonn. Auf Einladung von MdB Rudolf Seiters, Ehrenvorsitzender der THW-Helferver-

einigung Niedersachsen e.V. und seit kurzem Kanzleramtsminister, besuchten 35 Helferinnen, Helfer und Junghelfer des THW-Ortsverbandes Leer im März die Bundeshauptstadt.

Dabei erlebten sie nicht nur das übliche Besucherprogramm, wie zum Beispiel eine Visite im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, sondern hatten auch die Möglichkeit, mit niedersächsischen Bundespolitikern die Belange des THW zu diskutieren. Dafür standen ihnen trotz knapp bemessener Zeit sowohl Rudolf Seiters als auch MdB Dr. Dietmar Kansy zur Verfügung, der im April in seinem Amt als Vorsitzender der THW-Helfervereinigung Niedersachsen e.V. einstimmig bestätigt wurde.

Ein Besuch beim Direktor des THW, Gerd Jürgen Henkel, sowie beim Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, bildeten die abschließenden Höhepunkte des Besuchsprogramms. Präsident Dusch lud die Jugendgruppe des Ortsverbandes Leer spontan zu einer Arbeitstagung „Pilotprojekt Jugendwerbung“ im Mai 1989 nach Bad Godesberg ein.

J. B.

Nordrhein-Westfalen



Keine Probleme mit dem Nachwuchs

Bonn-Beuel. 14 Helfer im Alter von 17 und 18 Jahren beendeten erfolgreich ihre Grundausbildung beim THW-Ortsverband Beuel.

Vorausgegangen war eine 7monatige, intensive Ausbildung. Unter der Leitung erfahrener Ausbilder erwarben die Helfer in dieser Zeit alle grundlegenden Kenntnisse und Fertigkeiten, die sie beim Einsatz im Bergungs- oder Instandsetzungsdienst benötigen. Dabei bot die umfangreiche Ausstattung des THW an technischem Gerät genügend Anschauungsmaterial.

Die Ausbildung umfaßte u. a. den Umgang mit Seilen und Leitern, die Grundlagen der Holz-, Metall- und Gesteinsbearbeitung sowie den Einsatz von Motorsägen, Gesteinsbohrhammern und Notstromaggregaten. Daneben erfuhren die Helfer alles Wesentliche über Organisation, Gliederung und Ausstattung des Technischen Hilfswerks. Außerdem ab-

solvierte jeder einen 16stündigen Kurs in Erster Hilfe. Geplant ist ferner der Erwerb des Motorbootführerscheins Binnen A.

Den Abschluß bildete eine 8stündige Abschlußprüfung, in der die Helfer in Theorie und Praxis zeigen mußten, was sie gelernt hatten. 14 Helfer bestanden die Prüfung und können nun diejenigen THW-Helfer ersetzen, die aus dem Ortsverband ausgeschieden sind.

M. B.

Bürgernähe demonstriert

Bonn-Bad Godesberg. Wie auch schon im Vorjahr konnte sich der THW-Ortsverband Bad Godesberg 1989 einer breiten Öffentlichkeit bei der „GODEMA“ vorstellen. Die „GODEMA“ ist eine Leistungs- und Verkaufsschau des ortsansässigen Einzelhandels und des Handwerks, die 1989 zum 5. Mal ausgerichtet wurde. An vier aufeinanderfolgenden Tagen konnte die Möglichkeit genutzt werden, der Bevölkerung auf Fragen zu antworten und Informationen weiterzugeben, die das THW und den Katastrophenschutz betreffen.

Die Ausstellung wurde von rund 12 000 Besuchern besucht. Unter den Besuchern des THW-Standes befanden sich auch die Schirmherrin der Veranstaltung, Frau Blüm, der Bonner Oberbürgermeister Daniels sowie der Bezirksvorsteher von Bad Godesberg, Hauser.

Die Ausstattung des THW-Standes von 20 Quadratmetern Größe bestand aus einfachen, aber effektvollen Mitteln. Auf drei Stell-

wänden, die den Stand einrahmten, wurden Großfotos von THW-Einsätzen gezeigt. Ein besonderer Anziehungspunkt für Kinder war ein Modell, das einen THW-Bergungseinsatz nach einem Erdbeben zeigt. Die Kinder waren besonders von den winzigen blauen Blinklichtern der THW-Modellfahrzeuge beeindruckt. Viele Standbesucher interessierten sich für die ausgestellten Geräte.

Ein Publikumsmagnet war auch die selbst erstellte Tonbildschau des Ortsverbandes, die nonstop gezeigt wurde. Die etwa sechsmünütige Diaschau ist speziell auf die Gegebenheiten des THW in Bad Godesberg abgestimmt.

Von dem mitgeführten Informationsmaterial wurde besonders das Falblatt „THW – Hilfe für den Nächsten“ und das Blatt „THW auf einen Blick“ nachgefragt. Kinder hatten ihre Freude an den THW-Buttons, die schnell vergriffen waren.

Die Ausstellung kann insgesamt als Erfolg gewertet werden. Mit geringem Aufwand konnte der Ortsverband die Bürgernähe des THW unter Beweis stellen und sich in „seiner Stadt“ vorstellen. Darüber hinaus konnten mehrere zukünftige Helfer gewonnen werden, die inzwischen eingehend beraten wurden.

B. B.

Großes Lob für das THW

Dorsten. Das Technische Hilfswerk Dorsten beteiligte sich am Umzug des St.-Elisabeth Krankenhauses mit 26 Helfern und insgesamt acht THW-Fahrzeugen. Davon waren vier Fahrzeuge aus

dem THW-Ortsverband Dorsten, und die restlichen Transportmittel wurden aus den anderen Kreisstädten herangeholt.

Allein am Vortag führten drei THW-Lastkraftwagen 58 Fahrten vom alten zum neuen Krankenhaus durch, wobei Einrichtungsgegenstände vom Anästhesiebesteck bis zum Zentralcomputer eingeladen, transportiert, ausgeladen und eingeräumt wurden. Die Zeit von 6.30 Uhr bis 20.30 Uhr verging den ehrenamtlichen Helfern, die zum Teil aus Wechselschichtlern und aus Helfern, die nur zu diesem Zweck Urlaub nahmen, bestanden, wie im Fluge.

Bis zum offiziellen Umzugstermin war das THW schon 14 Stunden im Umzugeinsatz. Am Morgen dieses Tages wurden die OV-Kombis beim Transport der Beatmungsmaschinen und der elektronischen Überwachungsgeräte der Intensivpatienten parallel zu den RTWs eingesetzt. Nach dem Transport der Intensivpatienten wurde das Krankenhaus mit Hilfe von Feuerwehr, DRK und MHD innerhalb von drei Stunden geräumt. Dabei wurden 250 Patienten, davon ca. 150 liegend Kranke, reibungslos ins neue Krankenhaus verlegt. Danach wurden schwerpunktmäßig Fahrten für die Schmerzambulanz und für Chirurgische OPs durchgeführt. Dabei stellte sich die geplante Funkverbindung über 2 m-Band-Handfunkgeräte als ideal heraus.

Der Umzug konnte am Abend gegen 20.00 Uhr abgeschlossen werden. Der Leiter des Krankenhauses und die Schwester Oberin bedankten sich herzlich und meinten, daß der Umzug ohne das THW nicht so schnell und gut über die Bühne gegangen wäre.

P. B.

1. THW-Frühschoppen ein Erfolg

Kreis Recklinghausen.

Zum ersten THW-Frühschoppen lud der Kreisbeauftragte des THW, Udo Rapp, ins Kreishaus in Recklinghausen ein, und viele Gäste aus Politik, öffentlichem Leben, des Kreises und von anderen Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen kamen.



Die Bad Godesberger THW-Helfer stellten sich mit einem attraktiven Stand der Öffentlichkeit vor.

Zu den Gästen zählte man auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Verteidigungsministerium und Dorstener Bürgerin, Frau Hürland, den Bundestagsabgeordneten und Dattelner Bürgermeister, Niggemeier, den Landtagsabgeordneten Kirstein und den THW-Landesbeauftragten Drogies.

Information, Meinungs- und Gedankenaustausch standen im Mittelpunkt des Fröhschoppens. Bei einem Imbiß und einem Glas Bier kam man schnell und locker ins Gespräch, konnte so seine Wünsche und Meinungen vorbringen, Bekanntschaften knüpfen und Freundschaften vertiefen. Bei diesem Treffen berichtete auch der Einsatzleiter der SEEBA (Schnelleinsatzeinheit Bergung Ausland) des THW in Armenien, Klein-Hitpaß, als „Insider“ über diesen Einsatz.

Der THW-Fröhschoppen fand große Zustimmung bei allen Teilnehmern und soll ein Äquivalent zu den üblichen Neujahrsempfängen der anderen Hilfsorganisationen sein und wird zu einer alljährlichen Veranstaltung, die von Jahr zu Jahr in einer anderen Stadt im Kreisgebiet stattfinden soll.

Ein gewichtiger Brückenschlag

Haan. Sie steht in Haan bei Düsseldorf, ist 38 Tonnen schwer und mit 58 Meter Spannweite der dickste Brocken, den der Brückenbauzug des THW-Ortsverbandes Mönchengladbach bislang zu

bewältigen hatte. Die Rede ist von einer hölzernen Fußgängerbrücke, die sich seit Anfang Februar über einen Taleinschnitt spannt, der bis dahin die beiden Trakte eines Altenwohnheimes trennte und die Bewohner zu großen Umwegen zwang. Errichtet wurde sie vom Brückenbauzug Mönchengladbach und einem Dutzend Bergungshelfern des THW-OV Haan. Die Leitung des Projekts lag in den Händen von Bereitschaftsführer und Brückenbauleiter Edgar Peters, der die Brücke am 28. Januar zusammen mit der Haaner Bürgermeisterin Renate Späthmann zur offiziellen Erstbegehung betrat. Hinter Edgar Peters und seinen Helfern lag 19 arbeitsreiche Einsatz-tage.

Das Hauptproblem bei diesem Brückenschlag lag darin, daß mit Ausnahme der mächtigen Hauptträger und des Fußbelages aus extrem hartem und witterungsbeständigem Bongossiholz sämtliche Bauteile vor Ort unter Einsatzbedingungen zugeschnitten und angepaßt werden mußten. Zu diesem Zweck wurde unter der Brücke eine kleine Schreinerei eingerichtet, in der nahezu alle Brückenaufbauten bearbeitet wurden. Bis auf die Schraubverbindungen, Windverbände und Verankerungen im Betonfundament sollte die Brücke komplett aus Holz errichtet werden. „Daß wir mit allen Problemen der technischen Fertigung konfrontiert wurden, machte die Sache interessant. Wir mußten flexibel sein und uns schnell den Gegebenheiten anpassen“, sagt Einsatzleiter Edgar Peters.



Geschafft: Die Brücke steht im wesentlichen.

Zu unvorhergesehenen Pannen gehörten sowohl unzulängliche Vorarbeiten bei den Betonfundamenten als auch der Transport der bis zu 3,5 Tonnen schweren und 18 Meter langen Hauptträger mit Bergungsräumgeräten. Da die Träger irrtümlich einen Kilometer vom Bauplatz entfernt angeliefert worden waren, mußten sie von zwei Bergungsräumfahrzeugen samt Polizeieskorte über eine Hauptverkehrsstraße an ihren Bestimmungsort gebracht werden.

Ein bißchen Hausarbeit war allerdings auch erledigt worden. Einige Helfer hatten an ihrem Arbeitsplatz Bohrschablonen für die Bearbeitung der Brückenträger erstellt, die die Arbeit am Ort erheblich vereinfachten und beschleunigten. Ohne solche Extraleistungen und ohne die gute Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Kräften, so hebt Edgar Peters in seinem Einsatzbericht hervor, wäre ein solch umfassendes Projekt kaum zu verwirklichen gewesen.

Immerhin mußten der Brückenbauzug und die Helfer aus Haan insgesamt 2 500 Stunden investieren – Fahrzeiten (insgesamt wurden 3 500 Kilometer zurückgelegt) und zwei Übernachtungen an der Einsatzstelle eingeschlossen. Zwei zünftige Grillabende am Einsatzort trugen dazu bei, daß trotz der großen zeitlichen Belastung die Motivation der Helfer stimmte. Edgar Peters: „Die Resonanz im Zug war durchweg positiv. Das Projekt war eine Herausforderung für alle. Zugleich war es ein Erlebnis, zu sehen, wie die Brücke wächst und schließlich fertig wird.“ H. H.

Nachruf

Am 02. April 1989 verstarb nach einem tragischen Verkehrsunfall der Geschäftsführer des THW-GFB Wuppertal

Heinrich Adelhütte

im Alter von 39 Jahren. Der Verstorbene war seit 1971 in der Bundesanstalt THW, Landesverband Nordrhein-Westfalen, tätig. Er hatte sein Hobby zum Beruf gemacht.

In den überaus erfolgreichen Jahren seiner Mitarbeit hat er sich durch unermüden persönlichen Einsatz Verdienste erworben und viele Freunde gewonnen.

Das THW hat Abschied von einem Kollegen und Kameraden genommen, für den der humanitäre Gedanke der Hilfeleistung für Menschen in Not Richtschnur seines Lebens war. Er hat sich dieser Verpflichtung nie entzogen, sondern sie stets freudig erfüllt.

Wir werden ihn sehr vermissen.

Der Landesbeauftragte für Nordrhein-Westfalen
Drogies

Die Kreis- und Ortsbeauftragten für Wuppertal und Remscheid
Neudahn / Berger

Baden-Württemberg



Ämterwechsel in der Landeshauptstadt

Stuttgart. Der bisherige THW-Kreisbeauftragte für den Bereich der Landeshauptstadt Stuttgart, Architekt Hans-Joachim Wiegand, der seit 1957 ehrenamtliches Mitglied im THW ist und seit 1972 das THW in Stuttgart geführt hat, hat mit Wirkung vom 31. 12. 1988 sein Amt auf eigenen Wunsch niedergelegt. Allerdings wird er als Ortsbeauftragter des



Das Bild gibt einen Einblick in den Umfang der Arbeiten.



Strahlende Gesichter in Stuttgart: Der scheidende Kreisbeauftragte Wiegand (links) und sein Nachfolger Steiner.

Ortsverbandes Neuhausen dem THW weiterhin verbunden bleiben.

Zu seinem Nachfolger wurde Peter Steiner, seit 1960 THW-Helfer und in dieser Zeit in vielen Funktionen im THW Stuttgart tätig, bestimmt.

Das THW Stuttgart besteht aus 6 Bergungszügen, 1 Fernmeldezug, 1 I.-Zug, 1 Bergungsräumgruppe mit schwerem Bergungsräumgerät und verschiedenen Versorgungseinheiten.

Die Verabschiedung des bisherigen Kreisbeauftragten Wiegand und die Amtseinführung seines Nachfolgers Steiner erfolgte in der Unterkunft des THW im Rahmen einer kleinen Feier, an der auch Vertreter verschiedener Behörden und anderer Katastrophenschutzseinheiten teilnahmen.

H.

Bayern



Betrachtungen eines Sprengberechtigten

Passau. Kurz hinter Freyung, einer Kreisstadt im Bayerischen Wald, sahen wir ihn schon, den Industriekamin einer ehemaligen Bürstenfabrik. Diesmal war die Reihe an mir, die Sprengung durchzuführen. Vor dem Schornstein stehend schien er riesig hoch zu sein. Jeder schätzte, wir kämen auf Werte zwischen 40 und 50 m. Die genaue Messung mit dem Nivelliergerät gab eine Länge von 32,10 m. So kann man sich täuschen!

Wenig später fuhren wir mit GWK und Kompressoranhänger zur Sprengstelle. Exakt wurden die Bohrlöcher und Fallschlitze ausgemessen und gebohrt. Der Besitzer des Kamins war ganz erstaunt, wie genau dabei gearbeitet wird. Aber schließlich sollte ja seine Halle stehenbleiben.

Immer wieder verklemmte sich beim Bohren die Bohrschnecke, mühsam mußten wir sie mit Zange und „sanfter“ Gewalt befreien. Doch schließlich schafften wir auch dies.

Als Sprengtermin wurde ein Samstag festgelegt und der Sprengantrag an den THW-Landesverband gesandt. Früh um fünf Uhr standen wir drei Sprengberechtigten schon in der Unterkunft, um die Ladungen vorzubereiten. Ausgestattet mit Gummihandschuhen und Briefwaage säbelten wir von der „Sprengstoffwurst“ wie Marzipanbäcker die Einzelladungen und wogen sie peinlichst genau ab. Anschließend führten wir den Sprengstoff in die Bohrlöcher ein.

Schon am Vortag hatte ich mein Presseinterview. Für den Reporter anscheinend kein alltägliches Ereignis. Anfangs war er der Meinung, wir würden nach Wildwestmanier mit einigen Stangen Dynamit und Lunte sprengen und mit der Zigarre zünden, aber zum Schluß wußte er etwas über die Fallschlitzmethode, über das Maul, Millisekundenzünder usw.

Probleme gab's – wie bei jeder Sprengung – mit den Zuschauern. Kaum war einer entfernt, tauchten schon die nächsten auf. Schließlich schafften wir auch dies, ungefähr 100 Leute standen in sicherer Entfernung.

Ein letztes Durchmessen – alles o.k., die errechneten Werte stimmen mit den tatsächlichen Ohmzahlen überein. Sprengsignal wurde gegeben und die Sicherheit bei den Posten abgefragt. Alles abgesperrt – 2. Signal und für Videofilmer und Fotografen gezählt. Achtung, es wird gesprengt: 5 – 4 – 3 – 2 – 1 – Zündung!

Mit einem gewaltigen Knall begann der eigentliche Sprengvorgang. Zum letzten Mal rauchte der Kamin, und schon neigte er sich der Erde zu. Noch bevor sich die Staubwolke verzogen hatte, war ich schon auf dem Ziegelhaufen. Erleichtert stellte ich

fest, daß er genau in die vorher bestimmte Richtung gefallen war.

Beide waren wir froh, ich als Sprengberechtigter und der Besitzer des Ziegelhaufens. Nur eine Anwohnerin war etwas traurig: „Da wird einem schon hart ums Herz, wenn man den Kamin jahrelang vor Augen hatte und jetzt... schade!“ Die anderen Zuschauer aber waren ganz baff, daß man so etwas so genau erledigen kann.

H. H.

25 Jahre Ortsbeauftragter

Miltenberg. Die Jahreshauptversammlung des THW-Ortsverbandes Miltenberg in Rüdenu wurde zu einem Abend des Dankes an alle Helfer für die erfolgreichen Einsätze, besonders beim starken Frühjahrshochwasser des Mains. In Anwesenheit von Oberregierungsrat Joachim Bieber in Vertretung von Landrat Roland Schwing, von Bürgermeister Anton Vogel und des stellvertretenden THW-Landesbeauftragten Hans Schelzig und des Geschäftsführers Horst Schulze erstattete Ortsbeauftragter Georg Schick den Jahresbericht.

Einzigartig in Bayern ist, daß Schick 1988 sein 25. Dienstjubiläum als Ortsbeauftragter gefeiert hat. Aus diesem Anlaß wurde ihm ein Dankschreiben des Landesbeauftragten Reiner Vorholz übergeben, in dem es heißt: „Ohne Ihren persönlichen Einsatz



Georg Schick ist seit nunmehr 25 Jahren THW-Ortsbeauftragter in Miltenberg.

unter Hintanstellung privater und familiärer Belange hätte der Ortsverband Miltenberg nicht den heutigen Leistungsstand innerhalb des Katastrophenschutzes.“

Aus der Hand des stellvertretenden Landesbeauftragten erhielten eine Reihe von THW-Helferinnen und Helfern die Ehrenurkunde für mehr als zehnjährige und für mehr als 25jährige aktive Mitarbeit sowie das Helferzeichen in Gold und in Gold mit Kranz.

Schelzig unterstrich, die Versammlung biete eine gute Gelegenheit zum Rückblick, der zugleich Nachweis sei für eine vielfältige Tätigkeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes. „Die Betroffenen wissen am besten“, so der stellvertretende Landesbeauftragte, „daß sie sich auf das THW verlassen können.“ Das Verhältnis des THW zu den Feuerwehren in Bayern bezeichnete er als „auf gutem Wege zu einer Entwicklung, die nur von Vorteil für die Bevölkerung“ sein könne. In Miltenberg, dies zeige die Anwesenheit führender Feuerwehrangehöriger, bestehe kameradschaftliche Zusammenarbeit, die sich besonders bei den Frühjahrshochwassern erwiesen habe.

Bürgermeister Vogel überbrachte mit den Grüßen der Kreisstadt Miltenberg zugleich seinen Dank für alle Hilfe beim Hochwasser, das tagelang die Mainstraße blockiert hatte. Nur durch die Stegkonstruktion des THW sei der Übergang zur Mainbrücke und damit nach Miltenberg-Nord möglich gewesen. Die Bürger hätten dabei deutlich den Wert des THW erkannt. Oberregierungsrat Joachim Bieber hob hervor, der Landkreis wisse, daß er sich auf die großen Hilfsorganisationen Feuerwehr und THW verlassen könne. Beachtlich sei die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Das THW habe den Beweis erbracht, daß es nicht zu ersetzen sei.

Aus dem Jahresbericht von Georg Schick ging hervor, daß der Ortsverband vom 17. März - bis 6. April 1988 beim dreimaligen Bau und der Unterhaltung des Hochwassersteges in der Mainstraße in seiner Leistungsfähigkeit geprüft worden sei. Außerdem habe man in Dorfprozelten, Kleinheubach und Laudenbach

Hochwasserhilfe leisten müssen. Zwei Personen seien mit dem Boot aus verzweifelter Lage gerettet worden.

Schick zeichnete ein ein-drucksvolles Bild der vielfältigen Ausbildung im Ortsverband im vergangenen Jahr. Vielfach seien Helfer aus Miltenberg bei Großübungen in Würzburg, Schweinfurt und Ochsenfurt als Prüfer eingesetzt worden. Neben einer regen Ausbildungstätigkeit – 21 Helfer haben an Lehrgängen teilgenommen, fünf den Bootsführerschein erworben – kam auch das Gesellige nicht zu kurz. K.

„Thema des Jahres“ beseitigt

Augsburg. Eis und Hochwasser brachten vor 33 Jahren das Ende eines Schwimmbaggers, der zur Kiesgewinnung in der Wertach im Bereich des Augsburgers Stadtteils Göggingen eingesetzt war. Von der Strömung wurde das gesunkene Wrack so mit Schlamm und Kies zugedeckt, daß nicht einmal in Trockenzeiten Teile des Geräts zu sehen waren.

Doch vor gut einem Jahr gab das Wasser wieder preis, was es sich einst genommen hatte: Die beiden Pontons – ca. eineinhalb Meter breit und zehn Meter lang – wurden freigespült und ragten an einer Stelle sogar aus dem Wasser. Plötzlich war der vergessene Bagger wieder im Gespräch. Von der örtlichen Presse wurde er gar zum „Thema des Jahres“ ernannt.

Doch bei der Erkundung durch einen THW-Trupp im Sommer bewegten sich die Pontons trotz

zweier Greifzüge keinen Zentimeter. Auch ein Unimog des Wasserwirtschaftsamtes scheiterte. Etliche Tonnen Kies in den beiden Schwimmern hielten sie fest am Grund der Wertach. „Ob Schnee oder Eis: Der Bagger muß raus“ lautete dann die Schlagzeile bei der Ankündigung eines neuerlichen Versuchs, das Gerät dem Fluß zu entreißen.

Im Januar wurde nun die Bergung des Wracks erneut in Angriff genommen. Mit einem Flußbagger ließ das Wasserwirtschaftsamt den Kies aus den Pontons schürfen. In einer gemeinsamen Aktion von Technischem Hilfswerk, Freiwilliger Feuerwehr und der Wasserwacht Göggingen wurden die nun wesentlich leichteren Überreste des „Baggers“ aus dem Flußbett gezogen.

Angehängt an zwei Seilwinden leistete das bisher so hartnäckige Überbleibsel wenig Widerstand. Von den Urgewalten des Wassers und dem Flußbagger vollkommen verbogen und zerbeult lagen beide Schwimmer bald auf dem Uferweg. Von den THW-Männern unter Zugführer Rainer Fischer und Bereitschaftsführer Olaf Müller wurden die Teile in transportfähige Einzelstücke zerlegt.

Meterlange Trennschnitte mit dem Schweißbrenner waren notwendig, ehe ein Schrotthändler die Stahlplatten abtransportieren konnte. Teile des Aufbaus – Laufachsen, Schürfkübel und Traversen – wurden von der Wasserwacht im eisigen Wasser gesucht und an die THW-Seilwinde angeschäkelt. Nach der erfolgreichen Bergung müssen sich nunmehr die Gögginger ein neues „Thema des Jahres“ suchen. V. G.



Der mit schwerem Atemschutz ausgerüstete Helfer wird in den Schacht abgelassen.

(Foto: Kandler)

25 Meter unter dem Müll

Deggendorf. Die Mülldeponie ist auf einer wasserundurchlässigen Tonschicht angelegt, die von einem Kanalsystem durchzogen ist. Schmutz- und Sickerwasser wird darin aufgefangen und an ein Klärwerk weitergeleitet. Zahlreiche Schächte, die den Müllberg vertikal durchstechen, entlüften das Netz. Durch einfallenden Unrat, Abrieb und in der Luft enthaltenen Staub verschmutzen sie und drohen die Kanäle zu verstopfen. Wie in der Vergangenheit schon mehrmals geschehen, wurde das THW um Hilfe gebeten.

Bei diesem Auftrag wurde an drei Stellen gearbeitet. In den 5, 20 und 25 Meter tiefen Brunnen, die einen Durchmesser von einem bis eineinhalb Metern haben, wurde zuerst mit einem Gasprüfgerät die Konzentration der Fäulnisgase überprüft.

Da Explosionsgefahr festgestellt wurde, mußte mit höchster Vorsicht zu Werke gegangen werden. Als erstes leitete man mit Belüftungsschläuchen Luft in den Grubensockel, um die Gase nach oben zu drücken.

Gleichzeitig bauten die THW-

Helfer über den Schächten einen Dreibeck auf, bzw. fuhren den Radlader in Position. Daran befestigte man ein Rollgliss, woran ein „Kanalarbeiter“ abgeseilt werden konnte. Ausgerüstet mit Schutzanzug und schwerem Atemschutz begann für die Helfer der Einsatz.

Meter für Meter seilten die sichernden Helfer ihre Kameraden in die Tiefe ab. Mit funkenfrei arbeitendem Werkzeug nahmen sie unter diesen außergewöhnlich schwierigen Bedingungen ihre Arbeit auf. Zuerst verstopften sie mit Hilfe der Dichtkissen die in verschiedenen Höhen befindlichen Zubringerrohre, um dann am Schachtsumpf die Ablagerungen in einen Eimer einzufüllen. Leider war dies nicht überall möglich, da zwei der Schächte am Boden unter Wasser standen, und so ein Einfassen der Schmutzkörper unmöglich war.

Dennoch konnten die gestellten Aufgaben größtenteils erledigt werden. Der Betreiber der Deponie zeigte sich erfreut über den Einsatz des THW. „Jetzt habe ich ein genaues Bild über den Zustand der Schächte und Kanäle und kann mich darauf einrichten“, meinte er zufrieden. E. K.



Zogen gemeinsam die Trümmer aus dem Wasser: THW und Feuerwehr.

(Foto: Göbner)



Deutsch-philippinische Gemeinschaftshilfe hat sich bewährt

Wirbelsturm-Opfer mit Lebensmitteln versorgt

Am 20. Oktober, 5. November und 7. November 1988 wurden die Philippinen von der seit Jahren schwersten Unwetterkatastrophe betroffen. Drei zeitlich kurz aufeinanderfolgende Wirbelstürme, mit Windgeschwindigkeiten bis zu 190 Kilometern pro Stunde, verwüsteten weite Teile der Inselrepublik und richteten Schäden in Milliardenhöhe an. Drei Monate half DRK-Delegierter Joachim Zollenz vor Ort. Dies ist sein Bericht.

Die den Stürmen nachfolgenden, äußerst schweren und lang anhaltenden Regenfälle verursachten weitflächige Überschwemmungen mit Wasserhöhen bis zu teilweise drei Metern und lösten Erdbeben größeren Ausmaßes aus.

Tausende Familien wurden von den Auswirkungen der Wirbelstürme betroffen. 947 Menschen starben in den Wassermassen oder wurden von Erdbeben verschüttet. 110 Menschen werden noch vermisst, und 616 wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Das Philippinische Rote Kreuz (PRK), in seinen Bemühungen, den Opfern der Naturkatastrophe Hilfe in Form von Lebensmitteln, Decken, Kleidung und medizinischer Versorgung zu leisten, richtete ein Hilfssuchen an die Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften mit der Bitte um Unterstützung. Die Liga ihrerseits sandte einen Aufruf an verschiedene nationale Rotkreuz-Gesellschaften, der ein durchaus positives Echo fand.

Seitens des DRK wurde der Aufruf der Liga dahingehend be-

antwortet, daß es einen Antrag an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) stellte, mit der Bitte um Bereitstellung von 872 000 Mark, die für den Ankauf von 639 Tonnen vom PRK benötigter Lebensmittel verwendet werden sollten.

Das BMZ erteilte seine Zustimmung und das DRK, wie in solchen Fällen üblich, entsandte mich als Beauftragten auf die Philippinen, um das PRK bei Ankauf und Verteilung der Lebensmittel zu unterstützen.

Start am 11. Dezember

Ich traf am 11. Dezember auf den Philippinen ein und nahm umgehend meine Tätigkeit im Rahmen des Katastrophenhilfsdienstes des PRK auf.

Nach Eingang der Gelder ging der Ankauf zügig vonstatten, und es wurden folgende Quantitäten erworben:

- 474 960 Tonnen Bohnen
- 38 998 Tonnen Sardinen
- 60 000 Tonnen Zucker
- 60 000 Tonnen Speiseöl

Die Verteilung

Bereits während des Eintreffens der ersten Teillieferungen im Zentralwarenlager des PRK begann die Verteilung an die Außenstellen nach einem bereits zu Beginn der Maßnahme ausgearbeiteten Plan. Nach den sich aus der Katastrophenlage ergebenden Notwendigkeiten wurden die aus den Mitteln des BMZ beschafften Güter vom Katastrophenhilfsdienst des PRK auf zwei Programme innerhalb der Gesamtaktion verteilt:

- Soforthilfeprogramm
- Zusatzernährungsprogramm

Wie weiter oben bereits erwähnt, wurde die DRK/PRK-Hilfsaktion unter der Leitung des Katastrophenhilfsdienstes (KHD) des PRK durchgeführt. In enger Zusammenarbeit mit den Außenstellen wurden die benötigten Mengen zusammengestellt und dann durch das Zentrallager an die Außenstellen verteilt. Sofern die Außenstellen eigene Transportkapazitäten besaßen, wurden diese zum Zentrallager geschickt, um die Hilfsgüter abzuholen. Standen keine eigenen Transportmöglichkeiten zur Verfügung, wurden die Güter mit vom IKRK bereitgestellten Fahrzeugen, per Flugzeug (philippinische Luftwaffe) oder Schiff (lokale Schifffahrtlinien) und auch mit privaten Spediteuren befördert.

Da es vorkam, daß die Menge eines Ausgabeauftrages in mehrere Sendungen unterteilt werden mußte, wurde jeder Sendung eine Bestätigungs- und Empfangsbescheinigung mit der Angabe über die Menge und Art der jeweiligen Sendung beigefügt, die vom Leiter der Außenstelle nach Erhalt der Sendung unterzeichnet und an den KHD zurückgeschickt werden mußte.

Wie sich gezeigt hat, ist das in das PRK gesetzte Vertrauen bezüglich des fachgerechten Einsatzes und der korrekten Verteilung von Hilfsgütern grundsätzlich gerechtfertigt. Eine Bestätigung dafür habe ich bei mehreren Verteilungen, an denen ich persönlich teilgenommen habe, gefunden.

Auch bei Besuchen verschiedener Zusatzernährungszentren konnte die gute organisatorische Abwicklung und der ernährungsfachgerechte Einsatz der Lebensmittel festgestellt werden. Die dort für die Kinder aus den Hilfs-

gütern zubereiteten Speisen waren von sehr gutem Geschmack und hohem Nährwert, besonders weil in vielen Zentren noch lokale Lebensmittel in das Zusatzernährungsprogramm einbezogen wurden.

Gemeinsam erfolgreich

Rückblickend kann gesagt werden, daß die gemeinsame Hilfsaktion des DRK und des Philippinischen Roten Kreuzes erfolgreich durchgeführt werden konnte. Es ist sicher, daß die große Einsatzbereitschaft und die unermüdeten Anstrengungen der Mitarbeiter des KHD des PRK die eigentlichen Urheber für den Erfolg waren. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß diesem Programm bereits einige Hilfsaktionen ähnlicher Art unter zu der Zeit noch schwierigeren Bedingungen vorausgegangen, ja z. T. gleichzeitig abgelaufen waren. Von daher ist es nur zu bewundern, mit welcher Energie diese Hilfsaktion durchgeführt wurde. An dieser Stelle muß vor allem die Leiterin des Katastrophenhilfsdienstes, Lourdes C. Masing, Erwähnung finden, deren ständiger Einsatz, profundes Wissen und große Kompetenz die Grundlagen für den Erfolg dieser Maßnahme zuzuschreiben sind.

Bereits mit Beginn des Programms wurde seitens des KHD des PRK darauf gedrungen, daß die Aktion auch der philippinischen Öffentlichkeit bekannt wurde. In mehreren Presseverlautbarungen hat die Presseabteilung des PRK daher auf die Aktion und ihren Verlauf hingewiesen, wobei der Anteil des BMZ eine besondere Erwähnung fand.

Dank gilt der deutschen Bot-

schaft, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz sowie allen Personen, die, obwohl nicht zum Roten Kreuz gehörend, auf die eine oder andere Weise mit zum Gelingen der Hilfsmaßnahme beigetragen haben.

Joachim Zollendz

Neue Präsidentin der Rotkreuz-Schwestern

Am 12. April 1989 verabschiedete der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. in Bonn seine bisherige Präsidentin Generaloberin Gisela Bohlken. Nach 15

am 1. März 1989 übernahm sie ihr Amt im DRK-Haus in Bonn.

Im Rahmen einer Feierstunde sprach DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein der verabschiedeten Präsidentin Generaloberin Gisela Bohlken Dank und Anerkennung aus. Prof. Dr. Dr. Theodor Schober hielt den Festvortrag über das Thema „Jeder Mensch hat seine Zeit“.

Zahlreiche Prominente, unter ihnen Bundesgeschäftsführerin der SPD und Mitglied des DRK-Präsidiums Anke Fuchs (MdB) und der Hauptgeschäftsführer der deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Klaus Prößdorf, sowie 250 Gäste aus den DRK-Schwesternschaften und Freunde



Verabschiedung und Neubeginn: DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein mit der scheidenden Präsidentin Gisela Bohlken (rechts) und ihrer Nachfolgerin Anne Seibold. (Foto: Zensen)

Jahren übergab sie ihr Amt an ihre Nachfolgerin Anne Seibold.

Generaloberin Anne Seibold wurde am 19. Mai 1988 in der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. zur neuen Präsidentin gewählt. Sie kommt aus der DRK-Alice-Schwesternschaft Mainz, die sie als Oberin seit 1983 leitet. Bereits

des Roten Kreuzes begrüßten die neue Präsidentin und wünschten ihr ein erfolgreiches Wirken.

Der Verband der Schwesternschaften betreut 35 DRK-Schwesternschaften im Bundesgebiet und in West-Berlin mit rund 19 200 Schwestern und Schwesternschülerinnen. Er unterhält 92 Schulen für Kranken- und Kinderkrankenpflege sowie Krankenpflegehilfe.

Hilfsprojekte für die am schwersten betroffenen Erdbebenopfer beschlossen

Das Deutsche Rote Kreuz hat beschlossen, seine weiteren Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen

auf die am härtesten betroffenen Menschen in Armenien zu konzentrieren.

Absolute Priorität haben folgende Projekte:

- Orthopädische Versorgung und Betreuung von über 200 amputierten Kindern und Erwachsenen in der DRK-Orthopädie-Werkstatt in Eriwan



Für das beinamputierte Kind ist die Prothese aus der orthopädischen Werkstatt des DRK eine große Hilfe.

- Medizinische Betreuung der querschnittgelähmten Erdbebenopfer durch ein internationales Rotkreuz-Ärzteteam
- Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der medizinischen



Das Container-Feldhospital des DRK in Stepanavan hilft bei der medizinischen Versorgung der Menschen.

schen Versorgung für kranke und verletzte Menschen in der zu 80 Prozent zerstörten Stadt Stepanavan – mehr als 800 Patienten pro Tag!

- Wiederaufbau von mehr als 200 Einfamilienhäusern in nachgewiesenen Härtefällen in Stepanavan und in Dörfern der Umgebung
- weitere Einzelfallhilfen in Härtefällen
- langfristige Wiederaufbaumaßnahmen (ein bis zwei Jahre) für total zerstörte medizinische

Einrichtungen in Stepanavan und Dörfern der Umgebung sowie für den Bau von Kindergärten

- Beteiligung am Bau der Rotkreuz-Rehabilitationsklinik in Eriwan

Das Hilfsprogramm von über 50 Millionen DM wurde einer unabhängigen Gutachterkommission zur Prüfung, Beratung und weiteren Begleitung vorgelegt. Das DRK wird sicherstellen, daß jede Spendenmark den unmittelbar Betroffenen nach dem Maß der Not zugutekommt und für die Spender eine größtmögliche Transparenz über die Verwendung der Spendengelder gewährleistet wird.



Container-Aufbau durch DRK-Helfer als Ersatz für zerstörte Gebäude.

Deutsch-französische Arbeitstagung Erste Hilfe

„Vorwärts Europa“ heißt die Devise, die nun auch im Bereich der Ersten Hilfe zu einem aktuellen Schlagwort geworden ist.

Vom 2. bis 5. März dieses Jahres trafen sich Vertreter des ASB und einiger ASB-Partnerorganisationen in der Bundesgeschäftsstelle in Köln zu einer Arbeitstagung Erste Hilfe.

Schon seit Jahren bestehen internationale Kontakte mit Partnerorganisationen des ASB, die in unregelmäßigen Abständen mit Gesprächen und gegenseitigen Besuchen aufrechterhalten wurden.

Neu ist aber eine Entwicklung, die vor zwei Jahren in Portugal anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung ihren Anfang nahm und zu Kontakten mit der französischen Ausbilderorganisation A.N.I.M.S. (Association Nationale des Instructeurs et Moniteurs de Secourisme) führte, die übergeordnet Ausbilder aus verschiedenen französischen Verbänden betreut.

Im November 1987 hatten zwei Mitarbeiter der Bundesschule die Gelegenheit, das zwanzigjährige Bestehen dieser Organisation als Gäste in Metz mitzufeiern. Durch die hierbei entstandenen freundschaftlichen Beziehungen entwickelte sich eine besondere Art

eines deutsch-französischen Gedankenaustausches, der anlässlich der 100-Jahr-Feier des ASB in Berlin weiter vertieft werden konnte.

So kam es zur Vereinbarung einer deutsch-französischen Erste-Hilfe-Tagung, an der neben Vertretern von A.N.I.M.S. auch Mitarbeiter des französischen Innenministeriums sowie des französischen Roten Kreuzes teilnahmen. Ziel dieser Tagung war es, die Inhalte der Ersten-Hilfe-Ausbildung in Deutschland und Frankreich vorzustellen und miteinander zu vergleichen, um eine Grundlage für die Vereinheitlichung der Ersten-Hilfe-Ausbildung in Europa zu schaffen.

Im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung in der Bundesgeschäftsstelle Köln wurden die pädagogischen Strukturen unserer Ausbildung erörtert, die methodischen Vorgehensweisen erläutert und alle praktischen Maßnahmen der Ersten Hilfe demonstriert. Besonders beeindruckt zeigten sich die fünf Gäste aus Frankreich von den Inhalten und der optischen Aufbereitung unserer Ausbildungsmedien (Folien).

Die Gespräche und Diskussionen deckten bis ins Detail alle inhaltlichen Besonderheiten ab, so daß letztlich festgestellt werden konnte, daß die Verfahrensweisen in beiden Ländern in vielen Bereichen völlig übereinstimmen und nur in ganz wenigen Details voneinander abweichen. Insgesamt wurde aus dieser Arbeitstagung ein Intensivkurs in Erster Hilfe, der keine Frage offenließ, für beide Seiten jedoch detaillierte Nacharbeit und Prüfung der jeweils anderen Argumente erfordert.

Neben den intensiven Arbeitsgesprächen bildeten eine Stadtbesichtigung und freundschaftliche Gespräche mit unserem Bundesarzt, Dr. Friedhelm Bartels, und Mitarbeitern der Bundesschule ein Rahmenprogramm, das allen Beteiligten ein bißchen Entspannung brachte und die Veranstaltung insgesamt zu einem unvergeßlichen Erlebnis machte.

„Vorwärts Europa“ bleibt also nicht nur ein Schlagwort, sondern mit Sicherheit eine Herausforderung, der wir uns auf der Grundlage dieser neugeschaffenen und freundschaftlichen Kontakte auch in Zukunft gerne stellen werden!

Peter Goldschmidt



Die Teilnehmer der Tagung (v.l.n.r.): A. Herrmann, A. König und P. Goldschmidt von der ASB-Bundesschule, ASB-Bundesgeschäftsführer W. Müller, Frau Sorrentino (Französisches Innenministerium), Prof. M. Sabathié (A.N.I.M.S.), Frau J. Huget (A.N.I.M.S.), M.J. Fidaly (Französisches Innenministerium) und M.M. Thevenet (Französisches Rotes Kreuz). (Foto: Schmoll)

Hilfsaktion für Armenien geht weiter

ASB kümmert sich um Wiederherstellung von Krankenhäusern in Leninakan

Die Stadt Leninakan im sowjetischen Armenien wurde bei dem schweren Erdbeben am 7. Dezember 1988 zu ca. 80 % zerstört. 25 000 Menschen kamen dabei ums Leben. Zerstört waren damit alle Krankenhäuser, lediglich ein ehemals als Krankenhaus benutztes Gebäude konnte vom ASB reaktiviert werden.

Dem Arbeiter-Samariter-Bund ist es nach zähen Verhandlungen gelungen, ein völlig erhaltenes, neues, dreistöckiges Gebäude als Krankenhaus mit 90 Betten umzu-

funktionieren. Einrichtung und Personal des alten, reaktivierten Krankenhauses werden nun in das neue, gut erhaltene Gebäude umziehen können.

Darüber hinaus soll auch die Ausstattung eines provisorisch errichteten Kinderkrankenhauses vervollständigt werden. Dort soll die Bettenzahl künftig 230 betragen.

Für beide Krankenhäuser sind weitere medizinische Geräte und Arbeitsmaterial notwendig.

Um diese beiden Projekte kümmert sich der ASB nicht zuletzt deshalb, weil in Leninakan bisher keine größeren Wiederaufbauhilfen aus der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind. Der ASB ist somit die einzige Hilfsorganisation, die in Abstimmung mit dem armenischen Gesundheitsminister, den örtlichen Behörden und der Partei in Leninakan künftig tätig wird.

ASB erprobt neuen Rettungstransportwagen

Seit April dieses Jahres ist ein neuer Rettungstransportwagen bei verschiedenen Ortsverbänden des ASB im Einsatz. Rund um die Uhr wird das neue Modell im Rettungsdienst erprobt und auf seine Tauglichkeit hin überprüft.



Die Firma IVECO-Magirus AG hat einen Rettungswagen auf einem Fahrgestell des DAILY 40-10 Turbo-Diesel von der Firma Miesen in Bonn aufbauen lassen. Angeregt von einem ASB-Mitarbeiter erklärte sich IVECO-Magirus bereit, über die Produktion von Lkws hinaus, einen DIN-gerechten Rohbau für einen Krankentransportwagen herzustellen.

Das Fahrgestell hat den großen Vorteil, daß keine Karosseriebauarbeiten nötig sind, so daß ein geringerer Anschaffungspreis möglich ist. Weitere besondere Eigenschaften des Fahrzeuges sind ein geräumiger Behandlungsraum (entspricht dem DB 510) und sehr gute Fahreigenschaften (vergleichbar mit einem Pkw). Das Modell ist daher als Kombiwagen oder für den Behindertenfahrdienst zu empfehlen.

In der Ausstattung, wie das Fahrzeug dem ASB zur Verfügung gestellt wurde, beträgt der Anschaffungspreis ca. 100 000 DM, das Grundfahrzeug (Modell 30/8V) kostet 30 000 DM.

Die Erprobungszeit läuft bis Ende September. Interessenten können das Fahrzeug auch auf der Internationalen Automobil-Ausstellung vom 15.-24. September 1989 in Frankfurt besichtigen.

Ulrich Scheidweiler

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

ASB beteiligt sich an Aktionen

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr verschiedene Veranstaltungen zum 40jährigen Bestehen unseres Landes geplant und den ASB um Teilnahme an folgenden Veranstaltungen gebeten:

Leistungsschau Bevölkerungsschutz am 7. Oktober 1989 in Frankfurt

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird der ASB sich bei der Darstellung der Hilfsorganisationen beteiligen. Spezielle Fahrzeuge und Geräte sowie Schautafeln werden die Arbeit des ASB auf diesem Gebiet demonstrieren. Der Landesverband Hessen übernimmt dabei federführend die Vorbereitungsarbeiten.

Informationstag „Dritte Welt“ am 12. September 1989

Seitens des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenar-

beit (BMZ) sind die Orts- und Landesverbände des ASB gebeten worden, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, welche Auslands- und Katastrophenhilfen der ASB durchführt bzw. durchführen kann.

Der ASB-Bundesverband wird die Auftaktveranstaltung am 11. September 1989 nutzen, um in Bonn seine Aktivitäten vorzustellen.

Bürgertag mit Bundesfest am 23. September 1989 in Bonn

Der ASB wird auch diesen Termin wahrnehmen, um seine Aktivitäten vorzustellen. Ein erstes Treffen zwischen dem ASB Nordrhein-Westfalen, dem ASB Bonn und dem Bundesverband hat bereits stattgefunden.

In einem großen Rundzelt sind verschiedene Aktionen geplant (Werbefilm, Informationsstände, Spielmobil, musikalische Darstel-

lungen, Demonstration des Hausnotrufs). Rettungsfahrzeuge sollen um das Zelt herum plaziert werden. Darüber hinaus wird man sich bemühen, Prominente als Moderatoren zu gewinnen.

Für Kulinarisches wird ebenso gesorgt sein, wie für Zubringerdienste für Rollstuhlfahrer. Die Vorüberlegungen sind noch nicht ausgereift, doch war man sich einig, daß der ASB diese Möglichkeit nutzen sollte, um möglichst umfassend über seine Dienste zu informieren und mit Hilfe eines attraktiven Rahmenprogramms viele Besucher zu gewinnen.

Über weitere Beschlüsse diesbezüglich wird in Rundschreiben bzw. Rundbriefen informiert. Anregungen nimmt die Pressestelle des ASB-Bundesverbandes gern entgegen (Tel.: 02 21/4 76 05 24, Frau Meyer).

Ehrenamt – na klar...

Einer alten Frau beim Essen, einem Behinderten beim Anziehen helfen, dem Kranken vorlesen und Umschläge machen... und alles nach einem anstrengenden Acht-Stunden-Tag, nach nervigen Schulstunden, nach aufreibender Hausarbeit. Der Lohn: ein dankbares Lächeln, ein Händedruck, ein freundliches Wort vielleicht, manchmal noch nicht einmal das. Das ist Ehrenamt, das ist freiwillige Arbeit, unbezahlter Dienst am Nächsten, Idealismus zum Nulltarif.

Kein Wunder, daß diese Art Amt nicht gerade die populärste ist. Gerade heute, wo der Individualismus und die Selbstverwirklichung zum Lebensmaßstab geworden sind, reißt sich kaum einer um karitative Tätigkeiten.

„Der Staat soll doch dafür sorgen“, sagt man so leicht dahin, denkt mit Groll an die hohen Steuern, die „man für Soziales verwenden sollte“, und vergißt ganz schnell den Alten nebenan, die Kranke im Nachbarhaus, den Behinderten an der Bushaltestelle. Ehrenamt, na klar, sagen viele und denken dabei vornehmlich an Sport und Schule. Aber der Zuwachs der ehrenamtlichen Helfer in den Hilfsorganisationen stagniert, die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Dies ist gerade deshalb problematisch, weil in Zukunft auf die Johanniter-Unfall-Hilfe und andere Hilfsorganisationen immer mehr Aufgaben im sozialen Bereich zukommen. Erklärlich wird das vor allem durch die veränderte Gesellschaftsstruktur: Die Zahl der jungen Menschen nimmt ständig ab, während der Anteil der älteren und alten Bürger stetig wächst. Somit steigt

auch die Rate derer, die schwach und kränklich oder gar schwerkrank und pflegebedürftig sind. Diese Mitbürger darf man nicht allein lassen, ihr Wohlergehen und ihr menschenwürdiges Dasein auch in Krankheit oder Alter sind eine Herausforderung, die nicht nur dem Staat, sondern jedem einzelnen gilt. Aber die Bereitschaft, für andere dazusein, nimmt immer mehr ab.

Die Begriffe „Selbstverwirklichung“ und „Egoismus“ liegen nah beieinander. Doch zu unser aller Glück gibt es Ausnahmen: Menschen, die die Herausforderung des Ehrenamtes annehmen und hierin auch eine Chance für sich und andere sehen.

z. B. Andrea aus Berlin

Mit 14 fing es an. Aber es war nicht Liebe auf den ersten Blick, auch nicht auf den zweiten. Eigentlich begann alles recht zaghaft: Andrea Speitel, waschechte

Berlinerin, war zum Bundeswettkampf der Johanniter gefahren, nur so aus Neugier. Dort wurde sie zu den „Hilfstruppen“ abgestellt: Buttons drücken, Popcorn rösten... Doch es machte Spaß. „Die Kameradschaft war toll“, erinnert sich Andrea. Heute mit 18 ist sie froh, daß sie dabei blieb. „Der Bundeswettkampf damals wurde mir zum Verhängnis, denn in der Johanniter-Jugend hier in Berlin konnte ich mich so richtig engagieren.“ Für Andrea war die Kameradschaft unter den Jugendlichen ausschlaggebend. Bald fuhr sie mit bei Rettungseinsätzen, leistete Erste Hilfe bei Gemeindefesten, verkaufte begeistert Popcorn und Maiskolben, um die JUH-Jugendkasse zu füllen. Ihre Freizeit wurde immer mehr von ihrem neuen Job eingenommen: Ausbildung in Erster Hilfe, Fortgeschrittenen-Lehrgänge, Sanitätshelferin. Ihre Eltern – anfänglich skeptisch – förderten das Engagement. „Besser bei der

Johanniter-Jugend als in der Drogenszene.“

Bei den Johannitern Berufsziel entdeckt

Heute nach rund vier Jahren hat Andrea die Eignung zur Ausbilderin, unterrichtet die Berliner in Herz-Lungen-Wiederbelebung. „Man muß Ziele haben“, sagt sie selbstbewußt, und ohne zu überlegen, nennt sie ihren Berufswunsch: ‚medizinisch-technische Radiologie-Assistentin. Die Johanniter haben ihr Interesse an der Medizin geweckt.

Ist Hilfe selbstverständlich?

Erwartet sie eine Belohnung für ihr Ehrenamt? Ja, sie freut sich über den Händedruck des Pflegebedürftigen, das dankbare Lächeln eines alten Menschen, sucht Anerkennung bei den Hauptamtlichen. „Manchmal bin ich überrascht und enttäuscht, wenn Menschen unsere Hilfe so selbstverständlich hinnehmen.“

Ehrenamtliches Engagement in der JUH, z. B.:

Die Hausfrau:

„...also, ich möchte nicht, daß man meinen Namen so hervorhebt, ich hab' es ja nicht allein gemacht. Ohne die tatkräftige Mithilfe von unseren ehrenamtlichen Helferinnen würde in der Altenarbeit nichts laufen. 1970 haben wir angefangen, ganz klein. Wir haben Alte besucht, für sie eingekauft, mit ihnen Ausflüge gemacht. Später entstand eine Altentagesstätte daraus, inzwischen gibt es das ‚Johanniterheim‘ für 120 Personen. Dort findet täglich offene Altenarbeit statt, viele verschiedene Aktivitäten. 16 Frauen helfen mit. Die Arbeit macht mir und uns allen



Im Umgang mit dem Kleincomputer übt Andrea mit anderen Berliner Johanniter-Jugendlichen die Bedienung der Hausnotruf-Zentrale.

großen Spaß, wir sind Johanniter durch und durch...“

Ingeborg Knops
Leiterin der Altenarbeit in Velbert

Der Studienrat:

„Es macht mir große Freude, bei den Johannitern dabeizusein, aber zwei Nachmittage in der Woche gehen schon drauf. Ich bin bei der JUH außerdem Rechnungsprüfer für den Landes- und Bundesverband, Bundesdelegierter und fahre hier bei uns Krankenwagen. Kennengelernt habe ich die Johanniter als Schüler.“

Klaus Preuß
Schatzmeister im Kreisverband
Darmstadt

Der Pensionär:

„...alles begann vor etwa zehn Jahren. Ich habe mit Jugendlichen unserer Kirchengemeinde Fahrradtouren unternommen. Dabei ergab sich die Notwendigkeit, daß sich einer von uns in Erster Hilfe schlaue macht.



Die Betreuung von Behinderten bereitet Andrea und ihren Kameraden Freude.

Ich habe dann gleich einen Erste-Hilfe-Kurs bei der JUH gemacht, und bald wurde ich von einigen Johannitern überredet: Es wurde nämlich ein Mann für den Katastrophenschutz gesucht. Die Arbeit macht mir riesigen Spaß!“

Hans Joachim Fuß
Beauftragter für Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein

Die Jugendleiterin:

„Ich bejahe das christliche Menschenbild und finde viele Ansprüche in der JUH wieder, die auch in meiner Arbeit täglich für die Erziehung junger Menschen gelten. Mein Ehrenamt betrachte ich als Ergänzung meiner hauptberuflichen Tätigkeit. Viele meiner ehemaligen Helfer, Schüler und Schülerinnen haben auch einen medizinischen Beruf ergriffen. Über die Johanniter kam ihr Interesse an der Medizin.“

Ingeborg Schöniger
ab April 1989 Ortsbeauftragte
in Gronau

Johanniter machen Behinderte mobil

Großes Engagement der JUH beim Kirchentag in Berlin

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin werden 120 000 Teilnehmer erwartet, zur Eröffnungsveranstaltung auf dem Ku-Damm sogar 200 000, und bei der Schlußveranstaltung wird mit einem vollen Olympiastadion gerechnet. Die Sanitätsversorgung für Veranstaltungen dieser Größenordnung verlangt eine generalstabmäßige Planung. Unter der Federführung der Johanniter-Unfall-Hilfe werden alle vier Hilfsorganisationen für die Sicherheit auf dem Messegelände und bei allen externen Veranstaltungen sorgen.

So stehen insgesamt 400 ehrenamtliche Helfer von Johanniter-Unfall-Hilfe, Deutschem Roten Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und Malteser-Hilfsdienst nur für den Sanitätsdienst bereit. Von ihnen werden 200 ständig im Einsatz sein. Sie sind u. a. mit mehr als 20 Rettungs- und Krankenwagen ausgestattet. Im Messezentrum ist überdies eine Sanitätsstation mit 20 Betten unter ärztlicher Betreuung eingerichtet.

Auch im Behindertenfahrdienst ist die Johanniter-Unfall-Hilfe aktiv. Damit gehbehinderte Kirchentagsbesucher die verschiedenen Veranstaltungsorte besuchen können und auch zu ihrer Unterkunft zurückgelangen, wird ein spezieller Fahrdienst eingerichtet. Hier stehen die Johanniter mit 20 zusätzlichen Fahrzeugen und 100 Helfern bereit.

Behinderte, die diese Angebote nutzen wollen, können die zuständige Einsatzzentrale während des Kirchentages unter der Telefonnummer 8 80 03 71 erreichen.

Johanniter-Jugend engagiert sich

Schon seit mehr als einem halben Jahr bereiten sich die Berliner Mitglieder der Johanniter-Jugend – federführend für ihre Kameraden aus dem Bundesgebiet – auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag vor. Neben ihrem sozialen Engagement als Helfer für Behinderte werden sie mit einem selbst entworfenen Stand unter

dem Motto „Hände, die helfen“ präsent sein. Die Fotogruppe der Johanniter-Jugend zeigt in eindrucksvollen Aufnahmen, daß das Helfen für die Johanniter immer auch eine Geste menschlicher Wärme ist. So konkretisieren die Jugendlichen ihr Verständnis von Diakonie.

Aus dem Bundesgebiet haben zahlreiche Jugendgruppen der Johanniter ihre Unterstützung zugesagt. Bis heute haben sich über 150 jugendliche Helfer – Schüler, Studenten und Auszubildende – zur aktiven Teilnahme gemeldet. Sie opfern einen Teil ihres Urlaubs oder ihrer Freizeit für die Betreuung von behinderten Kirchentagsteilnehmern. Die Johanniter-Jugendlichen werden für Rollstuhlfahrer und stark Gehbehinderte einen Rollstuhlschiebedienst durchführen.

Soziales Engagement dargestellt

Die Berliner Johanniter stellen ihr Engagement im Bereich der

Sozialen Dienste auf einem Gemeinschaftsstand mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe dar.

Die Zahl der Kranken, Behinderten und älteren Menschen, die im täglichen Leben auf Hilfen angewiesen sind, nimmt immer mehr zu. Berlin bietet hier noch eine zusätzliche Besonderheit mit seinem hohen Anteil älterer Mitbürger. Die Sozialen Dienste der Johanniter-Unfall-Hilfe ermöglichen es, den eigenen Haushalt aufrechtzuerhalten und in der vertrauten Umgebung leben zu können.

Die Johanniter betreuen an 235 Stellen, verteilt über das gesamte West-Berliner Stadtgebiet, Behinderte und Pflegebedürftige mit dem Hausnotrufsystem AKKONTEL. Oft ergeben sich hierbei Anknüpfungspunkte zur weiteren Unterstützung der Teilnehmer durch andere Soziale Dienste der Johanniter.

Durchgefallen und wieder aufgemotzt

Medizinische Technik für Entwicklungsländer

Die Verkleidung sauber poliert, mit blank geputzten Speibecken und komplett bestückten Bohrköpfen, auf einer Palette montiert, wird sie vorsichtig in die Seekiste gehoben. Für den Besitzer war sie nur noch Schrott wert, für uns ist sie ein Juwel – eine zahnärztliche Behandlungseinheit, die den neuesten gesetzlichen Bestimmungen in der Bundesrepublik nicht mehr entspricht. Zusammen mit einem Röntgengerät und einem Behandlungsstuhl tritt sie wohl ihre längste Reise an: Nach Bogota zur Ambulanz der Malteser-Assoziation von Kolumbien.

Über den Sinn und Unsinn medizinischer Technik reden sich die Fachleute seit Jahren die Köpfe heiß. Den großen namhaften deutschen Medizingeräte-Herstellern wird vorgeworfen, unangepasste und hochmoderne Hightech in Entwicklungsländer zu liefern. Dies erfolge zum Teil ohne den zwingend erforderlichen Wartungs- und Instandsetzungsservice, vor allem aber ohne qualifizierte Anleitung des Bedienpersonals.

80 % dieser Geräte – so schätzt man – stehen nutzlos herum und haben zuvor die Budgets der Entwicklungshilfe in Millionenhöhe strapaziert. Die Unternehmen reagieren prompt. Die Firma Dräger beispielsweise liefert eigenen Angaben zufolge kein Gerät mehr in Länder aus, in denen kein Service-Netz besteht. Gleichzeitig wurde angepasste Technologie für den „Feldeinsatz“ entwickelt. Energie-unabhängige Inkubatoren und Ätherverdampfer für die einfache Anästhesie entstanden, tragbare Narkosegeräte in einfacher druckmechanischer Bauweise.

Doch die Bestellungen blieben aus. Wahrscheinlich fühlen sich viele Verantwortliche für das Ge-

sundheitswesen in den Entwicklungsländern nicht angesprochen – oder gar diskriminiert? Vielleicht aber war weiterhin Hochtechnologie zu haben, weil sie finanziert wurde – eine der „Todsünden“ der Entwicklungshilfe.

Um dem zögerlichen Absatz von Einfach-Technik abzuwehren, aber auch um die Importbarrieren in den Entwicklungsländern zu umgehen, baute z. B. das Drägerwerk mit seiner Tochter in Brasilien eigene Produktionsstätten auf. Siemens deckt den größten Teil des Gerätebedarfs an Röntgenapparaten mit Herstellungs- und Vertriebsniederlassungen in Indien. Andere europäische Hersteller und US-amerikanische Firmen reagieren ähnlich. Und doch bleibt ein immenser Bedarf ungedeckt. Medizinische Technik – auch das ist in den Entwicklungsländern nur etwas für Reiche.

Nur etwas für Reiche

In Brasilien quillen die Ambulanzen der allgemein-medizinischen staatlichen Krankenhäuser über. Notfallpatienten warten Trage an Trage in riesigen Sälen auf ihre Behandlung. Ärzte hasten von einem Patienten zum anderen, untersuchen nur flüchtig, verschreiben, was eh nicht zu bezahlen ist, und wenden sich dem nächsten zu. Diagnostische Untersuchungen unterbleiben – sie kosten Geld und qualifiziertes Personal fehlt, und in den meisten Entwicklungsländern gibt es beides nicht. Neben an in der Abteilung für „Private“ gibt es beides, doch die Patienten fehlen – Reiche werden seltener krank.

In den letzten Jahren wurden viele Basisgesundheitsprogramme initiiert. Hygiene und Ernährungsprobleme, Immunisierungen und Mütterberatungen ste-

hen dabei im Vordergrund. Vom kleinen Ein-Mann-Gesundheitsposten bis zur einfachen Vorstadtklinik entstanden angepasste Gesundheitsideen – ein erstes Ergebnis der entwicklungspolitischen Ernüchterung. Doch die medizinische Technik – auch die einfachste – bleibt außen vor, weil sie unbezahlbar ist. Auch heute und auf mindestens zwei Jahrzehnte hinaus wird das so sein.

Vermittlung durch Malteser

Neben anderen Initiativgruppen bemüht sich die Malteser-Nothilfe verstärkt um die Vermittlung angepasster Second-Hand-Technologie in Entwicklungsländern. Insbesondere medizinische Geräte, die hier nicht mehr der neuen medizinischen Geräteverordnung entsprechen, spielen eine wichtige Rolle. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß im Bereich der komplexen Medizintechnik (z. B. röntgen- und labor-technische Anlagen, Beatmungsgeräte u. ä.) der Einsatz bis zu 10 Jahre alter Geräte internationaler Hersteller sinnvoll ist.

So sind bereits Anästhesiegeräte von Dräger und Röntgenapparate von Siemens in Brasilien und Kolumbien im Einsatz.

Dräger-Inkubatoren aus 2. Hand gehören zur Technik des St.-Justus-Kinderhospitals in Buenos Aires. Für den Malteser-Kindergarten von Brasilia und die Ambulanz von Bogota sind komplette zahnmedizinische Behandlungseinheiten unterwegs. Die neue fachärztliche Ambulanz der Malteser in Salvador kann in absehbarer Zeit nahezu komplett eingerichtet werden. Das sozialmedizinische Zentrum der Malteser in Sao Paulo wird erstmals ein Ultraschallgerät einsetzen können.

Mangelnde Kooperation

So wirksam diese Hilfen vor Ort sind, so kritisch werden sie von den deutschen Herstellern bewertet. Die Kooperation beim technischen Check, der am Anfang einer jeden Reise steht, ist fast gleich Null. Siemens-Dental in Düsseldorf lehnt es rundweg ab, auf eine zahnmedizinische Behandlungseinheit aus 2. Hand auch nur einen „müden Blick“ zu werfen. Auf den Vorwurf, zu sehr vertriebspolitische Interessen in den Vordergrund zu stellen, reagierte die Siemenszentrale in Bensheim prompt. Sie bot Dental-Techniker-Kurse für Ehrenamtliche an und sagte den technischen Check einer zum Versand anstehenden Einheit zu.

Deutlich reservierter verhält sich das Dräger-Werk in Lübeck. Europas namhaftester Hersteller für Atemtechnologie bewertet den Technologietransfer von Gebrauchtgeräten negativ. Neben einer erhöhten Reparaturanfälligkeit aufgrund des fortgeschrittenen Lebensalters und der damit verbundenen Ersatzteilproblematik führen die Lübecker vor allem die Verschiedenartigkeit der nach deutscher Norm produzierten Geräte von denen der Entwicklungsländer ins Feld. Wartungsarbeiten könnten von Tochterfirmen entweder gar nicht oder nur in unzureichender Qualität ausgeführt werden. Schließlich schreckte die norddeutsche Elitefirma das US-amerikanische „Pudelurteil“ auf, bei dem der Hersteller eines Mikrowellenherdes wegen der unterlassenen Warnung bezüglich der Benutzung bei Tieren (eine Kundin hatte ihren Pudel darin trocknen wollen) zu Schadensersatz verklagt worden war.

Zwar sind die mit der Wartung verbundenen Probleme einleuchtend, aber die übertriebene Angst

vor technischem Versagen ist nicht nachvollziehbar. Oder doch? Wir wären dann so weit, daß juristisch exzessive Regreßansprüche US-amerikanischen Rechts lebenswichtige technische Hilfen blockieren.

Statt über amerikanische Schoßhündchen nachzudenken, könnte auch mal ein Gedanke darüber „verschwendet“ werden, ob ein Second-hand-Assistor nicht doch das sterbende Baby in einem Budapester Staatskrankenhaus hätte retten können, ob der faulende Unterschenkel eines Leprösen in Brasilien nicht doch mittels ausrangierter Anästhesiegeräte amputiert und ob die Lungentuberkulose einer Favelamutter von sieben Kindern nicht doch rechtzeitig mit einem Röntgengerät erkannte hätte werden können. Gedanken, die auch den namhaften deutschen Medizingeräte-Herstellern gut täten.

Soziales Recycling

Natürlich ist der Einsatz von Second-hand-Geräten problematisch. Neben der Wartung und Instandhaltung spielen labile elektrotechnische Gegebenheiten und die Unterqualifizierung des örtlichen Personals eine zusätzliche Rolle. Schließlich wäre auch die fast schon abgedroschene Phrase ins Feld zu führen, nach der nur im Entwicklungsland selbst produzierte Güter wegen der damit verbundenen Belegung der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung angeschafft werden sollen. Wie lange aber will man darauf noch warten, zumal die Schere des Lebensstandards zwischen Arm und Reich immer mehr auseinanderklafft und die Schuldenproblematik immer drückender wird?

Ist es nicht längst an der Zeit, daß die deutschen Hersteller im Sinne eines sozialen Recyclings durch Kooperation bei der Prüfung technischer Geräte ihr ramponiertes Firmenimage aufpolieren sollten? Hätten nicht auch sie Vorteile von der Präsenz ihrer Geräte in den jeweiligen Ländern, und würde nicht auf diese Weise bereits ein latentes Nachfragepotential für Neugeräte geschaffen? Lassen sich damit nicht zuletzt legitime Marketing-Interessen mit entwicklungspolitischer

Überlebenshilfe verbinden? Für die Medizintechnik in den Entwicklungsländern wäre dies ein erster wichtiger Schritt.

Und noch eines: Wenn alles in allem unsere Bemühungen um einen sinnvollen Einsatz angepaßter medizinischer Technik erfolgreich sind, so haben wir dies in erster Linie den zahlreichen Diözesan- und Ortsgliederungen des Malteser-Hilfsdienstes zu verdan-

Nach einer knapp 12monatigen Entwicklungs- und Konzeptionsphase sowie einer praktischen Erprobung in mehreren Diözesangliederungen ist es nun endlich soweit: Die neue Ausbildungsvorschrift „Erste Hilfe“ (AV 1) und der entsprechende Foliensatz sind fertiggestellt und stehen für unsere Ausbildung bereit. Es ist an der Zeit, kurz darzustellen, warum und wie es zu der hinsichtlich Themenauswahl und methodisch-didaktischem Konzept veränderten Ausbildungsvorschrift gekommen ist.

Die Zeichen standen schon eine Weile auf Veränderung: Die vier ausbildenden Hilfsorganisationen (ASB, DRK, JUH und MHD) sahen sich zunehmender Kritik wegen zu geringer Effizienz ihrer Schulungen und aus den Erfordernissen der Notfallrealität zu wenig orientierter Themenauswahl gegenüber. Auch eigene Untersuchungen wiesen Defizite aus. Den endgültigen Wendepunkt markierte im Oktober 1987 die Fachtagung „Erste Hilfe“ in Hennef; ihre Ergebnisse zeigten konkrete Wege der Verbesserung auf:

- Unterrichtung der Herz-Lungen-Wiederbelebung in der Breitenausbildung, um der Verschiebung von traumatischen hin zu internistischen Notfällen im Notfallspektrum Rechnung zu tragen.

- Steigerung der „Behaltensleistung“ der Teilnehmer und damit Erhöhung der Effektivität durch stärkeren Praxisbezug.

ken, die bereit sind, uns über die Abgabe dieser Geräte zu informieren. Viele liefern auf eigenen Fahrzeugen dieses Material kostenlos an.

Wir möchten in diesem Zusammenhang allen ehren- und hauptamtlichen Maltesern danken, die sich für die Vermittlung, den Transport und die Wiederaufarbeitung medizinisch-technischer Second-hand-Geräte eingesetzt

haben. Diese Leistungen sind ein wichtiger Beitrag zur Förderung sozialer Initiativen der Malteser in den Entwicklungsländern und für die Armen ein unentbehrliches Hilfsangebot.

Kontaktadresse: Malteser-Nothilfe e.V., Obenmarspforten 21, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 23 46 60.

Endlich am Ziel

Die neue Ausbildungsvorschrift „Erste Hilfe“

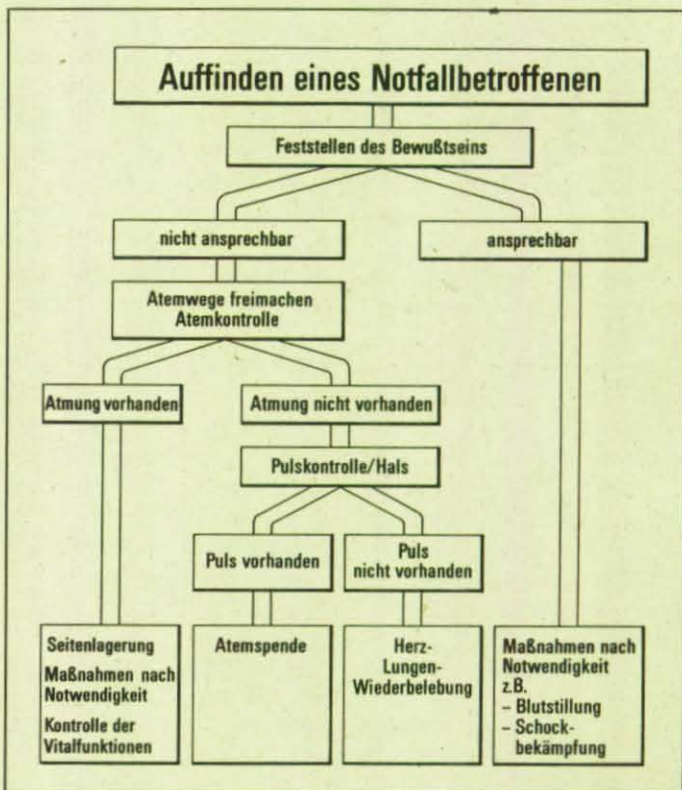
- Erhöhung der Attraktivität der Lehrgänge durch die Ansprache bestimmter Zielgruppen.

Diese Forderungen bildeten den Ausgangspunkt der Arbeit eines Gremiums aus Vertretern der vier ausbildenden Hilfsorganisationen auf Bundesebene. Konkretes Ergebnis war zunächst die Einigung auf ein EH-Konzept mit integrierter HLW, dem gegenüber einer isolierten Breitenausbildung auf diesem Gebiet eindeutig der Vorzug gegeben wurde. Als nächster Schritt folgte die Festlegung auf einen gemeinsamen Themenkatalog, auf dessen Basis

die einzelnen Organisationen ihre Lehrwerke erstellen sollten.

Konkrete Ansprache

Für die Malteser stand im Vordergrund der weiteren Überlegungen die Frage, wie die Forderung nach Steigerung der Effizienz umgesetzt werden könnte. Es erschien in diesem Zusammenhang unerlässlich, unseren Ausbilderinnen und Ausbildern vermehrt methodische und didaktische Hilfen zur Vermittlung des Lehrstoffes anzubieten. Diese sollten vor allem jungen, noch



unerfahrenen Ausbildern von Nutzen sein, aber auch „Altgedienten“ Wege aufzeigen, das alte Fahrwasser zu verlassen.

Es muß noch einmal betont werden, daß es sich hier um Vorschläge handelt und nicht um den Versuch, die Ausbilder ans „pädagogische Gängelband“ zu nehmen. Ob die Angebote genutzt werden, bleibt jedem selbst überlassen. In jedem Fall müssen die Ausbilder aber zur konkreten Ansprache der jeweiligen Zielgruppe aufgefordert werden, indem mit gezielter Auswahl der Fallbeispiele die Aufmerksamkeit

und das Interesse der Teilnehmer wachgehalten werden sollte. Ein stärkerer Realitätsbezug soll durch vermehrte praktische Übungen und den Aufbau des Gesamtkonzepts nach den praktischen Erfordernissen am Notfallort zu erzielen sein. Zu diesem Zweck wurden alle Maßnahmen in ein logisches, umfassendes Handlungsschema eingebettet.

Anhand dieses Schemas wurden dann nach und nach die einzelnen Doppelstunden erstellt, die ständig von Fachleuten gegengelesen und mit Anmerkungen und Änderungswünschen verse-

hen wurden. Im Anschluß erfolgte die Einarbeitung der Verbesserungsvorschläge und der Abgleich mit den anderen Hilfsorganisationen.

Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß die jetzt vorliegende AV 1 nicht das Ergebnis einer Planung am grünen Tisch ist, denn das überarbeitete Konzept wurde von sechs ausgewählten Diözesen in einer Reihe von Lehrgängen praktisch erprobt. Die Ergebnisse dieses Probelaufs waren besonders wertvoll, weil sie einige „Knackpunkte“ offenlegten, die zu einer neu-

erlichen Überarbeitung – insbesondere der Neugestaltung der gesamten I. Doppelstunde – führten. Mit dem von den Leitenden Ärzten im MHD abschließend verabschiedeten Lehrwerk können nun die Diözesan-Ausbildungsreferenten die Einweisung der Ausbilder und Ausbilderinnen vornehmen.

Und nun? Nun ist es an unseren Ausbilderinnen und Ausbildern, die Teilnehmer getreu dem Motto „Ausbilden mit Kopf, Hand und Herz“ zu qualifizierten Ersthelfern zu machen!

W. Müller/G. Saxler-Schmidt

Die Inhalte der neuen AV 1 auf einen Blick...

- | | |
|--|---|
| <p>1. Doppelstunde Eröffnung und Begrüßung
Lernzielpräsentation
Notwendigkeit zur Hilfeleistung
Verpflichtung zur Hilfeleistung
Definition des Begriffs „Notfall“
Ohne Sauerstoff kein Leben
Rettungskette
Feststellen der Vitalfunktionen
Zusammenfassung</p> | <p>5. Doppelstunde Wiederholung
Fortsetzung der Übungen der Herz-Lungen-Wiederbelebung
Akute Erkrankungen der Herzkranzgefäße
Schlaganfall (Apoplexie)
Asthma
Unfälle durch elektrischen Strom
Zusammenfassung</p> |
| <p>2. Doppelstunde Wiederholung
Bewußtlosigkeit
Gewalteinwirkung auf den Kopf
Helm ab – ja oder nein?
Helmabnahme
Hirnbedingte Krampfanfälle
Sonnenstich
Unterkühlung
Zusammenfassung</p> | <p>6. Doppelstunde Wiederholung
Bedrohliche Blutungen
Blutstillung
Schock
Verletzungen des Bauches und der Bauchorgane
Wunden
Verbände
Zusammenfassung</p> |
| <p>3. Doppelstunde Wiederholung
Atmung
Atemspende
Besonderheiten bei Atemstörungen von Säuglingen und Kleinkindern
Erste Hilfe bei Verschlucken
Erste Hilfe bei Schwellungen im Bereich der Atemwege
Zusammenfassung</p> | <p>7. Doppelstunde Wiederholung
Dreiecktuchverband
Verbandpäckchen
Fremdkörper in Wunden
Fremdkörper auf der Bindehaut des Auges und/oder der Augapfelloberfläche
Verbrennungen
Erfrierungen
Verätzungen
Vergiftungen
Zusammenfassung</p> |
| <p>4. Doppelstunde Wiederholung
Kreislauf
Maßnahmen bei Herzstillstand
Besonderheiten bei Herzstillstand eines Neugeborenen/Säuglings
Zusammenfassung</p> | <p>8. Doppelstunde Knochenbrüche
Vorbeugung als Mittel zur Verhinderung von Notfällen
Verhalten bei Verkehrsunfall
Gesamtwiederholung des Lehrganges
Fallbeispiele</p> |
| | <p>Anlagen
HIV-Infektion/AIDS
Organspende
Versicherungsschutz
Verbandkästen
Elektro-Unfälle
Gemeinsame Grundsätze der ausbildenden Organisationen</p> |

Thema im Bundestag: „Feuerwehr und Lärm“

In der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. 2. 1989 stand das Thema „Feuerwehr und Lärm“ auf dem Programm. Parlamentarischer Staatssekretär Grüner beantwortete dabei entsprechende Frage des Abgeordneten Würzbach. Der Wortlaut:

Frage 26:

Wie beurteilt die Bundesregierung Auswirkungen verschiedener und gerade in jüngster Zeit noch vermehrt gesprochener Urteile deutscher Gerichte, durch die komplette, ordnungsgemäß genehmigte, mit öffentlichen Mitteln erstellte Sportanlagen und auch Einrichtungen der Freiwilligen Feuerwehr stillgelegt wurden, und was ist wann beabsichtigt, um durch klarere, eindeutige Gesetzgebung wieder einen dem Allgemeinwohl dienenden, realitätsbezogenen, berechenbaren Zustand herzustellen?

Antwort zu Frage 26:

Die Bundesregierung sieht in der Rechtsprechung keine Anhaltspunkte dafür, daß in jüngster Zeit vermehrt Sportanlagen oder Einrichtungen der Freiwilligen Feuerwehr durch Urteil stillgelegt worden sind. Vielmehr ist davon auszugehen, daß es sich in den meisten Fällen lediglich um partielle Einschränkungen der Betriebszeit gehandelt hat. Die angesprochenen Urteile betrafen dabei Extremfälle störender Lärmeinwirkungen auf die Nachbarschaft, die in der Regel auf Planungsfehler bei der Errichtung der streitigen Anlagen zurückzuführen sein dürften.

Für die in der Rechtsprechung behandelten problematischen „Altfälle“ vermag eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, die allein auf die Zukunft gerichtet sein kann, nichts zu bewirken. Die Bundesregierung hält es des-

halb für zweckmäßiger, den Immissionschutzbehörden Hilfen wie die „Hinweise zur Beurteilung der durch Freizeitaktivitäten verursachten Geräusche“ des Länderausschusses für Immissionschutz, die von der Umweltministerkonferenz gebilligt wurden, an die Hand zu geben. Damit können Sport- und Freizeitanlagen aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage in sachgerechter Weise beurteilt werden.

Frage 27:

Hält es die Bundesregierung für richtig und zeitgemäß, daß beim Beurteilen und Messen von sogenannten Lärmquellen wie das Lachen von spielenden Kindern, das Beifallklatschen von Zuschauern beim Sport, das Herausfahren von Feuerwehr-Fahrzeugen aus Gerätehäusern zum Übungsabend die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie bei solchem Lärm, der durch Straßenverkehr oder durch Industrieanlagen hervorgerufen wird, und wenn nein, was ist wann beabsichtigt, um wieder zu bürgernahen und der Allgemeinheit verständlichen Regelungen zu kommen?

Antwort zu Frage 27:

Es trifft nicht zu, daß sämtliche in der Frage genannten Geräusche nach den gleichen Maßstäben wie Verkehrs- und Industrieräusche beurteilt werden. Das Lachen spielender Kinder unterliegt keiner Regelung, Beifallsgeräusche sportlicher Großveranstaltungen – die erhebliche Schallpegel erreichen können – werden nach den in der Antwort zu Frage 26 genannten „Hinweisen“ beurteilt. Das Herausfahren von Feuerwehrfahrzeugen aus Gerätehäusern zum Übungsabend ist nach ständiger Rechtsprechung entsprechend dem Verursacherprinzip der Anlage zuzuordnen und wird wie das Anlagengeräusch beurteilt.



Diesmal ist historische Technik gefragt.

(Foto: Sers)

Wettbewerb für alte Handdruckspritzen

Im Rahmen der Brandschutzwoche 1989 wird in Salem am 9. September 1989 der 4. Landeswettbewerb für alte Handdruckspritzen um den Wanderpreis des Markgrafen von Baden ausgetragen. Der Wettbewerb dient gleichzeitig als Ausscheidung des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg für die Teilnahme am Wettbewerb für alte Handdruckspritzen beim Deutschen Feuerwehrtag 1990 in Friedrichshafen, da pro Bundesland nur eine beschränkte Anzahl von Mannschaften zugelassen ist. Bewertet werden folgende Kriterien:

- Das Alter des Gerätes
- Der Zustand des Gerätes in bezug auf Aussehen und Beschaffenheit seiner Teile in bezug auf seine Funktionsfähigkeit
- Die Leistung des Gerätes im Zusammenwirken mit der Bedienungsmannschaft
- Die Bedienungsmannschaft

in bezug auf Uniformierung und Exerzierreglement.

Die Bewertung erfolgt nach einem Punktesystem, das eine unterschiedliche Gewichtung der Kriterien durch die Preisrichter zuläßt.

Der Wettbewerb beginnt am Samstag, dem 9. September 1989, um 9.00 Uhr mit der Meldung. Mit dem Ende des Wettkampfes wird gegen 17.00 Uhr gerechnet. Die Siegerehrung findet am gleichen Tag im Rahmen eines festlichen Beisammenseins statt. Die Organisation des Wettbewerbs liegt in den Händen des Feuerwehrmuseums Salem. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an das Feuerwehrmuseum Salem 7777 Salem 1
Tel.: 0 75 53/8 12 80

Von dort aus werden auch die Ausschreibungsunterlagen gestellt. Für die sorgfältige Vorbereitung des Wettbewerbs ist es erforderlich, daß die Anmeldungen bis spätestens 31. Mai 1989 beim Feuerwehrmuseum Salem eingehen.

Teilnehmermeldung

Meldeschuß: 31.12.1989

als

- ERSTMELDUNG
- ÄNDERUNGS-MELDUNG (mit kpl. neuen Angaben)
- STORNIERUNG

26. Deutscher Feuerwehrtag

Zusendung an:

Deutscher Feuerwehrverband
 Bundesgeschäftsstelle
 Koblenzer Straße 133, D-5300 Bonn 2

mit Internationaler Fachausstellung
 14.-19. Juni 1990, Friedrichshafen

1 Teilnehmer-Meldung (für Feuerwehren und Einzelpersonen)
 (= gleichzeitig Versandanschrift für Unterlagen)

Eingangs-
Nummer:

BF FF JF WF

◀ Zutreffendes ankreuzen ▶ Name der Feuerwehr (Ort/Firma)

Leiter der Feuerwehr/Gruppenführer (Zuname, Vorname)

Straße Haus-Nr.

PLZ Ort

freilassen

Bundesland

freilassen

Regierungsbezirk

freilassen

Kreis/kreisfreie Stadt

telefonisch erreichbar unter:

dienstlich

Vorwahl-Nr.

Anschluß-Nr.

privat

Vorwahl-Nr.

Anschluß-Nr.

2 Teilnehmer-Zahl

(Gesamt am DFTag)

3 Teilnahme an

Kundgebung/Festzug am

16.6. mit

Teilnehmern
(in Pos. 2 enthalten)

4 Musik:

bieten zur Mitwirkung beim Festzug an

Musikzug Spielmannszug Fanfarenzug

◀ (wenn ja, ankreuzen) ▶

Zugstärke (ca. Personen eintragen)

5 Fahnen

Zum Festzug bringen wir mit

Fahne Standarte JF-Wimpel

◀ Anzahl eintragen ▶

6 Festzug

Wir möchten zur Ausgestaltung

mit Festwagen oder

sonstigem beitragen

(wenn ja, ankreuzen)

Reisemittel

PKW Kleinbus Bus LF Bahn (Regelzug) Bahn (Sonderzug)

◀ Anzahl eintragen ▶ ankreuzen ▶

Reise-Termine (Datum eintragen)

Juni

Anreise

Juni

Rückreise

- 9** Für die Anreise per Kfz wählen wir die B 31 aus Richtung Stockach/Überlingen
 Für die Anreise per Kfz wählen wir die B 31 aus Richtung Lindau
 Für die Anreise per Kfz wählen wir die B 30 aus Richtung Ulm/Ravensburg

10 Einlaßkarten (für folgende Veranstaltungen werden Einlaßkarten kostenfrei erbeten:)

				(Zahl)
14.6.90	14.30 Uhr	Fachtagung 1 „Feuerwehrtechnik“		<input type="text"/>
14.6.90	14.30 Uhr	Fachtagung 2 „Gesundheits- und Rettungswesen“		<input type="text"/>
14.6.90	14.30 Uhr	Fachtagung 3 „Einsatzwesen und Umweltschutz“		<input type="text"/>
14.6.90	14.30 Uhr	Fachtagung 4 „Gesellschaftsstrukturen und Feuerwehrynachwuchs“		<input type="text"/>
15.6.90	10.00 Uhr	Festakt		<input type="text"/>
15.6.90	14.30 Uhr	Grundsatzfachtagung „Feuerwehr = Mensch + Technik“		<input type="text"/>

11 Feuerwehr-Marsch

Hinweis: Teilnahme am Feuerwehrynarsch (Sonntag, den 17.6.90 — 8 bis 9.30 Uhr —) auf der nächsten Seite Pos. 16 durch Bestellung der Startkarten anmelden. Bei Nachmeldung vor Ort beträgt Startgebühr DM 15,—

Wir bestellen verbindlich nachfolgende Zahl Tagungsabzeichen/Eintrittskarten/Quartiere. — Bezahlung erfolgt über Einzugsermächtigung. — Bestellung kann nach 31.12.89 nicht mehr rückgängig gemacht werden. Nachbestellungen nur mit Bestellbogen (nur schriftlich) möglich.

Stück	Veranstaltung/Anlaß	Einzelpreis	Gesamt-Preis DM
12	Tagungs-Abzeichen (wird von allen Teilnehmern benötigt)	7,—	
13	Messe-Eintrittskarte <ul style="list-style-type: none"> ● Verbilligte Karten können nur über diesen Meldebogen im Vorverkauf bezogen werden. ● Kein Verkauf an den Tageskassen. ● Karten nur gültig in Verbindung mit Tagungsabzeichen (vom 14.-19.6.90). ● Bestellung verbilligter Karten nur in Verbindung mit Bestellung von Tagungsabzeichen möglich (Anzahl der Tagungsabzeichen muß mindestens in gleicher Stückzahl erfolgen) 	verbilligte Tageskarte 5,—	
		verbilligte Dauerkarte 8,—	
14	Feuerwehrabend (14.6.90/20.30 Uhr) Gemeinsamer Treffpunkt für angereiste Teilnehmer	5,—	
15	Gesellschaftsabend (15.6.90/20.30 Uhr) Große gesellschaftliche Veranstaltung mit Unterhaltungsprogramm und Tanz	20,—	
16	Feuerwehrmarsch (17.6.90/8.00-9.30 Uhr) 10 km Strecke; Zielschluß 12.30 Uhr	10,—	

17 Gemeinschafts-Quartier
Wir bestellen Übernachtung mit Frühstück für:

Nacht von / auf	Personen männlich	Personen weiblich	Personen Gesamt	pro Person
1. Do 14. / Fr 15.	+		=	10,—
2. Fr 15. / Sa 16.	+		=	10,—
3. Sa 16. / So 17.	+		=	10,—

Übernachtungspreis à DM 10,— beinhaltet einen Schlafplatz (ohne Bettzeug) und ein Frühstück. Hierbei sind Schlafmatratze u. Schlafsack je Person mitzubringen. — Wenn diese Teile nicht mitgebracht werden, ist zusätzlich je Person zu bestellen:

18 Einweg-Bettzeug für Schlafplatz im Quartier für

Personen männlich	Personen weiblich	Personen Gesamt	pro Satz
+		=	15,—

19 Rahmen-Programm

Den Besuchern wird Gelegenheit gegeben, durch Teilnahme am Rahmenprogramm etwas von Land und Menschen im Bodenseeraum und angrenzenden Gebieten kennenzulernen. — Wegen der begrenzten Plätze können Teilnahmekarten nur im Vorverkauf über Bestellung auf diesem Meldebogen bezogen werden.

Stück	Programmpunkt	pro Person
	Freitag, 15.6.90 10.00-16.30 Uhr PRG 1 Schiffsfahrt auf Bodensee mit Besuch Insel Mainau (einschl. Eintritt) u. Stadt Meersburg	22,—
	Samstag, 16.6.90 20.00-24.00 Uhr PRG 2 Fahrt mit Tanz-Schiff auf Bodensee	19,—
	Sonntag, 17.6.90 11.00-16.00 Uhr PRG 3 Schiffsfahrt auf Bodensee; Rundfahrt in die Bregenzer Bucht mit Besuch Lindau	15,—

20 Rechnungs-Summe DM (gilt für Einzugsermächtigung)

21 Ermächtigung zum Einzug von Forderungen durch Lastschriften

(Versand der oben bestellten Unterlagen erfolgt erst nach Eingang des Rechnungsbetrages)

Hiermit ermächtige(n) ich/wir Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtende Zahlung (gem. Pos. 20) bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Kontos mit der

Konto-Nr.

Konto-Inhaber (Name)

Bankverbindung (Name des Kreditinstituts)

BLZ

durch Lastschrift einzuziehen. (Datum) (Unterschrift des Kontoinhabers)

Erläuterungen zur „Teilnehmermeldung“

(Vor dem Ausfüllen des Bogens bitte durchlesen!)

1. Die Bearbeitung der „Teilnehmermeldung“, die damit zusammenhängende Auswertung und die Zusendung der von Ihnen angeforderten Unterlagen erfolgt beim DFV unter Einsatz eines Computers. Dieses bedingt ein Bearbeitungsverfahren nach einheitlichem Meldeverfahren. Mündliche Bestellungen können aus diesem Grund und wegen der Fülle der zu erwartenden Meldungen (über 10.000 Meldebogen) nicht bearbeitet werden, wofür wir um Verständnis bitten.
2. **Meldeschluss für die Einsendung der „Teilnehmermeldung“ ist der 31.12.89.** Um Beachtung dieses Termins wird gebeten. Danach erfolgt die Gesamtauswertung und kommen die Bestellungen zum Versand (April/Mai 1990).
3. **Eine Stornierung** der Bestellungen/Meldungen bzw. eine Reduzierung in Teilen **ist möglich bis zum Meldeschluss 31.12.89;** aus organisatorischen Gründen danach nicht mehr. Die von Ihnen erteilte „Einzugsermächtigung“ (Pos. 21) wird im Februar 1990 ausgeführt. Eine Rückerstattung eingezogener Gebühren ist nicht möglich.
4. Bei Eingang Ihrer „Teilnehmer-Meldung“ erhalten Sie eine Eingangsbestätigung. Sollten Sie diese nicht innerhalb von 4 Wochen erhalten, fragen Sie bitte beim DFV nach.

- ① Für die Erstmeldung, eine evtl. Änderungs-Meldung oder auch Stornierung grundsätzlich nur diesen Meldebogen verwenden. **Wichtig: Ankreuzen, ob es sich um die Erstmeldung, eine Änderungsmeldung (wenn bereits Erstmeldung erfolgte) oder Stornierung handelt.**
- ① Zutreffende Feuerwehrsparte (sofern nicht Einzelpersonen) ankreuzen. **Achtung:** Adresse gilt als Versandadresse für bestellte Unterlagen, deshalb vollständig (mit Telefon-Nr.) ausfüllen.
- ② Hier die Gesamtzahl aller von Ihnen am Deutschen Feuerwehrtag teilnehmenden Personen eintragen, unabhängig an welchem Veranstaltungstag. **Hinweis: Mindestens dieser Zahl entsprechend unter Pos. 12 Tagungsabzeichen bestellen.**
- ③ Teilnehmerzahl eintragen, die an der Kundgebung/Festumzug (16.06.1990) teilnehmen. **Hinweis: Zahl ist in Gesamtzahl (Pos. 2) enthalten.**
- ④ Den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren wird Gelegenheit gegeben, sich musikalisch am Festumzug zu betiligen (*Alle am Bundeswertungsspiel teilnehmende Züge nehmen am Festzug teil und sind hier nicht zu berücksichtigen*). Sofern Interesse besteht, das für den Zug betreffende Feld ankreuzen und die ungefähre Zugstärke (Musiker) angeben. Aufgrund des Hinweises setzt sich der Deutsche Feuerwehrverband direkt mit Ihnen in Verbindung, um Einzelheiten zu erörtern.
- ⑤ Wenn ja, Stückzahl der betreffenden Fahnen, die mitgebracht werden, eintragen. (*Angabe dient der Aushändigung eines Erinnerungsgeschenkes*).
- ⑥ Falls Feuerwehren mit Fahrzeugen oder anderen Darstellungen an der Ausgestaltung des Festzuges mitwirken wollen, dieses Feld „ankreuzen“. Aufgrund des Hinweises setzt sich der Deutsche Feuerwehrverband direkt mit Ihnen in Verbindung, um Einzelheiten zu erörtern. Es können z.B. historische Feuerwehrfahrzeuge sein oder landsmannschaftliche Trachtengruppen.
- ⑦ Für die Verkehrslenkung im Bodenseebereich ist dieses eine wichtige Angabe! Die Gesamtzahl der jeweiligen Fahrzeuge eintragen, die als Reismittel nach Friedrichshafen benutzt werden. Diesen Angaben entsprechend erfolgt die Zusendung der Parkplatz-Karten. — Erfolgt die Anreise mit einem fahrplanmäßigen Regelzug bzw. einem Sonderzug, das hierfür entsprechende Feld ankreuzen (Doppelangaben Bahn/Kfz sind zulässig).
- ⑧ Tagesdatum für An- und Rückreise eintragen, an dem **die Mehrzahl** der unter Pos. 2 angegebenen Teilnehmer nach Friedrichshafen anreist.
- ⑨ Zur Verkehrsregelung und Zuweisung der zahlreichen Parkplätze (für die unter Pos. 7 angegebenen Fahrzeuge) ist die zur Anreise gewählte Fahrtrichtung anzukreuzen, welche **von der Mehrzahl** der Fahrzeuge benutzt wird. — **Hinweis: Diese Angabe dient für eine dem Verkehrsaufkommen angepaßte Verkehrslenkung, der Parkplatzzuweisung und damit einer Hilfe für die Verkehrsteilnehmer.**
- ⑩ Für diese Fachtagungen sowie den Festakt werden Einlaßkarten (kostenlos) benötigt. Zur jeweiligen Veranstaltung die benötigte Kartenzahl eintragen. Teilnehmerkarten können nur in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen erworben werden. Vergabe der Karten in der Reihenfolge des Einganges der Bestellungen. **Hinweis: Wegen begrenzter Kartenzahl, bitte nur die tatsächlich benötigte Anzahl anfordern. Rechtzeitig vor der Veranstaltung evtl. nicht benötigte Karten an den DFV zurückgeben, denn auf Ihre Karte wartet ggf. schon ein anderer Besucher.**
- ⑪ Ein Hinweis auf die mögliche Bestellung von Teilnehmerkarten (Pos. 16) für den „Feuerwehrmarsch“. **Hinweis: Bei Voranmeldung Startgebühr DM 10,—, bei Nachmeldung DM 15,—.** „Feuerwehrmarsch“ am Sonntag, 17.06.1990 über eine ca. 10 km lange Strecke am Bodensee. Start zwischen 8.00 — 9.30 Uhr, Zielschluß um 12.30 Uhr. Marsch in Feuerwehrkleidung (näheres siehe Ausschreibung).
- ⑫ **Alle Teilnehmer am Deutschen Feuerwehrtag benötigen ein Tagungsabzeichen.** Es berechtigt
 - zum Erwerb der verbilligten Messe-Eintrittskarten,
 - zum Erwerb der kostenlosen Einlaßkarten zu den Fachtagungen und zum Festakt (Pos. 10),
 - zum Erwerb (Unkostenbeitrag) sonstiger Veranstaltungskarten (Pos. 14/15/16/19),
 - zur Übernachtung im Gemeinschaftsquartier (Pos. 17/18) gegen Zahlung eines Unkostenbeitrages,
 - zur kostenlosen Benutzung der innerstädtischen Verkehrsmittel des „Park- and Ride-Systems“ von den Großparkplätzen zur Messe und zur Innenstadt.Zum Tagungsabzeichen wird ein Stadtplan mit eingezeichneten Veranstaltungsstätten und Gemeinschaftsquartieren sowie mit Organisationshinweisen verteilt.
- ⑬ Zahl der benötigten Messe-Eintrittskarten (Tageskarte/Dauerkarte) in entsprechender Rubrik eintragen. Verbilligte Karten können nur im Vorverkauf in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen erworben werden (*Preise an der Tageskasse: Tageskarte DM 12,—; Dauerkarte DM 16,—*).

- 14 Veranstaltung im neuen „Graf-Zeppelin-Haus“ dient als abendlicher Treffpunkt für alle angehenden Gäste aus dem In- und Ausland, dient dem Wiedersehen und der Herstellung von Bekanntschaften und Freundschaften. Preis der Einlaßkarte ist ein Unkostenbeitrag. Karten können nur in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen erworben werden. Vergabe der Karten in der Reihenfolge des Einganges der Bestellungen.
- 15 Veranstaltung im neuen „Graf-Zeppelin-Haus“ wird der gesellschaftliche Höhepunkt des „26. Deutschen Feuerwehrtages 1990“ sein. Neben dem Tanzvergnügen wird ein interessantes Unterhaltungsprogramm geboten. Preis der Einlaßkarte ist ein Unkostenbeitrag. Karten können nur in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen erworben werden. Vergabe der Karten in der Reihenfolge des Einganges der Bestellungen.
- 16 Zahl der benötigten Teilnehmerkarten für den „Feuerwehrmarsch“ eintragen. Startgebühr bei Voranmeldung DM 10,— (Bei Nachmeldung DM 15,—). Jeder Teilnehmer erhält nach Erfüllung der Bedingungen ein Teilnehmerabzeichen. Teilnehmerkarten können nur in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen erworben werden.
- 17 Quartiere in Hotels/Gasthöfen/Privatquartieren sind sofort direkt beim Verkehrsamt Friedrichshafen (Tourist-Information Frdh., D-7990 Friedrichshafen 1, Tel. 07541-21729) zu bestellen; nicht mit dieser Teilnehmermeldung! — Übernachtungen im Gemeinschaftsquartier sind mit dieser Teilnehmermeldung zu bestellen. Hinweis: Anzahl und Übernachtungstage genau in den jeweiligen Spalten/Positionen angeben. Hinweise im Meldebogen unter Pos. 17 beachten. Falls Einweg-Bettzeug benötigt wird, unter Pos. 18 zusätzlich bestellen. Gemeinschaftsquartiere können nur in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen bestellt werden.
- 18 Sofern für die Übernachtung im Gemeinschaftsquartier (Pos. 17) keine Schlafmatratze/Schlafsack mitgebracht wird, wird Einweg-Bettzeug benötigt und ist hier zu bestellen (es wird davon ausgegangen, daß das Einweg-Bettzeug für 3 Nächte reicht). Sollte im Einzelfall ein Ersatz benötigt werden, kann dieser im Quartier gegen eine Unkostenbeteiligung beschafft werden.
- 19 Teilnehmerkarten sind nur über eine Vorbestellung mit diesem Meldebogen zu erwerben. Hinweis: Am Samstagabend findet im Bodensee-Bereich ein großes Seefest statt; zum gleichen Zeitpunkt die Fahrt (PGR 2) mit einem Tanzschiff auf dem Bodensee. Teilnehmerkarten können nur in Verbindung mit dem Tagungsabzeichen erworben werden. Vergabe der Karten in der Reihenfolge des Einganges der Bestellungen.
- 20 Addition des Gesamtpreises der Bestellung. Summe wird vom DFV über „Lastschriftverfahren“ (Pos. 21) eingezogen.
- 21 „Einzugsermächtigung“ genau und vollständig ausfüllen, damit die Rechnungssumme (Pos. 20) vom DFV fehlerfrei eingezogen werden kann. Das „Lastschriftverfahren“ erspart Ihnen und dem Veranstalter ein sonst umständlicheres Überweisungs- und Organisationsverfahren. Aus organisatorischen Gründen ist die „Bezahlung“ nur mit diesem Lastschriftverfahren möglich. Verzichten Sie bitte auf Überweisungen per Zahlkarte, Scheck oder Banküberweisung. — Der DFV verschafft Ihnen mit diesem Einzugsverfahren eine Erleichterung, ermöglichen Sie dem DFV diesen Weg. Achtung: Unterschrift des Kontoinhabers nicht vergessen, da sonst das Lastschriftverfahren nicht ausführbar ist.

Anmerkung zu Unterschriften:
 Unterschrift des Bestellers für den Teilnehmerbogen nicht vergessen. (Einzugsermächtigung vom Kontoinhaber extra unterschreiben lassen) — Bitte auf beide Unterschriften achten.

26. DEUTSCHER FEUERWEHRTAG 1990

(M) = Öffnungstage der „Intern. Ausstellung für Brandschutz, Rettungswesen, Katastrophenhilfe“
 Messegelände Friedrichshafen

14.–19. Juni 1990 in Friedrichshafen
 Motto „Feuerwehr = Mensch + Technik“

Stand: 16. 03. 1989 [Hinweis: ⊕ = nicht öffentlich/ auf bes. Einladung]

Uhrzeit	Montag 11. 6. 90	Dienstag 12. 6. 90	Mittwoch 13. 6. 90	Donnerstag (M) 14. 6. 90 (Fronleichnam)	Freitag (M) 15. 6. 90	Samstag (M) 16. 6. 90	Sonntag (M) 17. 6. 90	Montag (M) 18. 6. 90	Dienstag (M) 19. 6. 90	Mittwoch 20. 6. 90	Uhrzeit
7.00											7.00
7.30											7.30
8.00					Eröffnung						8.00
8.30					Start						8.30
9.00			CTIF-Permanenter Rat	CTIF-Permanenter Rat	CTIF-Jugendleiter-Komm.	Feuerwehr-Vorführungen	ökum. Gottesdienst				9.00
9.30											9.30
10.00					Festakt			Pressekonferenz			10.00
10.30											10.30
11.00											11.00
11.30											11.30
12.00											12.00
12.30											12.30
13.00											13.00
13.30											13.30
14.00											14.00
14.30											14.30
15.00											15.00
15.30											15.30
16.00											16.00
16.30	Pressekonferenz	CTIF-Exekutiv-Rat	Messerrundgang	Fachtagungen (4 Einmaltagungen)	Sieger- erhebung	Kundgebung anschl. Festzug					16.30
17.00											17.00
17.30											17.30
18.00											18.00
18.30											18.30
19.00											19.00
19.30											19.30
20.00											20.00
20.30											20.30
21.00											21.00
21.30											21.30
22.00											22.00
22.30											22.30
23.00											23.00
23.30											23.30
24.00											24.00



Zentrale Einsatzleitung hat sich bewährt

1356 Rettungsschwimmer in der Saison 1988 eingesetzt

Mit der Schaffung des ersten Badeerlasses im Jahr 1953 durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurden an den Küsten des Landes Schleswig-Holstein die Voraussetzungen für einen gesicherten Badebetrieb geregelt. Nun war es Aufgabe der Gemeinden und Ämter, für die Strände in ihrem Bereich diese Mindestforderungen in die Tat umzusetzen.

Sehr schnell mußten sie jedoch feststellen, daß mit dem Wachsen der „weißen Industrie“ in Schleswig-Holstein die Beaufsichtigung der Strände mit hauptamtlichen Kräften nicht machbar und finanzierbar war.

An die DLRG gewandt

Nichts lag also näher, als sich an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft in Schleswig-Holstein zu wenden. Hatte sich doch diese Organisation bereits im Jahre 1913 den Kampf gegen den „nassen Tod“ auf die Fahnen geschrieben.

Sehr schnell wurde man sich einig, und bereits wenige Jahre nach dem Krieg nahmen die örtlichen Gliederungen diese Aufga-

ben für ihre Kommunen ehrenamtlich wahr. Als einzige Aufgabe blieb der öffentlichen Verwaltung die Schaffung der im „Badeerlaß“ geforderten Einrichtungen, wie Kennzeichnung der Strandabschnitte, Schaffung von Badezonen und Bau sowie Ausrüstung von Wachstationen.

Aber auch die DLRG in Schleswig-Holstein mußte mit weiterer Zunahme des Badebetriebes im Ferienland Schleswig-Holstein feststellen, daß sie mit den Aktiven ihrer 38 000 Mitglieder die Bewachung aller von den Gemeinden geforderten Badestrände nicht gewährleisten konnte.

Kommission gegründet

So wurde bereits im Jahre 1970 die Gesamt-DLRG mit ihren 470 000 Mitgliedern um Unterstützung gebeten. Der Präsidialrat der DLRG erklärte sich sofort bereit, helfend einzugreifen und gründete noch im gleichen Jahr eine Kommission zur Koordination des Rettungseinsatzes an Nord- und Ostsee.

Nachdem in den folgenden Jahren die Ausbildung aller

DLRG-Wachgänger für den Wachdienst an Nord- und Ostsee diskutiert und geordnet wurde, halfen zunächst die Landesverbände den betroffenen Untergliederungen direkt. Nachdem man auf Bundesebene zentrale Lehrgänge für Wachleiter eingerichtet hatte, schritt man zur Tat. Zunächst wurde eine zentrale Einsatzleitung gegründet und ein Grundsatzertrag zur Übernahme des Wachdienstes von den Kommunen geschaffen.

Im September 1973 beschloß der Präsidialrat, daß der Rettungswachdienst an Nord- und Ostsee eine Aufgabe der gesamten DLRG sei, die Arbeit des DLRG-Landesverbandes in Schleswig-Holstein jedoch dadurch nicht eingeengt werden sollte. Aus diesem Grunde bestand die Legislative lediglich aus dem Präsidenten der DLRG und dem Landesverbandspräsidenten Schleswig-Holsteins. In der Exekutive hingegen hatte das Präsidium die Mehrheit, wobei auch der hauptamtliche Einsatzleiter der Bundesgeschäftsstelle unterstand.

Umstrukturierung beschlossen

Mit der Zunahme des Wassersports in der Bundesrepublik mußte auch die immer größer werdende Aufgabe des Rettungswachdienstes vor allem in den Ballungsgebieten überdacht werden, und so beschloß der Präsidialrat in seiner Sitzung vom 22.4. 1988 die Umstrukturierung des Zentralen Rettungswachdienstes.

Oberstes Organ wurde die Zentrale Rettungswachdienst-Kommission (ZRK) als Instrument der gemeinsamen Entscheidungsfindung zwischen den am zentralen Rettungswachdienst beteiligten Landesverbänden und



Die DLRG-Rettungswachstation in Grömitz.

dem Präsidium. Darunter wurden die Rettungswachdienstkommissionen Süd, Mitte und Nord zur Koordination der regionalen Bedürfnisse geschaffen, denen die bereits bestehenden bzw. noch zu gründenden Rettungswachdienste der einzelnen Landesverbände zugeordnet wurden.

Mit der Schaffung dieser Struktur wurde noch im Jahre 1988 die im Norden bereits bestehende Zentrale Einsatzleitung-Rettungswachdienst Küste an den Landesverband Schleswig-Holstein übergeben.

Da auch in Niedersachsen nicht alle DLRG-Stationen von den örtlichen Gliederungen besetzt werden können, der Landesverband es jedoch für nicht erforderlich hält, eine eigene Einsatzleitung aufzubauen, übernimmt die Einsatzleitung Küste diese Aufgabe mit.

Verträge erarbeiten

Zu den Aufgaben des hauptamtlichen Einsatzleiters gehört es u. a., die von den Gliederungen der Landesverbände Schleswig-Holstein und Niedersachsen



Rettungsschwimmer sorgen für „Freie Zeit in Sicherheit“.



Ein DLRG-Motorrettungsboot auf Patrouillenfahrt.



Mobilität garantiert stete Einsatzbereitschaft.

als nicht besetzbar gemeldeten Wachgebiete oder -stationen zu erfassen, für die ihm so zugewiesenen Bereiche Wachgänger zu werben, mit den zuständigen Kurverwaltungen bzw. Kommunen die entsprechenden Verträge zu erarbeiten. Mit Beginn der Wachsaison setzt er die Wachgänger und Wachleiter ein, weist sie in ihre jeweils besonderen Aufgaben ein und betreut sie während ihres Einsatzes.

Die zentrale Einsatzleitung Kü-

ste hat ihren festen Sitz in Burg auf Fehmarn und wird von Dietmar Froberg seit 1973 geführt. Inzwischen sind von ihm insgesamt 29 Hauptwachen, 43 kleine Stationen und 97 bewegliche Wachstationen in Schleswig-Holstein und zwei Hauptwachen in Niedersachsen während der Saison zu verwalten. Während die Gliederungen des Landesverbandes Schleswig-Holstein weitere 91 Wachen und 19 bewegliche Stationen besetzen.

1356 Rettungsschwimmer eingesetzt

Zum Abschluß der Saison 1988 zieht Dietmar Froberg folgende Bilanz:

Von den 1631 Bewerbern konnten insgesamt 1356 eingesetzt werden, wobei er ein Übergangsangebot in der Hauptsaison verzeichnen mußte, während in der Vor-, aber auch in der Nachsaison er nur mit Kraftakten die Beset-

zung der Stationen sicherstellen konnte.

Damit sorgten in der Hauptsaison wieder täglich durchschnittlich 450 von ihm vermittelte Rettungsschwimmer für einen geregelten Badebetrieb in 39 Wachabschnitten.

Von den durch die Zentrale Einsatzleitung Küste eingesetzten Wachgängern wurden 361 Personen sowie 51 Segelboote, 27 Badeboote und 11 Motorboote geborgen. Gunther Schrock

DLRG-Stand begeisterte die Besucher

Auch Bayerns Wirtschaftsminister Lang bei der DLRG zu Gast

Bereits zum 20. Male verwandelte sich das Münchener Messegelände vom 4. bis 12. Februar in ein Urlaubs- und Wassersport-Paradies: 415 Aussteller und 157 zusätzlich vertretene Firmen zeigten auf rund 51 700 qm Fläche ihr vielseitiges Angebot aus den Bereichen Caravaning, Wassersport und Touristik und versetzten die Besucher schon im Vorfeld des Sommers in Ferienstimmung. Mit dabei war auch diesmal wieder der DLRG-Landesverband Bayern, der in Halle 15 auf einem 90 qm großen Stand über die Arbeit der „Lebensretter“ in allen Bereichen informierte.

Und man muß den Organisatoren und Betreuern des Standes sogleich ein Kompliment machen: Auch diesmal verstanden sie es,

durch neue Aktionen – Glücksrad, Modellbootfahren und Froschspiel – überaus viele Besucher an den Stand zu locken und besonders die Kinder, aber auch deren Eltern und Erwachsene zu begeistern. Letztere konnten derweil an der Kaffeetheke eine Ruhe-

pause einlegen, zudem bestand für alt und jung die Möglichkeit, sich am Fitnestest Schwimmen der Barmer Ersatzkasse zu beteiligen. Und natürlich lagen für die Interessenten an der Arbeit der DLRG entsprechende Informationsschriften und Handzettel be-

reit, außerdem gab es kostenlos die Zeitschrift „Wassersport“, Luftballons und Fähnchen.

„Die 7 gewinnt“

„Die 7 gewinnt“ hieß es am Glücksrad des DLRG-Standes. Von Hand mußte das Rad mit Schwung gedreht werden. blieb es oben mit der Ziffer 7 stehen, hatte man einen der Hauptpreise – vom Schreibtischset bis zum Wasserball – gewonnen. Gab es dagegen nur eine 1, 2 oder 3, so konnte man unter Ferienkalender und Aufklebern auswählen. Wie beliebt diese Aktion war, zeigt die Tatsache, daß das Glücksrad nahezu ständig umlagert war. Ihr Glück versuchten hier nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene.

Eine weitere echte und neue Attraktion war am Eröffnungswochenende das Lenken von DLRG-Modellbooten – naturgetreu nach-



Der „schmucke“ Stand der DLRG fand allseits Zustimmung.

gebildet – per Funksteuerung in einem kleinen Wasserbecken. Da man jedoch alsbald in der Halle Probleme mit der Funksteuerung bekam, die durch andere Funker beeinflusst wurde, fackelte die Standbesatzung unter Leitung von Stefan Schneider und seiner Frau Wilma nicht lange und ersetzte kurzerhand das Modellbootfahren durch ein lustiges Froschspringen vom Beckenrand in eine Schale, die in der Mitte des Beckens aufgestellt war. Auch hier gab es für die Geschicktesten Swimmys zu gewinnen.

Fitneßtest viel gefragt

Mehrere hundert Teilnehmer zählte zudem die BEK München bei ihrem Computer-Fitneßtest Schwimmen, bei dem Ratschläge für sportliche Aktivitäten, zugeschnitten auf die individuellen Erfordernisse jedes einzelnen Teilnehmers, gegeben (und ausgedruckt) wurden, zur Belohnung gab es hier eine „Notfallkarte“, auf der man neben seinem Namen auch Adresse, Blutgruppe, Hausarzt und Angaben über eventuelle Diabetes eintragen konnte. Auf dieser Karte wurde zudem Gelegenheit gegeben, durch Daudendruck im (thermodynamischen Verfahren) sein momentanes persönliches Befinden zu „erkunden“. Das Gesundheitsprogramm am Stand wurde durch einen Weitsicht-Test an einem Gerät des ADAC vervollständigt.

Standfest als Höhepunkt

Zu einem Höhepunkt am DLRG-Stand während der neun Messtage wurde am Abend des



Am Glücksrad herrscht stets Spannung.

9. Februar das traditionelle Standfest, das bereits in den Vorjahren Tradition war. Hier gaben sich auch diesmal wieder zahlreiche prominente Persönlichkeiten und die Vertreter der befreundeten Verbände und Organisationen ein Stelldichein. Unter ihnen befanden sich Ministerialrat Dr. Klingshirm vom Bayerischen Innenministerium, DLRG-Präsident Hans-Joachim Barthold, Bayerns LV-Präsident Richard Rosipal, Korvettenkapitän Helmut Kruse vom benachbarten Ausstellungsstand „Unsere Marine“, Manfred Kummerlöw von der Wasserschutzpolizei, Abteilungsleiter Untersteiner von der Wasserwacht mit seiner Standbesatzung, H. Flettermann vom FSG, der Leiter der

Öffentlichkeitsarbeit im DLRG-Präsidium, Bernd Schäfer, sowie weitere Vertreter der DLRG in Bayern. Sie alle wurden von Richard Rosipal und Hans-Joachim Barthold begrüßt. Bei diesem Standfest entwickelten sich wieder vielfältige Gespräche über die Aufgaben und Probleme der Wasserrettung, aber auch ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch und natürlich auch unbeschwerter Unterhaltung. Der wohl prominenteste Gast am DLRG-Ausstellungsstand war aber bereits am Eröffnungstag Bayerns Wirtschaftsminister August R. Lang gewesen, der sich bereiterklärt hat, den Vorsitz im „Kuratorium Bayern der DLRG“ zu übernehmen.

Neue Ideen entwickelt

Die einmal mehr gelungene Präsentation der DLRG auf der Messe „Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt“ kam nicht von ungefähr: „Bereits im Sommer letzten Jahres hatten wir begonnen, neue Ideen und Aktionen für die Standgestaltung zu entwickeln“, stellte Stefan Schneider fest. „Alle 14 Tage etwa kamen wir zusammen, um die Vorbereitungen zu treffen, dabei zeichneten mehrere Kameradinnen und Kameraden für einen Teilbereich – etwa Personalplanung, Beschriftung, Installation des Wasserbeckens, Bau des Glücksrades – verantwortlich.“

Der Messestand war direkt von



Vor allem die Kinder haben viel Spaß.



Beindruckend das neue „Flaggschiff“ des DLRG-Ortsverbandes Traunstein auf dem Freigelände. (Fotos: Tresselt)

der „boot“ Düsseldorf rechtzeitig in München eingetroffen, sein Aufbau konnte dank der vielen helfenden Hände rechtzeitig am Vorabend des Eröffnungstages abgeschlossen werden.

„Flaggschiff“ ausgestellt

Auf der „Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt“ gab es aber nicht nur in Halle 15 den bereits

zur Tradition gewordenen Messestand der „Lebensretter“, die DLRG war auch vor der Halle präsent: Die DLRG Traunstein hatten hier ihr „Flaggschiff“ vorgestellt: ein Rettungsboot des

Typs Hilter Royal mit V8-Motor Duo-Prop, 271 PS stark, 2,55 m breit und 7,90 m lang.

Hartmut Tresselt

Rheinstromschwimmen mit 185 Teilnehmern

Fast zweihundert „schwarze Gestalten“ mit leuchtfarbenen Badekappen tummeln sich am Rheinufer bei Guntersblum. Schwimmflossen an den Füßen, die Hände sind unter Handschuhen versteckt. Das letzte Stückchen Haut hebt sich vom schwarzen Taucheranzug ab, es ist mit weißer Creme bedeckt.

185 Schwimmer warten auf den Startschuß zum 13. Internationalen Rheinstromschwimmen der DLRG Rheinland-Pfalz. Mit den Schwimmern wartet die Presse und ein SWF-Fernsehteam auf den Startschuß.

Sicherheit von der DLRG garantiert

DLRG-Rettungsboote nehmen ihre Position in der Strommitte ein. Die Wasserschutzpolizei stoppt die zu Berg und Tal fahrenden Schiffseinheiten. Es ist 14.00

Uhr, ein Knall, und das Ufer leert sich, die Schwimmer sind im Strom, die DLRG-Boote halten die Schiffsstrecke von Schwimmern frei, die Wasserschutzpolizei gibt mit dem Hinweis, umsichtig und langsam zu fahren, die Flußschiffahrt wieder frei.

Die DLRG-Boote umkreisen die Schwimmer im Strom wie die Hunde eines Schäfers die Herde. Es ist notwendig. Soll die Schwimmgruppe überschaubar bleiben, dann darf sie sich nicht länger als 300 bis 400 Meter auseinanderziehen.

Durchhalten und ans Ziel kommen

Bei diesem Rheinstromschwimmen gilt die Schwimmgeschwindigkeit wenig, durchhalten und ins Ziel nach Oppenheim kommen ist wichtig. Verschiedene Schwimmgruppen haben klei-

ne Flöße mit auf die Reise genommen. Buntgeschmückte Gebilde, teilweise mit sehr viel Phantasie gestaltet, Grundlage für eine Vereinsfahne oder Dienstflagge. Eine Schwimmsel trägt ein großes Thermometer, das die Rheinwassertemperatur von plus 5°C Celsius anzeigt. Die Lufttemperatur ist bedeutend höher, sie liegt bei sieben Grad.

Nicht nur Männer schwammen

Unter den 185 Rettungsschwimmern befanden sich 22 Frauen. Für sie bedeutete das Rheinstromschwimmen keine Hürde, die nicht schwimmerisch zu meistern gewesen wäre. Keine der Damen gab auf, sie hielten bis Oppenheim durch.

Es nahmen Amerikaner am Schwimmen teil, Soldaten eines Schwimmbrückenpionierbataillons, ein Wormser Tanzclub (Ret-

tungsschwimmer), Mainzer Bereitschaftspolizei. Die weiteste Anreise zum Rheinstromschwimmen hatte eine DLRG-Gruppe aus Bremerhaven.

Und dann kommt für die ersten Schwimmer nach etwa eineinhalb Stunden Schwimmzeit die Oppenheimer Natorampe in Sicht, das Ziel des Stromschwimmens. Hunderte von Schaulustigen haben sich hier versammelt. Es gibt Beifall für die ankommenden Schwimmgruppen. Man merkt es, der Beifall der Zuschauer drückt Respekt vor der Schwimmleistung aus, die im kalten Wasser erbracht wurde.

Das nächste Neujahrstromschwimmen findet am dritten Wochenende im neuen Jahr statt, am 20.01. 1990! Dann ist es wieder soweit, schwarze Gestalten mit leuchtfarbenen Badekappen tummeln sich am Rheinufer bei Oppenheim, vorausgesetzt, die Wasserqualität stimmt.



Die Stromschwimmer in den wenig einladenden Fluten des Rheines.

(Foto: Schnare)

Presseschau des Inlands

Vorzeitiger Abzug chemischer Waffen

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt zur Ankündigung des amerikanischen Außenministers, den vorzeitigen Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland zu prüfen:

„1982 ist die von mir geführte Bundesregierung mit dem Ziel angetreten, den Frieden mit weniger Waffen sicherer zu machen.

Diese Politik war erfolgreich:

- Gegenwärtig werden alle amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen beseitigt.
- Ich habe dazu mit dem Verzicht auf die deutsche Pershing Ia einen wichtigen Beitrag geleistet.
- Heute beginnen in Wien Verhandlungen über konventionelle Rüstungen und Streitkräfte in Europa.
- Von Anfang an haben wir uns für ein weltweites Verbot chemischer Waffen eingesetzt.

1986 hatten Präsident Reagan und ich beim Weltwirtschaftsgipfel in Tokio vereinbart, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihre in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Bestände chemischer Waffen bis 1992 abziehen und in den USA vernichten werden.

Der amerikanische Außenminister James Baker hat heute in Wien die Entscheidung von Präsident Bush bekanntgegeben, den vorzeitigen Abzug chemischer Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland zu prüfen. Ich begrüße diese Absicht ausdrücklich.

Die USA widerlegen damit alle diejenigen, die seinerzeit die Zusage von Präsident Reagan in Zweifel gezogen haben:

- Die USA halten Wort und erfüllen ihre Zusage vorzeitig,
 - die USA gehen diesen wichtigen Schritt einseitig, ohne Vorbedingungen und
 - die USA geben ein Beispiel, dem die Sowjetunion und ihre Verbündeten im Warschauer Pakt nunmehr unverzüglich folgen sollten.
- Ich fordere deshalb die sowjetische Führung auf,

- chemische Waffen aus dem Vorfeld sofort abzuziehen und zu vernichten und so
- ihre erklärte Bereitschaft zu einseitigen Abrüstungsschritten auch bei den chemischen Waffen zu beweisen.“

(Pressemitteilung BPA Nr. 130/89 vom 6. März 1989)

Erstmals wieder Anstieg der tödlichen Arbeits- und Wegeunfälle

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften gibt die Unfall- und Berufskrankheitenzahlen für 1988 bekannt

Erstmals seit 1971 ist in der gewerblichen Wirtschaft die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle mit tödlichem Ausgang wieder gestiegen. Sie stieg von 1694 Todesfällen im Jahr 1987 um 67 auf 1761 im letzten Jahr. Dabei erhöhte sich die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle um 58 und die der Wegeunfälle um neun. Bei dem Anstieg der tödlichen Arbeitsunfälle ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich 51 Todesfälle bei dem Bergwerksunglück in Borken ereigneten. Ohne dieses tragische Massenglück wären fast dieselben Todesfallzahlen wie 1987 zu verzeichnen.

Weiter positiv verläuft dagegen die Entwicklung bei den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen, also den Fällen, die zur Zahlung einer Rente, Abfindung oder Sterbegeld führten. Ihre Zahl ging um 414 Fälle (-1,3 Prozent) auf 32 123 zurück.

Erfaßt werden in der Statistik des Hauptverbandes aber nicht nur die tödlichen und die erstmals entschädigten schweren Unfälle, sondern auch alle leichten Unfälle, bei denen mindestens eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen vorlag. Die Gesamtzahl dieser meldepflichtigen Unfälle (Arbeits- und Wegeunfälle) steigt seit 1984 geringfügig an. Allerdings stieg in dieser Zeit auch die Zahl der Vollarbeiter (d.h. Vollbeschäftigte, Teilzeitkräfte anteilig ein-

bezogen) ebenso wie die Zahl der zugrunde liegenden geleisteten Arbeitsstunden deutlich stärker, so daß die wesentlich aussagefähigeren Unfallhäufigkeiten Jahr für Jahr sanken. Auch für 1988 ist zwar erneut ein geringer Anstieg der Anzahl der meldepflichtigen Arbeits- und Wegeunfälle um 1,5 Prozent auf 1380 932 zu verzeichnen. Nach der Entwicklung der Beschäftigung und der durchschnittlich geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit ist aber von einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden um etwa 1,5 Prozent auszugehen. Damit würde sich eine unveränderte Unfallhäufigkeit ergeben. Eine endgültige Feststellung hierzu kann aber erst Mitte Juni bei der Vorlage der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse getroffen werden.

Eine besonders erfreuliche Entwicklung hat sich beim Wegeunfallgeschehen vollzogen. Wegeunfälle sind Unfälle, die ein Arbeitnehmer auf dem Weg zur Arbeit oder zurück nach Hause erleidet. Da sie sich außerhalb des Betriebes ereignen, sind sie den Unfallverhütungsmaßnahmen der Berufsgenossenschaften schwerer zugänglich. Sie unterstützen daher die Arbeit des Deutschen Verkehrssicherheitsrats in fachlicher und finanzieller Hinsicht. Bei den meldepflichtigen Wegeunfällen ist 1988 ein deutlicher Rückgang um 4,9 Prozent auf 142355 zu verzeichnen. Noch deutlicher sank die Zahl der erstmals entschädigten Wegeunfälle um 9,5 Prozent auf 8 168.

(BG-Informationen April 1989)

Hilfe bei Atomunfällen

Die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz sind übereingekommen, sich bei nuklearen Katastrophen und schweren Unfällen frühzeitig zu benachrichtigen und gegenseitig zu helfen. Ein entsprechendes, nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl ausgehandeltes Abkommen trat am ersten Dezember 1988 in Kraft.

(„Zivilschutz“, Schweiz, 3/89)

Presseschau des Auslands

Internationale Konventionsschilder schützen Kulturgüter

Die Republik Österreich hat 1964 die internationale Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten ratifiziert (wird derzeit um den Bereich Erdbeben- und Katastrophenvorsorge erweitert). Diese Konvention schreibt die Sicherung und Respektierung von Kulturgütern vor.

Um dies überhaupt möglich zu machen, müssen die Kulturgüter als solche gekennzeichnet werden.

„Das Kennzeichen der Konvention besteht aus einem mit einem schrägen Kreuz versehenen Schild in Blau und Weiß, dessen Spitze nach unten gerichtet ist; (der Schild wird aus einem ultramarinblauen Quadrat, dessen eine Ecke die Spitze des Schildes darstellt, und aus einem oberhalb des Quadrates befindlichen ultramarinblauen Dreieck gebildet, wobei der verbleibende Raum auf beiden Seite von je einem weißen Dreieck ausgefüllt wird)“ (Artikel 16, Haager Konvention).

In Österreich sind 508 Burgen, Schlösser und Ruinen mit derartigen Tafeln versehen. Aufgeschlüsselt nach Bundesländern ergibt sich folgendes Bild:

Burgenland: 32, Kärnten: 22, Niederösterreich: 136, Oberösterreich: 97, Salzburg: 104, Steiermark: 64, Tirol: 36, Vorarlberg: 15, Wien: „nur“ 2 (Wien gilt wohl allgemein als Kulturgüterstadt).

An manchen Objekten befinden sich mehrere Tafeln, damit sie von verschiedenen Beobachtungspunkten gesehen werden können. Dabei werden jedoch nicht nur die Baulichkeiten geschützt, sondern auch der „Inhalt“, also Ausstattung, Möblierung, Bilder, Bibliotheken, Familien- und Wirtschaftsarchive, Skulpturen, Wand- und Deckenmalereien, Fresken, Stukturen und vieles mehr.

Die Konventionsschilder findet man darüber hinaus auch auf anderen Bauwerken, etwa Kirchen, Klöstern oder Rathäusern. Die Anbringung der Emailschilder – sie werden vom Konventionsbüro des Bundesdenkmalamtes in Wien vergeben –

erfolgt nach ganz bestimmten Richtlinien. Wer eines dieser Schilder abmontieren möchte, um seine eigenen vier Wände unter „internationalen“ Schutz zu stellen (kommt gar nicht so selten vor), sollte sich das besser gut überlegen: Erstens kann man sich Ärger einhandeln, da es sich um ein international geschütztes Zeichen handelt, und zweitens ist es nur gültig in Verbindung mit einem Berechtigungsdokument.

(„Hohenbrunn Information“, Österreich)

Alle zwei Tage eine Katastrophe

„Jeden zweiten Tag gibt es irgendwo auf der Welt ein Schadensereignis zu vermelden, dessen Ausmaß die Bezeichnung ‚Katastrophe‘ verdient“, heißt es lapidar im Jahrbuch 1988 des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft. Die Groß- und Größtschäden nehmen den Versicherern zufolge sowohl nach der Anzahl als auch nach dem Schadenspotential zu. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sei das Wachstum der Erdbevölkerung, die zunehmende Werteballung und die hohe Versicherungsdichte. Den mit 5,4 Milliarden Franken größten Schaden in der Geschichte der deutschen Versicherungsgesellschaften richteten nach Angaben des Verbandes die Herbststürme an, die im Oktober 1987 über Westeuropa tobten. Der Spitzenreiter des Jahres 1988 war das Explosionsunglück auf der Nordsee-Bohrinsel „Piper-Alpha“, das die Versicherer voraussichtlich 2,2 Milliarden Franken kosten wird.

(„Zivilschutz“, Schweiz, 3/89)

Stimme geht bald durch Beton

Von Mitte der neunziger Jahre an sollen die Schweizer im Krisenfall auch in den Schutzräumen Radio hören können. Unter dem Motto „Die Stimme, die durch Beton geht“ bereitet das Justiz- und Polizeiministerium zusammen mit der Post ein geeignetes UKW-Sendernetz vor, das gegen Kriegseinwirkungen geschützt sein

soll und auf höhere Leistung geschaltet werden kann.

80 bis 85 Prozent der Eidgenossen sollen dann auch in Schutzräumen Informationen über das Radio erhalten können, wurde in Bern mitgeteilt.

(„Frankfurter Rundschau“ Nr. 81)

Alarmmappe

Der Landesschulrat für Oberösterreich und das oberösterreichische Landesfeuerwehrkommando geben gemeinsam eine „Alarmmappe“ für den Brand- und Katastrophenschutz in den Schulen heraus. Diese Mappe enthält Alarmpläne, die Verhaltensregeln im Brandfall, bei Chemieunfällen, Bombendrohungen, Smog- und Strahlengefahr erklären. Außerdem sind wichtige Rufnummern für Brand- und Katastrophenschutz und Alarmzeichen angeführt. Ergänzt wird die Mappe von Arbeitsblättern für die Schüler, um das Gelernte überprüfen zu können. Die Alarmmappe wird in allen Schulen Oberösterreichs verwendet.

(„Neue BS“, Österreich, 4/89)

Österreich hat die Nase vorn

Daß Österreich mit der Installation eines funkgesteuerten Warnsystems den richtigen Weg gegangen ist (die Verantwortlichen haben sich die Alarminrichtungen anderer Staaten genau angesehen), zeigt allein ein Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland: Von zehn Warnämtern werden die Sirenen zum Großteil noch über Fernsprechleitungen der Post angesteuert und ausgelöst. Es gibt also trotz wesentlich größerer Einwohnerzahl und größerem Gebiet nicht mehr Warnzentralen, und – last, but not least – die Kommunikation über Fernsprechleitungen im Gegensatz zum Funk ist eine enorme finanzielle Belastung.

Diese großartige österreichische Zivilschutzeinrichtung (das vernetzte System garantiert permanenten Betrieb auch in größten Notfällen) wird Anfang 1989 von Innenminister Karl Blecha offiziell präsentiert.

(„Zivilschutz Aktuell“, Österreich, 4/88)

Komplette Prüfausrüstung im Koffer

Ein handliches Klein-Prüfgerät läßt sich als komplette Prüfausrüstung für Feuerwehren und kleine Atemschutzwerkstätten einsetzen. Atemschutz- und Tauchgeräteprüfungen sind genauso wie Maskendichtprüfungen an diesem Prüfgerät unproblematisch durchführbar. Das Gerät ist in einem stabilen Alurahmen-Koffer untergebracht und ermöglicht so eine Vor-Ort-Prüfung. Die Kofferabmessungen (400 x 220 x 350 mm) entsprechen der DIN 14 880 Teil 1 zur Unterbringung in Feuerwehrfahrzeugen.

Das besondere an dem Gerät ist, daß für die Prüfung keine Luftversorgung notwendig ist; die Luftdruckerzeugung und der Mengendurchfluß erfolgen über eine im Über- und Unterdruck arbeitende elektrische Spezialpumpe. Ein 220-V-Stromanschluß genügt für die Inbetriebnahme. Zusätzliche Atemanschlußadapter ermöglichen die Prüfung verschiedener Atemanschlüsse

wie Rundgewindeanschluß, Einheitsanschluß M 45 x 3 oder Bajonett-Anschluß. Dadurch ist die Prüfung von Normaldruck- und Überdruckgeräten gewährleistet.

(Foto: Interspiro)



Eine sichere Lösung

Hygiene und Sicherheit im Umgang mit benutztem Verband- und Versorgungsmaterial schafft ein spezieller Behälter für medizinischen Abfall. Der Sicherheitsbehälter ist für die Aufnahme von allen bei der medizinischen Versorgung von Patienten anfallenden Abfällen wie Verbandmaterial, Untersuchungs-Handschuhe, Einmal-Instrumente, Katheter, Skalpelle, Spritzen, Kanülen, Ampullen und ähnliches geeignet.

Für den Einwurf ist der Behälter mit einem Abziehschlit für Kanülen und Spritzen, einem Einwurfschlit für Skalpelle, Braunülen und andere spitze Gegenstände sowie einer großen Abfallöffnung mit Federdeckel für Verbandmaterial und Handschuhe ausgestattet. Sein Fassungsvermögen beträgt etwa 2 Liter. Beim gefüllten Behälter sorgt eine über die Einfüllöffnungen fest einzurastende Sicherheitsblende für einen zuverlässigen Verschluss auf dem Wege zur Entsorgung.

Mit der Wandhalterung läßt sich der Sicherheitsbehälter leicht an jeder ebenen Fläche durch Anschrauben oder Ankleben befestigen. Zum Wechsel wird der gefüllte und verschlossene Behälter von der Wandhalterung abgezogen und ein neuer Leerbehälter aufgesteckt.

Eine sichere Lösung für alle, die in Erste-Hilfe-Stationen, Sanitätsräumen, Arztpraxen und im Rettungsdienst mit medizinischem Abfall aus der Patientenversorgung in Berührung kommen. (Foto: Söhngen)



Tür und Tor sicher verschließen

Als Neuerung gilt eine Schwelle zur vorübergehenden Abdichtung von Wandöffnungen wie Türen, Tore und dergleichen bei Störfällen (Brand oder Leckage) in Lagern, in denen Chemikalien untergebracht sind. Die bisherigen Lösungen, kontaminiertes Löschwasser aufzuhalten, bestehen im allgemeinen darin, Sandsäcke aufzustapeln oder in aller Eile eine Türschwelle aufzumauern.

Da diese Methoden sich jedoch als wenig effektiv erwiesen haben, wurde ein System entwickelt, das im Gefahrenfalle schnell eingesetzt werden kann und dennoch eine sichere Abdichtung der Wandöffnung gewährleistet.



Das System besteht zum einen aus Aluminium-U-Profilen, auf deren geschlossenen Seiten zum Boden wie auch zu den Seiten eine kompressible Dichtmasse aufgebracht wird und zum anderen aus zwei Handhebellagerböcken, in die die Sicherheitsbarriere eingesetzt wird, welche zur Wand und zum Boden wasserdicht montiert wird. Die kompressible Dichtmasse hat eine Dicke von 40 mm. Sie dichtet zum Boden und zu den Handhebellagerböcken hin ab.

Auf den beiden Handhebellagerböcken ist jeweils ein Vertikalspanner aufgeschraubt, mit denen die nötige Kraft zum Abdichten der Barriere aufgebracht wird. Die Höhe der Sicherheitsbarriere kann entsprechend dem Lagervolumen angepaßt werden.

(Foto: WL-Umweltschutz)

Tauchen lernen – Das Tauchsportab- zeichen Elementar

Von Alexander Fertig, Jörg Ramien und
Hermann Gehrke
Verlag W. Kohlhammer, 7000 Stuttgart 80

Das Buch „Tauchen lernen“ ist ein aus der Praxis entwickeltes und von professionellen Tauchlehrern verfaßtes Lehrbuch für den Einsteiger in den Tauchsport. Die Beschränkung auf den Lehrstoff für das Tauchsportabzeichen Elementar ermöglicht gezieltes und effektives Lernen. Als Alternative zu vielen anderen Lehrbüchern wurde hier auf eine umfassende Darstellung der gesamten Theorie und Praxis des Tauchens zugunsten der besonderen Bedürfnisse des Neulings im Tauchsport verzichtet.

Der Anfänger erwirbt mit diesem Buch eine begleitende Lehrunterlage, die ihm die Ausbildung zu einem international anerkannten Tauchsportabzeichen erleichtert.



Feuerwehr und Philatelie

Von F.-Theodor Spiegel
EFB-Verlagsgesellschaft
mbH, 6450 Hanau

Durch die unterschiedlichsten postalischen, halbamtlichen und auch privaten Belege läßt sich heute die ganze Vielfalt der Feuerwehr – von den Fahrzeugen über die Einsatzfähigkeit bis hin zu Aufgaben im vorbeugenden Brandschutz – darstellen. Zu all diesen Bereichen sind rund um den Erdball verteilt in den letzten Jahren Briefmarken, Sonderstempel und viele Belege mehr erschienen.

Sie werden in diesem Buch vorgestellt und durch zahlreiche Hintergrundinformationen nicht nur postalischer, sondern auch allgemeiner geschichtlicher und technischer Natur ergänzt. So entstand nicht nur ein Werk für Philatelisten; es wendet sich auch an alle, die sich über die Grenzen der eigenen Heimat hinaus für die Welt der Feuerwehr interessieren.

In lockerer Form informiert der Autor den Leser über die zu den verschiedensten Einzelbereichen – wie Geschichte, technische Ausrüstung und Fahrzeuge, Brandereignisse, Vorbeugender Brandschutz, Schutzpatronate und vieles mehr – erschienenen Belege. Auf eine Klassifizierung oder eine

Unterteilung in Haupt- und Nebengebiete wurde dabei verzichtet.

So entstand nicht nur ein Handbuch für den fortgeschrittenen Sammler, für den auch die Katalogisierung der bisher erschienenen Postwertzeichen nicht fehlt, sondern auch eine Informationsquelle für diejenigen, die sich als Anfänger oder nur am Rande mit dieser Thematik beschäftigen.

Bei der Illustrierung konnte der Verfasser auf seine in jahrelanger Arbeit aufgebaute Sammlung – sie gehört international zu den umfangreichsten – zurückgreifen. Die Postwertzeichen selbst werden dabei immer wieder durch Sonderstempel, Ganzsachen und zahlreiche andere Belege ergänzt.

Gebäuderäumung – Flucht- und Rettungsplan

Handbuch für die betriebliche Praxis
2. Auflage
Von Willy Haas und Bernd Bull
Richard Boorberg Verlag,
7000 Stuttgart 80

Gebäuderäumung ist als organisierte Fluchtbewegung eine der wirkungsvollsten Maßnahmen der Gefahrenabwehr bei Brand, Explosionsgefahr und im Katastrophenfall. Das Thema wird für die betriebliche Praxis umfassend dargestellt. Sowohl die Erfahrungen der Feuerwehr bei Bränden und Gebäudeevakuierungen, als auch die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen von Räumungsabläufen in Gebäuden sind berücksichtigt.

Der zweite Teil des Handbuches behandelt den Flucht- und Rettungsplan entsprechend § 55 der Arbeitsstättenverordnung. Nach dieser Vorschrift haben alle Arbeitsstätten einen Flucht- und Rettungsplan zu erstellen, wenn Gefährdung bzw. Gegebenheiten der Arbeitsstätten dies erfordern. Die Darstellung der Gefahrenkriterien erleichtert Sicherheitsbeauftragten und Verantwortlichen die Gefahreinschätzung.

Das Muster eines Flucht- und Rettungsplanes ergänzt als Anschauungsbeispiel die allgemeine Übersicht und gibt Anregungen für die Erstellung dieses Plans. Von Sachverständigen verfaßt, gibt das Handbuch wertvolle Hinweise für die Praxis. Auch für die Sicherheitsbehörden in der öffentlichen Verwaltung, für Feuerwehr, Industrie- und Handelskammern und alle mit der Organisation des betrieblichen Katastrophenschutzes Befassten ist dieses Werk ein wichtiges Ar-

beitsmittel. Die neubearbeitete Auflage enthält die amtliche Empfehlung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Aufstellung von Flucht- und Rettungsplänen im Wortlaut als Anlage.



AIDS aktuell

Medizin-Organisation-
Recht

Von Frank-Detlef Goebel
und Peter Gauweiler

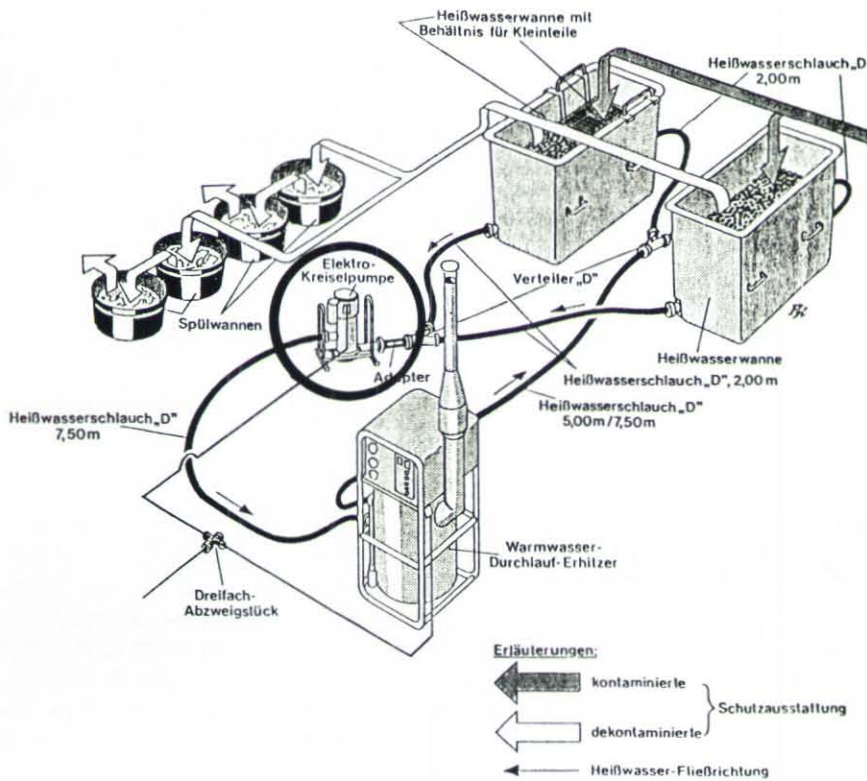
Loseblattwerk mit bisher sieben Ergän-
zungslieferungen
Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha

Das vorliegende Loseblattwerk widmet sich dem ständig aktuellen Thema AIDS in umfassender und detaillierter Form. Gegliedert in die beiden Bereiche Medizin sowie Organisation, Verwaltung und Recht wird die gesamte Bandbreite der mit der Krankheit verbundenen Fragen behandelt.

Aufbauend auf der historischen Entwicklung widmet sich der medizinische Teil des Werkes den Bereichen Epidemiologie, Ätiologie, Pathogenese, Klinik, Diagnose und Therapie. Mit der Darstellung von Prognose, Prophylaxe und den psychosozialen Aspekten der Krankheit schließt der medizinische Teil ab.

Im Teil Organisation, Verwaltung und Recht werden die Maßnahmen des Bundes zur AIDS-Bekämpfung sowie die Themen Krankheitsbekämpfung und Seuchenwesen behandelt. Breiten Raum nimmt die rechtliche Seite der Krankheit mit der Darstellung von Strafrecht, Landesrecht, ausländischem Recht und Recht der Europäischen Gemeinschaft ein. Den Bereichen DDR und Weltgesundheitsorganisation ist jeweils ein separater Abschnitt gewidmet.

Die Autoren des Werkes, Professor Dr. Frank-Detlef Goebel (Medizinische Poliklinik der Universität München) und Dr. Peter Gauweiler (Bayerisches Staatsministerium des Innern), bürgen für die zur Behandlung des komplexen Themas unbedingt notwendige Sachkenntnis. Als Nachschlagewerk, das keine Frage offenläßt, gehört der Titel in die Hand eines jeden; der sich mit dem Thema AIDS zu befassen hat.



Heißwasserumlaufsystem mit integrierter Elektro-Kreiselpumpe.

Allgemeines

Die hier beschriebene Kreiselpumpe gehört zur ABC-Zug-Ausstattung und wird in der Dekontaminationsgruppe G bei der Heißwasser-Dekontaminations-Anlage (HDA) eingesetzt. Die Pumpe ist für die Förderung von Heißwasser bis zu 110°C geeignet. Im Heißwasserumlaufsystem der HDA (siehe Schemazeichnung) wird mit dieser Kreiselpumpe im Umlaufverfahren das Wasser bis max. 100°C aufgeheizt.

geräuscharmen Betrieb in der Bauform V 18 mit nachstehenden Daten verwendet worden:
 Stromart: Wechselstrom 220 Volt
 Leistung: 0,55 kW
 Drehzahl: 2810 1/min
 Schutzart: IP 44

Die handelsübliche Elektro-Kreiselpumpe wur-

de für den Einsatz im KatS-ABC-Zug mit nachstehender Ausstattung ergänzt:

- Stand- und Tragegestell,
- an der Saug- und Druckseite mit je einer eloxierten D-Festkupplung nach DIN 14 306,
- je ein Entleerungs- und Entlüftungshahn 3/8 Zoll
- auf der Saugseite mit einem Muffenschräg-sitz-Filter 1 Zoll,
- Elektrokabel HO7 RN 3G - 5 m lang mit Schutzkontaktstecker nach DIN 49 443.

Leistungsbereich der Kreiselpumpe bei einer Motordrehzahl von 2900 1/min (ca.-Werte)

- Fördermenge bei 5 bar (Schließdruck) Nullförderung
- Fördermenge bei 4 bar 1,25 m³/h
- Fördermenge bei 3,4 bar 1,98 m³/h
- Fördermenge bei 2 bar 3,00 m³/h

Inbetriebnahme der Kreiselpumpe

- Überprüfung des elektrischen Anschlusses.
- Absperrorgan in der Saugleitung bzw. Zulaufleitung öffnen.
- Saugleitung füllen. Auffüllvorgang ist beendet, sobald Blasenbildung am geöffneten Entlüftungsventil beendet ist.
- Entlüftungsventil schließen.
- Pumpenwelle von Hand drehen (bei längerem Stillstand kann Welle festsitzen).
- Pumpe einschalten (Drehrichtung beachten).
- Geschlossenes Absperrorgan auf der Druckseite langsam öffnen. Strömungsgeräusche in der Druckleitung zeigen an, daß die Pumpe fördert. Zeigt das Manometer keinen Druck an, ist der Entlüftungsvorgang zu wiederholen.

Konstruktive Details gehen aus den Abbildungen hervor.

Technische Beschreibung

Die Kreiselpumpe Typ CP 2 - 50 K ist eine mehrstufige Pumpe in konventioneller Kammerbauweise, die starr mit dem Motor gekuppelt ist. Eine spezielle Gleitringdichtung mit geläpptem Hartmetalldichtring machen die Pumpe wartungsfrei. Die Lagerschmierung wird von dem Fördermedium übernommen.

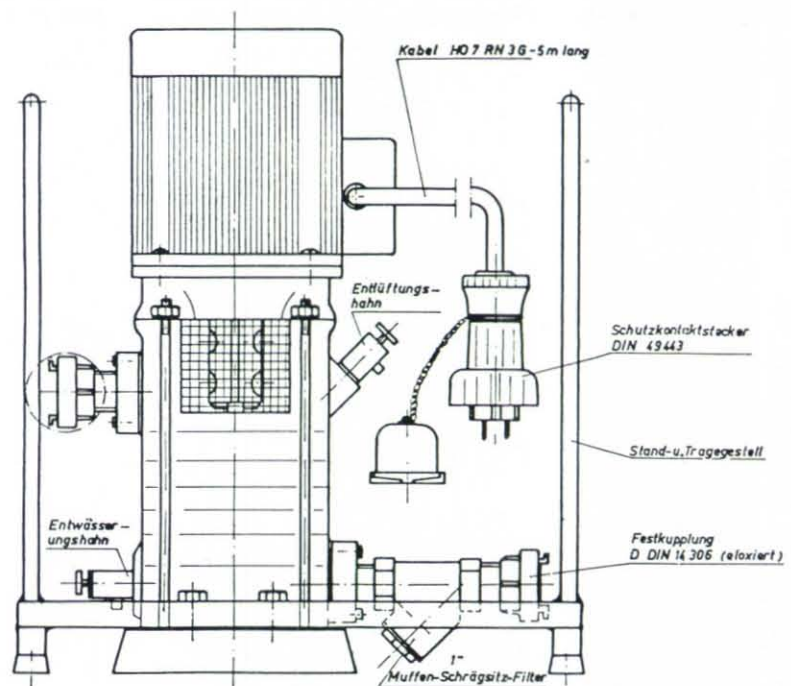
Bedeutung der Typbezeichnung:

- C = Centrifugal
- P = Pumpe
- 2 = Förderstrom in m³/h im Wirkungsgradbestpunkt
- 50 = Stufenzahl x 10
- K = Warmwasserausführung - Kondensat

Die verwendeten Werkstoffe für

- Gehäuse: Chrom-Nickel-Stahl 1.4301
 - Kopf- und Fußstück: Grauguß GG 20
 - Leit- und Laufräder: Chrom-Nickel-Stahl 1.4301
 - Antriebswelle: Chrom-Nickel-Stahl 1.4057
 - Bodenlager: Manganbronze
- geben der Pumpe eine hohe Resistenz gegen aggressive Flüssigkeiten.

Als Antriebsmotor ist ein Normmotor für einen



Eine erfolgreiche Bilanz



Seit Beginn der siebziger Jahre setzt die Bundeswehr im nationalen SAR-(Search and Rescue) Verbund Rettungshubschrauber ein. Inzwischen wurden mit diesem beweglichen Rettungsmittel mehr als 127 000 Einsätze geflogen.

Heute sind bei der Bundeswehr an zehn Orten SAR-Hubschrauber stationiert. Rund 7 200 mal stieg eine SAR-Crew im vergangenen Jahr auf, um Menschenleben zu retten. Dabei wurden bei 420 Einsätzen alleine 223 Menschen aus akuter Seenot durch SAR-Hubschrauber der Bundesmarine gerettet.

Sechs der insgesamt zehn Stationierungsorte der SAR-Hubschrauber sind eingebunden in das flächendeckende Hubschrauber-Rettungssystem mit insgesamt 35 Stationen. Hierzu zählt auch das Bundeswehr-Krankenhaus Hamburg. Der dort stationierte Rettungshubschrauber steht an der Spitze der Einsatzzahlen von 1988. 1 776 mal wurde die Mannschaft alarmiert. Seit 1973 flog Hamburgs SAR-Hubschrauber über 16 000 Einsätze.

Ein Beitrag im Innern des Heftes schildert eindrucksvoll den Einsatztag einer SAR-Crew in Hamburg.

